

<i>Hersteller planen Produkt-Verschleiß: Eine Form von unnötiger Arbeit</i>	28
<i>Nachhaltigkeit als Schulunterrichtsthema: Irgendwas mit Umwelt</i>	31
<i>Privatisierung öffentlicher Dienste: Blindheit für verschiedene Interessen</i>	39



Das ÖDP-Journal
Nr. 163 August 2014

Ökologie Politik



Digitalisierung des Alltags

UMSCHAU

Ökolumne: zur EEG-Reform	4
Umwelt & Gesellschaft	5
Bücher	8

TITELTHEMA: DIGITALISIERUNG DES ALLTAGS

Mobilfunkstrahlung und Gesundheitsvorsorge Runter mit den Grenzwerten! von Florence von Bodisco	10
Überwachung und Manipulation Gefangen im Netz von Peter Hensinger	12
Exzessive Mediennutzung und ihre Folgen „Das machen doch jetzt alle!“ von Christine und Christoph Hirte	20
Mobilfunkstrahlung und ihre Auswirkungen Hohes Gesundheitsrisiko für Kinder und Jugendliche von Dr. Klaus Scheler	24

VERBRAUCHERSCHUTZ

Geplanter Verschleiß „Eine Form von unnötiger Arbeit“ Interview mit Prof. Dr. Christian Kreiß	28
---	----

BILDUNGSPOLITIK

Nachhaltigkeit im Schulunterricht Irgendwas mit Umwelt von Patrick Brehm	31
Schule und Arbeit in der globalen Welt Bildung unter europäisch-ökologischer Wandlung von Angela Binder	35

WIRTSCHAFTSPOLITIK

Privatisierung öffentlicher Dienste Blindheit für verschiedene Interessen von Angela Binder	39
---	----

ZEITGESCHICHTE

28 Jahre „David gegen Goliath“ Anleitung zum Einmischen von Mechthild von Walter	42
--	----

ÖDP INTERN

An alle Mitglieder von Sebastian Frankenberger	44
Neues aus dem Bundesverband von Dr. Claudius Moseler	45
Neues aus dem Europaparlament von Prof. Dr. Klaus Buchner	46
Verbände	48
Neues aus der ÖDP von Florence von Bodisco	52
Presseticker	54
Leserbriefe	57
Impressum	51

Foto: Günther Hartmann
Titelfoto: Jörg Brinckheger/pixelio.de

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

die ÖDP war den Gesundheitsgefährdungen des Mobilfunks gegenüber schon immer kritisch eingestellt. Das Thema wurde oft aufgegriffen: in den Programmen, in Flyern, in Petitionen, in Pressemeldungen – und in der ÖkologiePolitik. In der breiten Öffentlichkeit ist das Thema aber noch nicht richtig angekommen. Ganz im Gegenteil: Smartphones, Tablets und WLAN feierten in den letzten Jahren einen richtigen Siegeszug. Die Strahlenbelastung ist gestiegen statt gesunken. Und neben ihr tun sich neue Problemfelder auf: Konsumsucht, Spielsucht, Manipulation und Überwachung – kurz: eine radikale Veränderung von Persönlichkeit und Gesellschaft.

Eine breite öffentliche Debatte über die „digitale Revolution“ hat dies aber bisher nicht ausgelöst. Zu viele Annehmlichkeiten sind anscheinend damit verknüpft. Und zu stark ist der Einfluss der Konzerne als Top-Werbekunden auf die Massenmedien. Gibt es aber keinen Druck, dann wird die Politik nicht aktiv. Deshalb gilt es, Druck aufzubauen. Deshalb widmet sich dieses und das nächste Heft der „Digitalisierung des Alltags“. Und mit dem langjährigen ÖDP-Bundesvorsitzenden Prof. Dr. Klaus Buchner sitzt nun ein kompetenter Kritiker im Europaparlament.

Viel Erkenntnisgewinn beim Lesen

Ihr

Günther Hartmann



Günther Hartmann
Verantwortlicher
Redakteur

Nach mehr als 15 Jahren als Redakteurin für ÖkologiePolitik ist es für mich nun an der Zeit, Abschied zu nehmen. Für mich persönlich steht eine neue berufliche Herausforderung an: Ich werde als Mitarbeiterin unseres Europaabgeordneten Prof. Dr. Klaus Buchner das Berliner Bürgerbüro leiten. Zwar freue ich mich sehr auf die neue Aufgabe, aber gerade die Arbeit für die ÖkologiePolitik werde ich sicherlich vermissen. Insbesondere die Teamarbeit zwischen meinem Kollegen Günther Hartmann, unserer Layouterin Heike Brückner und unserer Lektorin Mirjam Karasek hat mir große Freude bereitet. Die Arbeit am gemeinsamen Projekt „ÖP“, die von Zuverlässigkeit, gegenseitiger Hilfe und großem Respekt geprägt war, hat auch stressige Wahlkampfzeiten gut überstehen lassen.

Meinen Kolleginnen und Kollegen im Team, aber auch Ihnen, liebe Leserinnen und Leser, gilt mein besonderer Dank. Bitte halten Sie auch meinem Nachfolger, Pablo Ziller, die Treue und schreiben weiterhin fleißig Leserbriefe und Anregungen für Themen. Ich bin sicher, dass ich den einen oder die andere von Ihnen im Rahmen von ÖDP-Veranstaltungen bald einmal wiedersehen werde.

Bis dahin grüßt Sie herzlich

Ihre

Florence von Bodisco



Florence von Bodisco
Stellv. Verantwortliche
Redakteurin



Ökolumne von Ulrich Brehme

zur EEG-Reform

Der Entwurf des geplanten neuen EEG-Gesetzes befindet sich noch im Gesetzgebungsprozess. Ob die EU-Kommission letztlich zustimmt, ist auch noch offen. Mit dem Gesetz sollten die steigenden Subventionen im Zusammenhang mit der Erzeugung Erneuerbarer Energien begrenzt werden, da deren Marktanteil 25% am Bruttostromverbrauch erreicht hat.

Zum einen geht es bei der Reform um die Einspeisetarife und zum anderen um die Befreiungen der energieintensiven Industrie von der EEG-Umlage. Bisher zahlen die energieintensive Industrie 1 ct/kWh und die Privatverbraucher mehr als 6 ct/kWh in die EEG-Umlage.

Die Befreiung von der EEG-Umlage für Unternehmen aus 65 Branchen ließe sich auf 15 Branchen begrenzen, die so stromkosten- und handelsintensiv sind, dass sie durch höhere Strompreise tatsächlich wettbewerbsgefährdet wären.

Wirtschaftsminister Gabriel (SPD) unterstützt wieder einmal die Betrugsversuche der Kohle- und Ölindustrie zum Schaden der Betreiber von Anlagen zur Erzeugung Erneuerbarer Energie. Wer Strom in neuen regenerativen Kraftwerken (größer 10kW) erzeugt, soll künftig 30% (1,9 ct/kWh), ab 2017 40% (2,5 ct/kWh) der EEG-Umlage

für den Eigenverbrauch bezahlen. Alle anderen Neuanlagen müssen die volle Umlage für den Eigenverbrauch bezahlen. Wer dagegen Kohlestrom in alten Kraftwerken erzeugt und diesen selbst verbraucht wie die großen Kohlekraftwerke, soll von der EEG-Umlage befreit bleiben. Diese Kraftwerke benötigen insgesamt 6% des in Deutschland produzierten Stroms, beispielsweise zum Betrieb von Förderbändern oder Pumpen. Alt- und Neuanlagen sollen nach dem Willen der EU-Kommission ab 2017 in gleicher Höhe an der EEG-Umlage beteiligt werden.

Zudem fehlt völlig eine Strategie zur Internalisierung externer Umweltkosten. Der Emissionshandel liegt am Boden. Durch eine Reform des Emissionshandels oder eine höhere Ökosteuer könnten Klimafolgen eingepreist und so der Börsenstrompreis deutlich angehoben werden. Die Industrie verhindert dies und profitiert zusätzlich von den Vorteilen sinkender Börsenstrompreise durch die Erneuerbaren Energien.

Die Vollkosten des in konventionellen Kraftwerken erzeugten Stroms liegen bei 12 ct/kWh oder mehr. Wenn Strom aus Erneuerbaren Energien günstiger erzeugt werden kann, dann werden volkswirtschaftliche Kosten verringert. Für

solche Erneuerbaren Energien (wie Wind- und Wasserkraftanlagen an Land oder Solaranlagen) sollte es keine Ausbaugrenzen geben wie in diesem EEG-Gesetz.

Für die Ausweitung des Anteils der Erneuerbaren Energien brauchen wir den Rückbau großer fossiler Kraftwerksleistungen und den Zubau flexibler und zu einem möglichst großen Anteil mit Erneuerbaren Energien betriebener Erzeugungskapazitäten. Es gibt kaum Neuinstallationen von solarthermischen Kraftwerken. Dabei wäre genau der Ausbau der Erneuerbaren Wärme eine wichtige Antwort, um die Abhängigkeit von Erdöl und Erdgas zu beenden. Dazu müssen europäische Stromnetze für Solarstromimporte aufgebaut werden.

Der Grundsatz der Direktvermarktung ist zu begrüßen, denn dadurch und um teure Abregelungen zu vermeiden, müssen sich Anlagenbetreiber stärker an der Nachfrage orientieren. Ausschreibungsmodelle wie sie die EU ab 2017 fordert, sind teuer und eignen sich nicht für den Kleinstanlagenbereich. Solche Systeme haben angestrebte Mengenziele häufig verfehlt, weil sich die geforderten Preise und Qualitätsstandards nicht realisieren ließen.

Der Großhandelsmarkt mit der Strombörse optimiert vor allem die Kostenstrukturen über den Wettbewerb. Der Vorteil der geringen Betriebskosten von Wind- und Photovoltaik-Anlagen wird weiter steigen, wenn sie technologisch ausgereift sind und der Schwerpunkt der Weiterentwicklung auf die Erhöhung der Lebensdauer dieser Anlagen gelegt wird. ■

Umwelt & Gesellschaft von Ulrich Brehme

Streit um Bezahlung des Atomausstiegs

Der Abriss von Atomkraftwerken und der Betrieb der Atommüllendlager werden in den kommenden Jahren Milliarden Euro kosten. Zwar haben E.on, RWE, Vattenfall und EnBW Rückstellungen von 36 Mrd. Euro gebildet, doch im Falle einer Insolvenz müsste der Steu-



Foto: Gitti Moser/pixelio.de

erzahler einspringen. Um die Finanzierung sicherzustellen, wird derzeit über einen unter politischer Kontrolle stehenden Fonds diskutiert, in den die Konzerne einzahlen sollen. Vattenfall hat bereits seine Strukturen verändert, um Haftungsprobleme zu umgehen, und verklagt Deutschland wegen des Atomausstiegs und der Brennelementesteuer. Die Konzerne schlagen vor, ihre Rückstellungen in eine öffentlich-rechtliche Stiftung einzubringen und dafür die Klagen fallen zu lassen. Dafür soll der Steuerzahler die Kosten der Entsorgung übernehmen. Nach einer Studie hat die Atomwirtschaft bisher schon staatliche Förderungen in Höhe von 213 Mrd. Euro kassiert.

» www.klimaretter.info –
Suche: Atom-Fonds statt „Bad Bank“

Nationale Gentechnik-Verbote möglich

Der EU-Umweltministerrat beschloss am 12.06.2014, dass die EU-Mitgliedstaaten künftig die Möglichkeit haben sollen, den Anbau von gentechnisch veränderten Organismen (GVO) in ihrem Hoheitsgebiet zu verbieten („Opt-Out“). 26 der 28 EU-Mitgliedstaaten stimm-

ten dafür. Nur Luxemburg und Belgien enthielten sich der Stimme, aber nur weil sie Verhandlungen mit den Gentech-Konzernen grundsätzlich ablehnen, da diese vor einem nationalen Verbot gefragt werden müssen, ob sie freiwillig zu einer geografischen Einschränkung ihres Antrags bereit wären. Mit Klagen ist zu rechnen. Erst nach entsprechenden Gerichtsurteilen gibt es in einigen Jahren Rechtssicherheit. Auch internationale Abkommen wie das geplante TTIP werden Einfluss auf die Umsetzung der Gentechnik-Verbote haben.

» www.keine-gentechnik.de –
Suche: Experten zum Opt-Out

EU-Saatgutverordnung in Straßburg abgelehnt

Das EU-Parlament hat am 11.03.2014 in Straßburg mit einer Mehrheit von 511 gegen 130 Stimmen die EU-Saatgutverordnung abgelehnt. Diese war am 06.05.2013 unter heftigem Protest der Öffentlichkeit und lautem



Foto: M.Großmann/pixelio.de

Jubel der Industrie veröffentlicht worden. EU-weit unterschrieben rund 800.000 Menschen Petitionen gegen die Verordnung, allein in Österreich 400.000 die Petition „Freiheit für die Vielfalt“.

» www.arche-noah.at/politik/saatgutverordnung
» www.global2000.at/kampagne-freiheit-für-die-vielfalt

Geflügelkonzerne setzen auf Gentechnikfutter

Die Verbände der großen Hähnchen-, Puten- und Eierkonzerne wie Wiesenhof und Rothkötter kündigten an, künftig gentechnisch verändertes Soja an Geflügel zu verfüttern. Sie begründen das damit, dass zu wenig



Foto: Reinhard Grieger/pixelio.de

gentechnikfreie Rohware verfügbar oder zu teuer sei. Abbrange, der brasilianische Produzentenverband von gentechnikfreier Soja, baut sein Angebot wie schon im letzten Jahr weiter aus.

» www.abl-ev.de → Presse → 26.02.2014

Antarktis-Eis könnte Meere 4 m ansteigen lassen

Das Abschmelzen bereits einer kleinen Menge Eis an der ostantarktischen Küste könnte dazu führen, dass große Eismassen unaufhaltsam in den Ozean fließen



Foto: M.Martin/PIK

und damit den Meeresspiegel langfristig um 3–4 m ansteigen lassen. Nach einer Studie des Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung (PIK) hält ein Eisstück an der Küste die dahinter liegenden Eismassen zurück. In den Simulationen dauert das vollständige Ausströmen aller Eismassen aus der betroffenen Region in der Ost-Antarktis 5.000–10.000 Jahre. Hat diese Entwicklung jedoch erst einmal begonnen, wird sich das Auslaufen unaufhaltsam fortsetzen, bis das gesamte Becken leer-gelaufen ist – selbst wenn die Klimaerwärmung aufgehört sollte.

» www.pik-potsdam.de → Aktuelles → Pressemitteilungen → 05.05.2014

Deutsche CO₂-Emissionen stiegen 2013 an

Um 2,5 % zurückgegangen sind die CO₂-Emissionen aus der Verbrennung fossiler Energieträger im Jahr 2013 gegenüber 2012 in der EU, um 2 % angestiegen allerdings in Deutschland. Das zeigen Schätzungen von Eurostat, dem statistischen Amt der EU. Gestiegen sind



Foto: Uwe Bergeest/pixelio.de

sie außerdem noch um 6,8 % in Dänemark, um 4,4 % in Estland, um 3,6 % in Portugal, um 0,6 % in Frankreich und um 0,3 % in Polen – ansonsten überall gesunken, am meisten in Zypern um 14,4 %, in Rumänien um 14,6 % und in Spanien um 12,6 %.

» <http://ec.europa.eu/deutschland> → Suche: CO₂-Emissionen 2013

Lebensmittelkonzerne forcieren Klimawandel

Die zehn größten Lebensmittelproduzenten verursachen mit 263,7 Mio.t Treibhausgasen mehr klimaschädliche Emissionen als die skandinavischen Länder Finnland, Dänemark, Schweden und Norwegen zusammen. Das zeigt die neue Oxfam-Studie. Bereits jetzt verursacht die Nahrungsmittelproduktion – Rodungen für Ackerflächen eingerechnet – bis zu einem Viertel der weltweiten Treibhausgase, beschleunigt so den Klimawandel und verursacht dadurch Naturkatastrophen und Hungersnöte. Oxfam fordert deshalb von den Lebensmittelriesen – darunter Associated British Foods, Coca-Cola, Danone, General Mills, Kellogg, Mars, Mondelez, International, Nestlé, PepsiCo und Unilever –, sich selbst und ihren Zulieferern schärfere und verbindliche Emissionsziele aufzulegen.

» www.oxfam.de → Suche: Klimawandel durch Lebensmittelkonzerne

Weltklimarat fordert wirksame Klimaschutzpolitik

Der neue Bericht des Weltklimarats IPCC stellt klar: Die international vereinbarte Obergrenze von maximal 2 °C lässt sich mit einer ambitionierten Klimapolitik noch einhalten. Der dritte Teilbericht zeigt konkrete Handlungsoptionen zur Minderung von Treibhausgasemissionen auf. Nach Schweden und Japan war Deutschland erstmals Gastgeber des IPCC-Treffens, an dem rund 120 Staaten teilnahmen. Der Zyklus des 5. IPCC-Sachstandsberichts schließt mit dem übergreifenden Synthesebericht, der Ende Oktober 2014 in Kopenhagen verabschiedet wird.

» www.de-ipcc.de

Verbraucher entsorgen Medikamente meist falsch

Arzneimittelrückstände im Wasser sind ein weltweites Umweltproblem. Auch in Deutschland werden mehr als 150 verschiedene Wirkstoffe in nahezu allen Gewässern nachgewiesen, bis hin zum Grund- und Trinkwasser. Die Spurenstoffe aus Schmerzmitteln, Antibiotika, blutdrucksenkenden Mitteln oder Psychopharmaka stammen meist aus häuslichen Abwässern. Wirkstoffe werden nicht vollständig vom Körper abgebaut und über den Urin direkt oder als Abbauprodukt wieder ausgeschieden. Über das Abwasser fließen die Arznei-



Foto: Rainer Sturm/pixelio.de

mittelwirkstoffe in die Kläranlagen und von dort in die Flüsse und Seen. 47 % der Deutschen entsorgen flüssige Medikamentenreste falsch, nämlich über die Spüle oder die Toilette. Nur 15 % machen es richtig: entsprechend der von der Bundesregierung empfohlenen Praxis über den Restmüll.

» www.iso.de → Suche: Medikamenten-Entsorgung

Papst Franziskus schreibt Umwelt-Enzyklika

Der Termin für die Veröffentlichung seiner Umwelt-Enzyklika ist noch offen, doch Papst Franziskus arbeitet

an ihr und lässt sich dabei von kritischen Theologen wie dem brasilianischen Bischof Erwin Kräutler und engagierten Umweltschützern wie dem argentinischen Filmemacher und Senator Fernando Solanas beraten. Kräutler dazu: „Franziskus hat sich bei mir über die indigenen Völker, die Basisgemeinden und den Kampf der von Belo Monte Betroffenen eingehend informiert. Ich bin mit Papst Franziskus einig, dass die Leiden derer ins Zentrum der Öko-Enzyklika gerückt werden müssen, die Opfer von rücksichtsloser Ausbeutung und der Gier kapitalistischer Konzerne sind.“ Bisher hat noch kein Papst eine Enzyklika zu ökologischen Fragen veröffentlicht. Eine Enzyklika ist ein „Weltrundschreiben“, das argumentiert, appelliert und sich nicht nur an Katholiken, sondern an die gesamte Menschheit richtet.

» www.publik-forum.de → Suche: Franziskus, die Urwälder und die Gier

BITTE PROTESTIEREN! von Edgar Guhde

In Serbien werden Streunerhunde öffentlich erhängt

Schreiben Sie bitte an die
Serbische Botschaft, Taubertstraße 18, 14193 Berlin
Fax: 0 30/ 8 25 22 06; info@botschaft-serbien.de

Dear ladies and gentlemen,

a heinous crime has taken place in your country: Serbian children saw stray dogs hanging from the trees while playing outside in their neighborhoods. Some children even remember playing with the dogs just days before seeing their animal friend hung on a tree to die. I understand that Serbia has its hardships but that does not mean you can commit cruel animal crimes such as this one. Instead of having a "spring cleaning", there are better ways to solve the problem.

A more ethical route the country could have taken is to neuter and spayed the dogs and find animal welfare groups from other parts of the world to find homes and shelters for them. Serbia needs to reach out to animal rescue groups and shelters and find programs to spay and neuter the animals. The offenders need to be condemned and there needs to be proper protection of animals implemented by the government. Please don't condone this animal cruelty and save the innocent dogs.

Yours faithfully

Bücher

Wirtschaftskrise & Demokratieabbau

Jürgen Roth
Der stille Putsch

Wie eine geheime Elite aus Wirtschaft und Politik sich Europa und unser Land unter den Nagel reißt
Heyne, März 2014
320 Seiten, 19,99 Euro
978-3-453-20027-2



Sparen lautet die Devise der meisten europäischen Politiker, um die Krise zu bewältigen. In Wirklichkeit geht es aber um etwas ganz anderes, behauptet der Autor: Unter dem Vorwand angeblicher Krisenbewältigung findet ein stiller Putsch gegen die Bürger statt. Was derzeit in Südeuropa geschieht, ist erst der Anfang. Auch dem restlichen Europa inklusive Deutschland soll es so ergehen: Senkung der Löhne, Einschnitte in die Sozial-, Gesundheits- und Bildungssysteme, Einschränkung der Arbeitnehmerrechte, Verkauf öffentlichen Eigentums. Es geht um die rigorose Durchsetzung wirtschaftlicher Interessen, die Abschaffung von Sozialstaatlichkeit und Demokratien. Dahinter steckt eine mächtige Elite. Roth nennt sie und ihre Helfershelfer beim Namen, enthüllt das Wesen der einflussreichen Zirkel wie „Bildberg“ und erklärt die Regeln in dem perfiden Spiel. (gh)

Kommunalentwicklung & Postwachstum

Rob Hopkins
Einfach. Jetzt. Machen!

oekom, Februar 2014
189 Seiten, 12,95 Euro
978-3-86581-458-6



Das Buch über die Transition-Town-Bewegung kommt schnörkellos auf den Punkt und zeigt Möglichkeiten, sich auf die Postwachstumsra vorzubereiten. Das erste Kapitel legt anhand beeindruckender Zahlen dar, warum es höchste Zeit ist zu handeln. Aufschlussreich ist eine Studie aus New Orleans über die Auswirkung gro-

er Supermärkte: Bei gleicher Fläche machen sie nur halb so hohe Umsätze wie kleine Einzelhandelslden und lassen einen deutlich geringeren Teil der Wertschöpfung in der Region. Das zweite Kapitel zeigt an Beispielen erfolgreicher Initiativen, wie jeder Einzelne sofort handeln kann, wie Nachbarn eingebunden werden und wie aus einer Idee eine Aktion oder dauerhafte Einrichtung wird. Das dritte Kapitel erläutert, wie sich eine Transition-Gruppe zusammenfindet und weiterentwickelt. Die deutsche Ausgabe wurde um ein viertes Kapitel erweitert, in der Gerd Wessling vom aktuellen Stand der deutschen Initiativen berichtet. Was dieses Buch auszeichnet, ist seine verständliche Sprache, die vielen ermutigenden Beispiele und klaren Handlungsempfehlungen sowie ein gutes Quellen- und Literaturverzeichnis. (jw)

Massentierhaltung & Lebensmittelindustrie

Wolfgang Schorlau
Am zwölften Tag
Denglers siebter Fall – Krimi
KiWi, Dezember 2013
352 Seiten, 9,99 Euro
978-3-462-04547-5



Der Sohn des Stuttgarter Privatdetektivs Georg Denglers ist verschwunden, ebenso drei seiner Freunde. Dengler findet zu Hause erste Spuren: schrille Protestaufkleber gegen Massentierhaltung sowie heimlich aufgenommene Fotos und Filme aus Hhner- und Putenmastanlagen. Bei seinen weiteren Recherchen dringt Dengler tief in die Welt einer mafiösen Fleischindustrie ein, in der sowohl mit Tieren als auch mit osteuropäischen Arbeitsmigranten grausam und brutal umgegangen wird. (gh)

Überzeugung & Ausstrahlung

Julia Encke
Charisma und Politik
Warum unsere Demokratie mehr Leidenschaft braucht
Hanser, März 2014
176 Seiten, 17,90 Euro
978-3-446-24492-4



Politik braucht glaubwürdige Persönlichkeiten, die Überzeugungen haben, dazu stehen und es schaffen, die Menschen dafür zu gewinnen und zu begeistern. Das Buch behandelt das Phänomen des Charismas in der Politik unter verschiedenen Fragestellungen. Dabei ist es gründlich recherchiert, spannend aufgebaut und gut geschrieben. Dargestellt wird das vielschichtige Phänomen anhand positiver und negativer Beispiele von Helmut Schmidt und Petra Kelly bis hin zu Angela Merkel, Karl-Theodor zu Guttenberg, Marina Weisband und Barack Obama. Es geht dabei nicht darum, bestimmte Personen zu glorifizieren, sondern zu verstehen, warum sie es schafften, Einfluss auf die Geschichte zu nehmen. (gh)

Erneuerbare Energien & Stromkonzerne

Malte Kreutzfeldt
Das Strompreis-Komplott
Warum die Energiekosten wirklich steigen und wer dafür bezahlt
Knaur, April 2014
128 Seiten, 7,00 Euro
978-3-426-78673-4



Die Strompreise steigen – und als Sündenbock muss die Energiewende erhalten. Der Autor, Umwelt- und Wirtschaftskorrespondent der taz, beleuchtet die komplexe Thematik und zeigt, dass die Preiserhöhungen überwiegend andere Gründe haben. Windräder und Solaranlagen produzieren schon heute preiswerteren und umweltfreundlichen Strom als Steinkohle-, Gas- und Atomkraftwerke. Die Herstellung und Wartung von ko-Kraftwerken ist volkswirtschaftlich deutlich günstiger als der Import von Kohle und Uran. Erneuerbare Energien verursachen zudem kaum Umwelt- und Gesundheitsschäden. (gh)

Vermögensverteilung & Macht

Jens Berger
Wem gehört Deutschland?
Die wahren Machthaber und das Märchen vom Volksvermögen
Westend, Mai 2014
256 Seiten, 17,99 Euro
978-3-86489-053-6



ber ein Vermögen von 222.000 Euro verfügt jeder deutsche Privathaushalt – im Durchschnitt. Das Buch geht den Fragen nach, wie sie genau verteilt sind, wie es dazu kam, welche Entwicklung zu erwarten ist und welche Folgen das hat. Wem gehören z.B. die großen Zeitungen? Bis auf zwei gehören alle Besitzer zu den 500 reichsten Deutschen. Wer gehört zu den Grospendern der politischen Parteien? Wer gründet Think-Tanks und Stiftungen, die Grundlagen für politische Reformen erarbeiten, von denen die Wohlhabenden massiv profitieren? Wer steuert die Finanzmärkte, denen sich unsere Demokratie anpassen soll? Das Buch nennt Namen und zeigt den enormen Einfluss einer zahlenmäßig kleinen, aber finanziell sehr potenten Parallelgesellschaft, die sich in den letzten beiden Jahrzehnten in Deutschland gebildet hat und ihre Ziele mit erschreckender Effizienz umsetzt. (gh)

Freiheitsrechte & Sicherheitsgesetze

Heribert Prantl
Glanz und Elend der Grundrechte
Zwölf Sterne für das Grundgesetz
Droemer, Mai 2014
192 Seiten, 18,00 Euro
978-3-426-27650-1



Obwohl das am 23. Mai 1949 in Kraft getretene Grundgesetz einen wesentlichen Anteil an der erfolgreichen Demokratisierung Deutschlands nach dem Nationalsozialismus hatte, ist von einem Stolz auf die Bürger- und Freiheitsrechte im politischen Alltag wenig zu spüren. Im Gegenteil: Bundesregierung und Bundestag scheinen einem ungeschriebenen „Recht auf Sicherheit“ höhere Priorität einzuräumen. Prantl hält deshalb ein leidenschaftliches und geistreiches Plädoyer für den Geist des Grundgesetzes. Gut verständlich und anekdotenreich schildert er dessen wundersame Entstehung und analysiert, was Politik, Bundesverfassungsgericht und Gesellschaft daraus gemacht haben. Er fordert die Staatsgewalten und eine couragierte Gesellschaft auf, die Grundrechte zu verteidigen: gegen Entsolidarisierung, gegen konomisierungsexzesse, gegen Datensammelwahn, gegen Auslnderhass und auch gegen die Geheimdienste der USA. (gh)

Mobilfunkstrahlung und Gesundheitsvorsorge

Runter mit den Grenzwerten!

Der Schutz der Gesundheit ist für die ÖDP ein zentrales Anliegen. Schon seit Langem tritt sie deshalb für eine Senkung der Grenzwerte von Mobilfunkanlagen ein. Bestätigt wurde diese Forderung nun durch eine wissenschaftliche Untersuchung über Missbildungen bei Tieren in der Nähe einer Mobilfunkbasisstation.

von Florence von Bodisco

Der Mobilfunk war für die ÖDP schon immer Thema von ganz hoher Priorität. Deshalb steht es auch im Bundespolitischen Programm gleich am Anfang in Kapitel I „Schöpfung bewahren“. Nach einem Hinweis auf die durch wissenschaftliche

berücksichtigen. Da funkbasierte Kommunikationstechnologien das Gesundheitsrisiko erhöhen, sollten insbesondere Schwangere, Kinder und Jugendliche geschützt und in öffentlichen Gebäuden wie Krankenhäusern, Kindergärten und Schulen auf diese Art der Technolo-

gie verzichten. Durch staatliche Aufklärung und ein Werbeverbot in Zusammenhang mit dem expandierenden Mobilfunkkonsum von Kindern und Jugendlichen muss ein vernünftiger Umgang mit der ‚Risikotechnologie Mobilfunk‘ erreicht werden.“

Kindergärten, Schulen und Krankenhäuser sollten auf funkbasierte Kommunikationstechnologien verzichten.

Studien nachgewiesenen Gesundheitsrisiken und die unzureichende Fürsorgepflicht des Gesetzgebers, der in seiner Bundes-Immissionschutz-Verordnung (BImSchV) zu lasche Grenzwerte definiert hat, fordert die ÖDP konkrete Maßnahmen. Die wurden durch weitere Beschlüsse ergänzt.

Maßnahmen für einen erträglichen Mobilfunk

Alle Sendeanlagen sollten baurechtlich genehmigt werden und die Planungen von Sendernetzen – einschließlich Tetrafunk – den Aspekt des vorsorgenden Gesundheitsschutzes zwingend und wirksam

verzichtet werden. Als sinnvolle Grenzwerte für die Strahlenbelastung fordert die ÖDP $100 \mu\text{W}/\text{m}^2$ in normalen und $10 \mu\text{W}/\text{m}^2$ in sensiblen Bereichen, zudem die Schaffung mobilfunkfreier Gebiete als Rückzugsgebiete für elektrosensible Menschen.

„Die ÖDP will Mobilfunk nicht verbieten“, betont Karl Heinz Jobst, Mitglied des ÖDP-Bundesvorstands und Mobilfunkexperte. „Aber die Bürger haben ein Recht auf Unversehrtheit. Deshalb müssen wir für eine verträglichere Technologie sorgen. Die Gesundheitsvorsorge muss absoluten Vorrang vor den Interessen und dem Profit der In-



Das aktuelle Mobilfunk-Flugblatt kann auf der ÖDP-Website bestellt oder als PDF heruntergeladen werden: www.oedp.de → Service → Infomaterial

Aktionen zum Aufbau von politischem Druck

Ihrer Programmatik ließ die ÖDP auch immer wieder Taten folgen: durch ein Volksbegehren in Bayern für niedrigere Grenzwerte; durch die Zusammenarbeit mit der mobilfunkkritischen Organisation „Diagnose-Funk“; durch zahlreiche Vortragsveranstaltungen. Im jüngsten Europawahlkampf empfahlen mobilfunkkritische Ärzte und Wissenschaftler die Wahl des ÖDP-Spitzenkandidaten Prof. Dr. Klaus Buchner. Und der wurde ja auch tatsächlich zum Europa-Abgeordneten gewählt und kann dort nun seine Parlamentskollegen über dieses wichtige Thema aufklären.

Schon im April 2014 startete Buchner die Petition „Mobilfunk-Schäden an Mensch und Tier verhindern!“, die das Bundesgesundheitsministerium auffordert, die Grenzwerte für Mobilfunkstrahlung zu senken und Schutzmaßnahmen gegen Strahlungsschäden von Mensch und Tier in die Wege zu leiten. Buchner stellt fest, dass mehrere Untersuchungen diverser Wissenschaftler über 10 Jahre hinweg bewiesen haben, dass Rinder, Schweine und andere Nutztiere in der Nähe von Mobilfunkmasten massive gesundheitliche Schäden erlitten. Dazu gehörten schwere Missbildungen an Beinen, Kopf, Haut und inneren Organen der Tiere.

Studie über Strahlungsschäden bei Ferkeln

Eine kürzlich von Buchner zusammen mit dem Mediziner Dr. Horst



Nach seiner Studie über Missbildungen bei Ferkeln initiierte Prof. Dr. Klaus Buchner die Petition „Mobilfunk-Schäden an Mensch und Tier verhindern!“: www.openpetition.de → Suche: Mobilfunk-Schäden

Eger und dem Landwirtschaftsmeister Josef Hopper veröffentlichte Studie dokumentiert die Wirkung von Mobilfunkstrahlen auf Schweine: Nachdem in der Nähe des untersuchten Hofes eine Mobilfunkbasisstation installiert worden war, stieg die Hochfrequenzbelastung von $1 \mu\text{W}/\text{m}^2$ auf bis zu $1.200 \mu\text{W}/\text{m}^2$. Zur Untersuchung der Fruchtbarkeit wurden die betriebswirtschaftlich erhobenen Daten in zwei

pro Wurf von 10,8 auf 9,8 und die Zahl der Ferkel pro Sau und Jahr von 23,5 auf 20,6. Zudem kam es bei neugeborenen Ferkeln zu einer Zunahme von Zwittern und Missbildungen im Kopf-, Bauch- und Beinbereich. Und zwei Muttersauen starben an Tumoren.

Die Autoren der Studie sind der Meinung, dass die gefundenen Missbildungserhöhungen und Fruchtbarkeitsstörungen nicht nur

Die ÖDP fordert mobilfunkfreie Gebiete als Rückzugsgebiete für elektrosensible Menschen.

Zeiträumen miteinander verglichen: 7 Jahre vor und 3 Jahre nach der Senderinstallation.

Das Ergebnis ist eindeutig: Die Geburten gingen von 2,908 auf 2,576 Ferkel pro Jahr zurück. Die Anzahl der Würfe sank von 2,17 auf 2,09 Würfe pro Sau und Jahr, die Zahl der lebend geborenen Ferkel

eine veterinär-, sondern auch eine humanmedizinische Relevanz besitzen. Da das Schwein dem Menschen so ähnlich sei, dass es in der Pharmaindustrie verstärkt in Laborversuchen eingesetzt wird, ließen die Ergebnisse auch auf mögliche Probleme beim Menschen schließen. ■

Überwachung und Manipulation

Gefangen im Netz

Die Digitalisierung unseres Alltags schreitet vehement voran. Smartphones, Tablets und WLAN eroberten unsere Gesellschaft in wenigen Jahren, weil sie vieles vereinfachen. Doch das hat auch Schattenseiten: Sie belasten unsere Gesundheit, verändern unsere Psyche, ermöglichen die Überwachung und Manipulation unseres Verhaltens.

von Peter Hensinger

Die digitalen Medien haben unsere Gesellschaft verändert. Zum einen werden sie begeistert genutzt – auch von den sozialen Bewegungen. Zum anderen hat uns aber Edward Snowden bewusst gemacht, welche tief greifenden Veränderungen mit ihrer Nutzung unbemerkt vor sich gehen. Und bei denen wirken wir freiwillig mit. Unsere Demokratie ist mit BigData konfrontiert, der systematischen Verletzung von Grundrechten. Eine kollektive Selbsttäuschung fand statt. Die digitale Freiheit, der Hype ums Internet, um Facebook, um Smartphones und

Tablets erweist sich als eine große Freiheitsfalle. „Digitalisierte Freiheit bedeutet manipulierte Freiheit. Manipulation wird selten durchschaut. Das ist das Schlimme an der

digitalisierten Freiheit: dass realer Freiheitsverlust kaum wahrgenommen oder sogar um anderer Vorteile willen bewusst in Kauf genommen wird. Umso mehr ist Aufklärung

angesagt – zumal technische Mittel dazu beitragen, dass die Manipulation inzwischen überhand nimmt“, schreibt der Theologe Werner Thiede in seinem Buch „Die digitalisier-

*Den Wunsch vorherzusagen,
was einer tun, kaufen, denken wird, verbindet
Militär, Polizei und Wirtschaft.*

te Freiheit“. Es brauchte Snowden, um dieser Kritik Gehör zu verschaffen. Noch vor einem Jahr wurden die Kritiker als Verschwörungstheoretiker und Fortschrittsverweigerer belächelt.

Die Medienwissenschaftlerin Petra Grimm sagte im Januar 2014 in einem Interview: „Derzeit wird erfasst, was einer ist. Also Geschlecht, Alter, Wohnort, Einkommen – und mit wem jemand kommuniziert. Durch die Art, wie wir derzeit durch Algorithmen erfasst und klassifiziert werden, werden wir entpersonalisiert. Sie werden beispielsweise über Ihr Wohngebiet danach eingestuft, ob Sie kreditwürdig sind oder nicht. Sie kommen sofort in ein Raster. Sie wissen nicht, auf welcher Grundlage Sie eingestuft werden, und haben keine Möglichkeit, sich dagegen zu weh-

ren. Das ist ein bedrohliches Szenario.“

Erfasst, berechnet, durch Algorithmen im Profil abgespeichert, kategorisiert und dann mit Informationen gefüttert, soll ein Mensch entstehen, der als jederzeit manipulierbarer Untertan und Konsument funktioniert. Ob dies gelingt, ist eine andere Frage, aber das ist der Plan. Er wurde ausgearbeitet in den neoliberalen Think Tanks. Nicht der Mensch nutzt die digitalen Medien, sondern sie nutzen ihn, ohne dass er es merkt. Der Staat der Zukunft werde „ein gigantisches kommerzielles, real existierendes Internet“, prophezeite Frank Schirmacher, kürzlich verstorbener Journalist und Mitherausgeber der FAZ, in seinem Buch „Ego“. Den Wunsch vorherzusagen, was einer tun, kaufen, denken wird, verbindet Militär, Polizei und Wirtschaft.

Überwachung für den totalen Konsum

Die Überwachung der Bürger dient vor allem auch der Konsumindustrie zur Absatzsteigerung. In dem 2013 vom ORF veröffentlichten Bericht „WLAN-Netzwerk als Lockmittel“ steht: „Je besser man seine Kunden kennt, desto mehr kann man ihnen verkaufen. Nach dieser



Faustregel arbeiten Handelsketten schon seit jeher und geben etwa Kundenkarten aus. Doch waren die Möglichkeiten der Kundenanalyse in normalen Geschäftsfilialen bisher beschränkt, macht das Handy als ständiger Begleiter nun eine wesentlich genauere Art der Überwachung möglich. Der kostenlose Drahtloszugang zum Internet wird von Geschäftsinhabern nämlich keineswegs uneigennützig angeboten. Haben die Kunden die WLAN-Funktion ihres Smartphones aktiviert, sucht dieses in regelmäßigen Abständen nach verfügbaren Netzen. Das machen sich

erfasst und mit maßgeschneiderter Werbung und Rabattcoupons angesprochen.“

Die Installation dieser Überwachung findet zurzeit in den Städten unter dem Motto „Freies WLAN“ statt. Private Spezialfirmen erfassen das Bewegungs- und Kaufverhalten der Bürger. „Freies WLAN“ heißt vor allem: freie Daten für die Industrie. Die Kombination der personalisierten Daten aus Google, Facebook, Twitter, Schufa-, Bank- und Gesundheitsdaten sowie Kassenauswertungen der Händler ergibt den gläsernen Konsumenten. Der digitale Abdruck des Nutzers

*Der kostenlose Drahtloszugang zum Internet
wird keineswegs uneigennützig angeboten.*

spezialisierte Analysefirmen zunutze. Der Standort des einzelnen Kunden im Geschäft wird ermittelt und fortan verfolgt – ohne dass der Kunde etwas davon bemerkt. Unternehmen wie die kalifornische Euclid Analytics haben sich darauf spezialisiert, diese Daten zu protokollieren und zu analysieren. Registriert sich der Kunde zusätzlich für die Nutzung des angebotenen WLAN-Netzes, wird er namentlich

wird zur Handelsware, die sich jeder kaufen kann.

Im Februar 2014 leitete Martin Schulz, Präsident des Europaparlaments, in der FAZ unter dem Titel „Technologischer Totalitarismus – Warum wir jetzt kämpfen müssen“ eine interessante Debatte ein. Er schreibt: „Wenn wir Menschen durch diese Vernetzung nur noch die Summe unserer Daten sind, in unseren Gewohnheiten und Vor-



lieben komplett abgebildet und ausgerechnet, dann ist der gläserne Konsumbürger der neue Archetyp des Menschen. Schon heute ist es das Geschäftsmodell von Facebook und anderen, unsere emotionalen Regungen und sozialen Beziehungen in ein ökonomisches Verwertungsmodell zu überführen und unsere Daten gewinnbringend zu nutzen. Wenn die Messung unseres Augenzwinkerns oder die Beschleunigung unsere Pulse beim Ansehen bestimmter Produkte in Echtzeit in die Datenbank von multinationalen Konzernen fließen, ist der neue Mensch nur noch die Summe seiner Reflexe, und er wird biologisch komplett determiniert. Am Ende könnte eine solche Entwicklung dazu führen, dass wir nur noch über jene Kaufangebote informiert werden, die vermeintlich zu uns passen. Und der Schritt, dass wir dann auch nur noch die politischen und kulturellen Informationen erhalten, die unseren vermuteten Interessen entsprechen, ist ein kleiner. Damit wäre dann die Vorstellung vom Menschen, der sich frei entwickelt und der es durch Bildung und harte Arbeit nach ganz oben schaf-

Wir selbst sind mit großer Begeisterung die Datenlieferanten der Geschäftemacher und Geheimdienste.

fen' kann, endgültig erledigt. Ein neuer Mensch würde entstehen: der determinierte Mensch.“

Die Krise der Freiheit besteht in der Selbsttäuschung, in der Mitwirkung des Opfers an seiner Entmündigung. Erstmals machen es Internet und Smartphone möglich, in Echtzeit die Wünsche eines gläsernen Konsumenten profilbezogen zu erfassen, zu wecken und zu

Appell „Zuflucht für Edward Snowden“

Durch Edward Snowden haben wir erfahren, in welch gigantischem Ausmaß uns die Geheimdienste ausspionieren. Die US-Regierung sieht in ihm einen kriminellen Landesverräter, die Bundesregierung sorgt sich um die „guten Beziehungen“ zu den USA und würde ihn wohl ausliefern. Campact initiierte deshalb die Kampagne „Schutz für Edward Snowden in Deutschland“ und den Online-Appell „Zuflucht für Edward Snowden – Whistleblower schützen“.

» www.campact.de/snowden



Plakat: Campact

verstärken, für jeden eine eigene Wirklichkeit in einer Scheinfreiheit zu schaffen. In seinem Buch „Selbst Denken“ schreibt der Soziologe Harald Welzer: „Konsumismus ist heute totalitär geworden und treibt die Selbstentmündigung dadurch voran, dass er die Verbraucher, also Sie, zu ihren eigentlichen Produkten macht, indem er Sie mit immer neuen Wünschen ausstattet, Wünsche,

zugeben. Sogar unter den Linken, Grünen und anderen kritischen Geistern wird die Reflexion darüber verweigert. Auf vielen Sitzungen erlebe ich, wie gedankenlos Smartphones auf den Tisch gelegt werden. Man liebt seine Wanze. Diese Naivität ist neu. Sie als fortschrittlichen Lebensstil etabliert zu haben, ist eine Meisterleistung der Werbepsychologen. Besinnungslos wird Selbstentäußerung praktiziert. Einen Feind, der mithört, gibt es anscheinend nicht mehr. Wir vertrauen den Geschäftemachern, der Polizei, den Geheimdiensten unsere Daten an. Woher diese Naivität? Zwar sind viele theoretisch empört, aber praktisch denken sie nicht an eine Veränderung ihres Kommunikationsverhaltens.“

Selbstzensur des Denkens und Verhaltens

Wir geben den Überwachungsbehörden heute freiwillig für ihre Einsatzplanungen die Daten, die sie sich bisher mühsam über Spitzel, Richtmikrofone, Videoüberwa-

chung und Wanzen holen mussten. Die Schriftstellerin Juli Zeh schreibt in Fortsetzung von Martin Schulz in der FAZ: „In einem solchen System sind die Folgen des eigenen Verhaltens nicht mehr absehbar. Wir wissen nicht, welche E-Mail, welche Kaufentscheidung oder welches Freizeitvergnügen zu einer Herabstufung unserer Kreditwürdigkeit, zur Ablehnung einer Beförderung oder zum Einreiseverbot in die Vereinigten Staaten führen. Aus dieser tief gehenden Verunsicherung folgt ein Zwang zur ‚Normalität‘, wenn nicht zur bestmöglichen Performance in allen Lebensbereichen. ‚Bestmöglich‘ bedeutet dabei, die Erwartungen der Informationsmächtigen intuitiv zu erfassen und nach besten Kräften

überwacht, die bis 2020 Standard sein soll. Bücher, Konsumgewohnheiten, Schulden, Krankheiten, Gerichtsverfahren, Beziehungskonflikte, sexuelle Orientierung – die Akte ist angelegt mithilfe von Google, Facebook, WhatsApp, WLAN. Bei einem Bewerbungsgespräch sitze ich einem Personalchef gegenüber, der bereits alles über mich weiß. Eine Selbstzensur des Denkens und Handelns wird die Folge sein.“

Digitalisierung der jungen Generation

Wir wurden noch sozialisiert ohne die Manipulation durch die neuen Medien und reflektieren hier heute ihre Risiken. Doch was ist mit den Kindern und Jugendlichen, die die „analoge“ natürliche Welt nur noch

Nur noch 7,7 % der 18- bis 25-Jährigen besitzen in Deutschland kein Smartphone.

zu erfüllen. ‚Ich habe nichts zu verbergen‘ ist somit ein Synonym für ‚Ich tue, was man von mir verlangt‘ und damit eine Bankrotterklärung an die Idee des selbstbestimmten Individuums.“

Seit Snowdens Enthüllungen ist jedem bekannt, dass die Überwachung allgegenwärtig ist. Das wird die Menschen ändern. Unbewusst werden sich die Menschen fragen, ob sie sich Aktivitäten leisten können, die ihren Arbeitsplatz gefährden. Denn über Datenagenturen wird der Personalchef erfahren, was sie in der Freizeit machen, welche Freunde sie haben, an welchen Demonstrationen und an welchen Sitzungen zur Vorbereitung von Widerstand und Streiks sie teilgenommen haben. Auch ihre Fahrt-routen werden durch die Car-to-Car-Kommunikation über LTE und WLAN

bedingt erleben? Das überwachte „Ich“ ist für diese Generation der Normalzustand. Soll schon im Kindergartenalter die Erziehung zum Untertan für und mit diesen neuen Medien beginnen? So jedenfalls wünscht es die Industrie. Aus der pädagogischen Wissenschaft gibt es handfeste Argumente dagegen: Das reale schöpferische Spiel unter Kindern als entscheidendes Erziehungsmittel wird ersetzt durch das Spielen in einer virtuellen, verkabelten oder funkbasierten Bildschirmrealität. Wann soll noch Zeit für das reale Spiel sein, wenn das durchschnittliche US-amerikanische Kind zwischen 8 und 18 Jahren täglich 7,5 Stunden elektronischen Medien ausgesetzt ist? Nur noch 7,7% der 18- bis 25-Jährigen besitzen in Deutschland kein Smartphone.

BUCHTIPPS

Glenn Greenwald
Die globale Überwachung
Der Fall Snowden, die amerikanischen Geheimdienste und die Folgen
Droemer, Mai 2014
368 Seiten, 19,99 Euro
978-3-426-27635-8



Luke Harding
Edward Snowden
Geschichte einer Weltaffäre
C.W. Leske, April 2014
288 Seiten, 19,90 Euro
978-3-942-37709-6



Marcel Rosenbach, Holger Stark
Der NSA-Komplex
Edward Snowden und der Weg in die totale Überwachung
DVA, März 2014
384 Seiten, 19,99 Euro
978-3-421-04658-1



Roman Maria Koidl
Web Attack
Der Staat als Stalker
Goldmann, November 2013
144 Seiten, 8,99 Euro
978-3-442-17473-7



Die soziale Interaktion von Kindern ist von 1987 bis 2007 von 6 auf 2 Stunden pro Tag gefallen, während die Nutzungszeit elektronischer Medien von 4 auf 8 Stunden gestiegen ist, und sie wächst vor allem durch die Smartphones weiter an. Eine Studie des Herstellers Nokia fand heraus, dass junge Menschen täglich im Schnitt 150-mal ihr Smartphone nutzen. In Südkorea

sind die Zahlen zur Smartphone-Sucht innerhalb eines Jahres alarmierend gestiegen: von 10 auf 20 % bei den 10- bis 19-Jährigen.

Die aktuellste Entwicklung: Das Allroundgerät TabletPC soll sich als Lerngerät durchsetzen. Massiv wer-

Nach den vorliegenden Daten wird die überwiegende Mehrheit der jungen Menschen (knapp 90 %) das Smartphone vor allem für Aktivitäten nutzen, die ihrer Bildung, ihrer Gesundheit und ihren sozialen Beziehungen schaden.“

Chance haben der Umweltschutz, die Artenvielfalt, die Achtung vor der Biosphäre, wenn die Jüngsten nur noch an Entertainment-Medien kleben und nicht mehr auf Bäume steigen, wenn ihr Bewegungsradius seit den 1970er-Jahren um 90 % abgenommen hat?“

Das Abtauchen aus der realen in die virtuelle Welt, die Entfremdung vom realen Leben beschreibt Spitzer als „Smartphone-Epidemie“ der „hyperconnected Generation“, die zu „pathologischen Stubenhockern“ wird. Er listet anhand internationaler Studien die übereinstimmenden Folgen: Einsamkeit, Depression, Angst, Schlafstörungen, Stress. In Südkorea versucht der Staat, mit der Kampagne „1-1-1“ gegenzusteuern: Die Jugendlichen sollen an einem Tag in der Woche einmal das Smartphone für eine Stunde ausschalten.

Welche Auswirkungen hat die Digitalisierung der Lern- und Lebenswelt auf die geistige Entwicklung der Jugend? Welche Jugend generieren diese Medien? Welche Weltkenntnis entsteht durch die Virtualisierung der Erfahrungen und Beziehungen, durch das Defizit an sinnlicher Naturerfahrung, durch den Google-gesteuerten digitalen Tunnelblick? Spitzer hat das entwicklungspsychologische Problem mit dem provokanten Begriff „Digitale Demenz“ auf den Punkt gebracht.

Medienexperten aus dem Kriminologischen Forschungsinstitut Niedersachsen (KFN) beschreiben den Grund so: „Für Erwachsene stellen Medien ein Tor zur Welt dar. Sie erscheinen heute unverzichtbar. Für Kinder ist das anders. Je kleiner das Kind, desto größer der mögliche Schaden. Je länger die Zeit vor dem Bildschirm, desto stärker können die Beeinträchtigungen

in der Entwicklung sein. Warum ist das so? Einem Neugeborenen fehlen Jahre und Jahrzehnte der Erfahrung. Einem älteren Menschen helfen diese, Erlebnisse einzuordnen und zu verarbeiten. Für Reifung und Wachstum im Gehirn sind vielfältige Sinneserfahrungen nötig: Sehen, Schwerkraftsinn, Tas-

entstehen immer mehr Dinge, immer mehr Kontakte. Es sind Menschen, die sich auf Netzwerken zusammenschließen. Dabei besitzen sie etwas, was keine Generation vor ihnen hatte: ein jederzeit abrufbares, immenses Wissen. Und so halten sie die ‚gesamte Welt‘, die ‚ganze Erde‘ in ihren Händen.“ Doch: Was

Das Abtauchen in die virtuelle Welt, die Entfremdung vom realen Leben hat Folgen: Einsamkeit, Depression, Angst, Schlafstörungen, Stress.

ten, Hören, Schmecken, Eigenbewegungssinn, Riechen, Drehsinn. PC, TV, Gameboy und Co. sprechen nur Augen und Ohren an. Für die Verknüpfung von Erlebnissen auf allen Kanälen, also die sensomotorische Integration, braucht es alle acht Sinne. Dies ist Voraussetzung für gesundes Gehirnwachstum und für späteres erfolgreiches Lernen. Der unmittelbare Kontakt zur Welt und zu anderen Menschen ist dabei unverzichtbar. Dieser ist für die Entwicklung förderlicher als jedes elektronische Medium.“

Wenn die Kinder und Jugendlichen die Welt nur noch hauptsächlich digital vermittelt erfahren, reduziert auf 2 bis 3 Sinne, zurückgespiegelt von Google, mit Werbung auf ihr Profil zugeschnitten bereits im Kindergarten- und Grundschulalter, stellt sich die Frage: Welches kritische Umweltbewusstsein kann da noch entstehen?

Ambivalente Welt der „kleinen Däumlinge“

Als „kleine Däumlinge“ bezeichnet der französische Philosoph Michel Serres die heutige Jugend, weil sie mit ihren Daumen eine unendlich große Welt erkunden: „Dadurch

ist im Computer, was davon in den Köpfen? Hat das Gedächtnis der Däumlinge schon die Kompetenz, die Mündigkeit und das Entscheidungsvermögen, die Datenflut zu ordnen, zu gewichten und die richtigen Schlüsse daraus zu ziehen? Wer erzieht sie zu einem kritischen Weltverständnis, wenn es von vorneherein durch Google und Datenkraken manipuliert wird? Sind viele nicht eher gefangen im Netz?

In seiner im Oktober 2013 in Stuttgart gehaltenen Rede formulierte Bundespräsident Joachim Gauck die ganze Widersprüchlichkeit der digitalen Revolution: „Ausgeliefertsein und Selbstauslieferung sind kaum noch voneinander zu trennen. Es schwindet jene Privatsphäre, die unsere Vorfahren sich einst gegen den Staat erkämpften und die wir in totalitären Systemen gegen Gleichschaltung und Gesinnungsschnüffelei zu verteidigen suchten. Öffentlichkeit erscheint nicht mehr als Bedrohung, sondern als Verheißung, die Wahrnehmung und Anerkennung verspricht. Viele verstehen nicht oder wollen nicht wissen, dass sie so mitbauen am digitalen Zwilling ihrer realen Person, der neben ihren Stärken auch

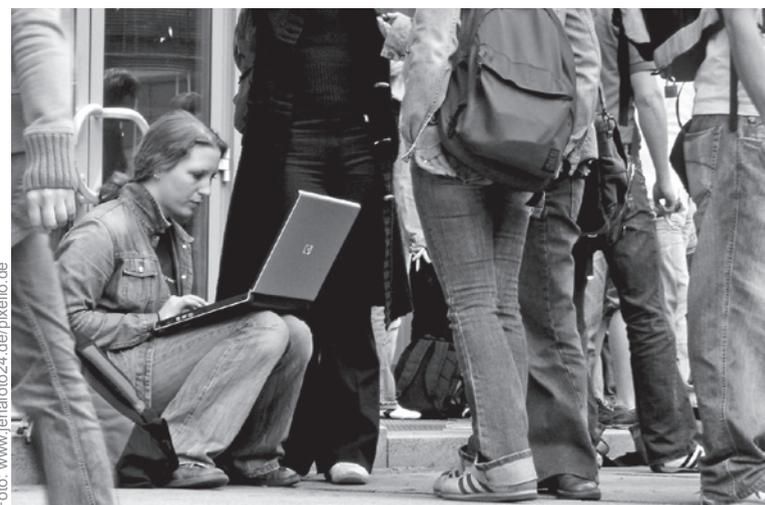


Foto: www.jenafoto24.de/pixelio.de

ben die Medien- und Schulbuchkonzerne für dessen Einführung im Unterricht. Einwände, die aus der Hirnforschung und Entwicklungspsychologie kommen, wurden von der Enquete-Kommission der Bundesregierung ignoriert und tauchen in den Bundestagsdrucksachen nicht einmal auf. Der Neu-

Folgen für das Umweltbewusstsein

Die mobile Kommunikation ermöglicht unter anderem auch die Flucht aus der realen Welt und ihren Abgründen in eine virtuelle. Auf Telepolis stellte der Journalist Thomas Pany schon 2010 die Frage, wie Kinder, die keine Ahnung von der Natur

haben, später einmal die Welt retten sollen: „Natürlich drängt sich angesichts von Kindern, denen Klischees heute vieles Gute („Kann besser mit dem Smartphone, iPod, Notebook, Satellitenfernseherfernbedienung umgehen als der Papa ...“) nachsagen – nur keine Naturverbundenheit –, die Frage auf: Welche

Eine Studie des Herstellers Nokia fand heraus, dass junge Menschen ihr Smartphone täglich 150-mal nutzen.

rowissenschaftler Manfred Spitzer warnt vor den Folgen: „Bevor man also jedem Schüler ein digitales Endgerät – das Smartphone ist ein solches – staatlich verordnet („schenkt“), wie es die große Koalition offenbar vorhat, sollte man noch einmal über dessen Risiken und Nebenwirkungen nachdenken.

ONLINETIPPS

Dirk Asendorpf
Die Datenindustrie
SWR2 Wissen, 28.06.2014
www.swr.de → Suche:
Der vermessene Mensch (9)

Soshana Zuboff
Die neuen Massenausforschungswaffen
FAZ, 13.02.2014
www.faz.net → Suche:
Massenausforschungswaffen

Juli Zeh
Schützt den Datenkörper
FAZ, 11.02.2014
www.faz.net → Suche:
Überwachungsdebatte

Martin Schulz
Warum wir jetzt kämpfen müssen
FAZ, 06.02.2014
www.faz.net → Suche:
Technologischer Totalitarismus

Manfred Spitzer
Smartphones
Nervenheilkunde 1–2/2014
www.schattauer.de →
Suche: Smartphones

Joachim Gauck
Die Freiheit in der Freiheit gestalten
Stuttgart, 03.10.2013
www.bundespraesident.de →
Suche: Festakt Deutsche Einheit
2013

o.V.
WLAN-Netzwerk als Lockmittel
ORF, 25.08.2013
http://orf.at/stories/2192859/
2192860/

Thomas Pany
Natur-Defizit-Syndrom
Telepolis, 18.08.2010
www.heise.de/tp/blogs/6/148220

ihre Schwächen enthüllt – oder enthüllen könnte. Der ihre Misserfolge und Verführbarkeiten aufdecken oder gar sensible Informationen

über Krankheiten preisgeben könnte. Der den Einzelnen transparent, kalkulierbar und manipulierbar werden lässt für Dienste und Politik, Kommerz und Arbeitsmarkt.“

Denken kann man nicht ausschalten. Ein Teil der Jugend denkt und protestiert z.B. gegen die Umweltzerstörung, gegen Stuttgart 21, gegen die Folgen der Globalisierung. Smartphones helfen, den Widerstand zu organisieren. Die Faszination der Möglichkeit, mit einer SMS Tausende zu einer Demonstration zu mobilisieren, verdrängt die Risiken. Die digitalen Medien vermitteln aber den Gegnern des Widerstands alle Daten, die sie für wirksame Gegenstrategien brauchen.

Gesundheitsschäden durch Strahlung

Alle Mobilfunkgeräte senden und empfangen kabellos über Mikrowellenstrahlung. An sie ist unser Körper – vor allem unser Gehirn – nicht adaptiert. Bis in die Mitte der 1990er-Jahre war der Mensch nahezu verschont von dieser Umweltbelastung. Heute leben wir in einer Elektromogwolke. In der Umweltmedizin werden heute der Anstieg von Kopfschmerzen, ADHS, Burn-out bis hin zu Krebserkrankungen mit dieser Belastung in Verbindung gebracht. Durch die geplante Einführung von WLAN an Schulen, Bibliotheken und allen Bildungseinrichtungen und von Millionen kostenlosen HotSpots in den Kommunen wird die Belastung lückenlos.

Zu den Auswirkungen der biologischen Effekte dieser Dauerbelastung schreibt das Fachmagazin „ElektromogReport“ im Mai 2013: „Die nicht-thermische Strahlung kann bei lang anhaltender Einwirkung zu Beeinträchtigungen in der Entwicklung des Gehirns, DNA-Brüchen und anderen schädlichen



Foto: Ródi/pixelio.de

Veränderungen führen, das haben Tierversuche ergeben. Beim Menschen wurden durch Mobilfunkstrahlung Kopfschmerzen, Schlafstörungen, Hautveränderungen und andere Symptome beobachtet und Krebserkrankungen können nicht ausgeschlossen werden.“

Weit über 40 Studien allein zu WLAN weisen inzwischen auf Folgen u.a. durch oxidativen Zellstress wie Kopfschmerzen, Konzentrationsstörungen, ADHS, negative Auswirkungen auf die Spermien, den Fötus, die Zellteilung, Verhalten und Gedächtnis, Nervenschä-

Auf den Gesundheitszustand wirken sich die Smartphones und Tablets in doppelter Hinsicht aus: Die Überforderung durch Multitasking führt zu einem Zustand ständiger Erregtheit in der Flut des Datenstroms. Es würde sich lohnen, die Korrelation mit dem seit 2006 rapide ansteigenden ADHS-Syndrom zu untersuchen. Die Überforderung ist besonders bei Jugendlichen auch eine Ursache des wachsenden Burn-out, man kann es auch Stress-Depression nennen, körperlich zu messen am oxidativen Stress in den Zellen, und dem gleichzeitig durch

Für Erwachsene stellen Medien ein Tor zur Welt dar.

Für Kinder ist das anders. Je kleiner das Kind, desto größer der mögliche Schaden.

digungen bis zur Krebspromotion hin. Der Skandal: Staatliche Stellen, damit konfrontiert, geben die allen Umweltschützern bekannte Standardantwort: Die Grenzwerte sind eingehalten. Dass diese Studien die Schädigungen weit unterhalb der sowieso nur thermischen Grenzwerte, oft beim Normalbetrieb der Geräte, nachweisen, wird einfach ignoriert.

die Strahlung ausgelösten Zellstress. Die Umweltmedizin beschreibt diese Wechselwirkung. Spitzer zieht in einem aktuellen Artikel dieses Fazit: „Die negativen Auswirkungen von Smartphones auf den Gesundheitszustand vor allem junger Menschen zeigen sich mittlerweile ebenfalls in dokumentierten Beeinträchtigungen ihrer seelischen und körperlichen Gesundheit.“

Auf dem Weg in eine „Brave New World“?

Die Digitalisierung bedeutet also eine vierfache Schädigung: Überwachung, Konsumismus, Digitale Demenz, Strahlenbelastung. Nun stehen diese vier Problemfelder nicht nebeneinander, sondern in Wechselwirkung. In der Verdrängung all dieser vier Erkenntnisse herrscht in Deutschland und weltweit in allen Gesellschaftsschichten eine regelrechte Smartphone-, Tablet- und WLAN-Euphorie. Was können wir dagegen tun?

Die Digitalisierung bedeutet eine vierfache Schädigung: Überwachung, Konsumismus, Digitale Demenz, Strahlenbelastung.

Werden Staat und Industrie diese totale Überwachung und die Formung des Menschen zum konsumierenden, angepassten Untertanen verwirklichen können? Der Schriftsteller Aldous Huxley zeichnete 1932 in seinem Roman „Brave New World“ die Vision einer manipulierten Gesellschaft, die durch die Ausgabe einer Glücksdroge widerspruchsfrei funktioniert. Der Verhaltensforscher B.F. Skinner beschrieb 1948 in seinem Roman „Walden Two“ (deutsch: „Futurum Zwei“) die Vision einer aggressionsfreien Gesellschaft, in der eine Managergruppe, geschult in den Techniken der Konditionierung, das Verhalten aller über positive Reize und Belohnungen steuert. Die Parallelen zur Smartphone-Konditionierung sind nicht von der Hand zu weisen. Doch diese Manipulation zum handzählenden Bürger wird letztlich nicht gelingen.

Negative Erfahrungen – Ausbeutung, Arbeitslosigkeit, Armut,

Umweltzerstörung, Krisen, Kriege – bringen die Menschen zum Nachdenken, verlangen nach Alternativen und erzeugen Opposition. Doch die zu bilden, wird durch die neuen technischen Möglichkeiten schwieriger, weil Überwachung und Indoktrination heute unter dem Mantel der Freiheit und des Fortschritts firmieren. Das ist neu und schwieriger zu durchschauen als brutale Unterdrückung. Die Diskussion darüber beginnt erst. Schulz fordert eine soziale Bewegung, „damit wir aus der Abhängigkeit und Kontrolle

der heutigen digitalen Großmächte befreit werden“. Doch es ist zu befürchten, dass die Bundesregierung und ihre Geheimdienste eher hart daran arbeiten, mit dem Vorbild NSA gleichzuziehen. Es ist wie immer: Wir sind gefragt zu handeln. ■

Peter Hensinger, Jahrgang 1948, studierte Germanistik, Linguistik und Pädagogik, erlernte anschließend den Beruf des Druckers,



übte ihn aus, wechselte dann in die Psychiatrie und war dort 20 Jahre als Gruppenleiter tätig. Bei der Verbraucherschutzorganisation „Diagnose-Funk e.V.“ ist er Vorstandsmitglied und Leiter des Bereichs Wissenschaft. Zudem ist er Vorstandsmitglied im Kreisverband Stuttgart des Bunds für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND).

peter.hensinger@diagnose-funk.de

BUCHTIPPS

Diagnose-Funk e.V. (Hrsg.)
Digitale Medien – Faszination mit Nebenwirkungen
Tagungsband, Nov. 2013
60 Seiten, 10,00 Euro
www.diagnose-funk.de

Werner Thiede
Die digitalisierte Freiheit
Morgenröte einer technologischen Ersatzreligion
Zeitdiagnosen, Band 29
LIT, Oktober 2013
258 Seiten, 24,90 Euro
978-3-643-12401-2

Harald Welzer
Selbst Denken
Eine Anleitung zum Widerstand
S. Fischer, März 2013
336 Seiten, 19,99 Euro
978-3-10-089435-9

Frank Schirrmacher
Ego
Das Spiel des Lebens
Karl Blessing, Feb. 2013
352 Seiten, 19,99 Euro
978-3-896-67427-2

Manfred Spitzer
Digitale Demenz
Wie wir uns und unsere Kinder um den Verstand bringen
Droemer, August 2012
368 Seiten, 19,99 Euro
978-3-426-27603-7

Paula Bleckmann
Medienmündig
Wie unsere Kinder selbstbewusst mit dem Bildschirm umgehen lernen
Klett-Cotta, Februar 2012
251 Seiten, 17,95 Euro
978-3-608-94626-0



Exzessive Mediennutzung und ihre Folgen

„Das machen doch jetzt alle!“

Einen ausufernden Medienkonsum ihrer Kinder betrachten viele Eltern oft fälschlicherweise als Medienkompetenz und trauen sich deshalb nicht, entschlossen einzuschreiten. So entwickelt sich in vielen Familien der Medienkonsum zur Mediensucht und zu einem nahezu unlösbaren Problem. Die Hilflosigkeit der Eltern ist groß.

von Christine und Christoph Hirte

Unser ältester Sohn, damals Informatikstudent, wurde im Alter von 22 Jahren immer mehr vom internetbasierten Computerspiel „World of Warcraft“ abhängig. Er brach sämtliche Kontakte nach draußen ab,

tungsstellen, Kliniken, im Internet und bei diversen anderen Stellen intensiv über diese Thematik. Vier Wochen lang taten wir nichts anderes. Mehr und mehr wurde uns klar, dass dies mit unserem Sohn wahrlich kein Einzelfall ist. Hinter

Unser Sohn hat mehr als acht Jahre gebraucht, um sich aus seiner Onlinerollenspielsucht zu befreien.

ließ seine Wohnung verwaahren, exmatrikulierte sich und beantragte Hartz IV – um uneingeschränkt spielen zu können. In wenigen Jahren stieg er auf der sozialen Leiter nach ganz unten. Um ihm helfen zu können, auch um zu verstehen, was ihm widerfahren war, versuchten wir damals, mehr über die nach wie vor nicht als Krankheit anerkannte Onlinesucht in Erfahrung zu bringen. Wir informierten uns bei Bera-

jedem Einzelnen steht eine verzweigte Familie.

Wir beschlossen, mit unserer Geschichte an die Öffentlichkeit zu gehen, um andere darüber zu informieren, was passieren kann, wenn jemand die Kontrolle über seinen PC-Konsum und damit oft auch die Kontrolle über sein Leben verliert. Unser Sohn hat alles in allem mehr als acht Jahre gebraucht, um sich aus seiner Onlinerollenspielsucht

zu befreien. Die Erkenntnis, dass er so nicht weitermachen kann, kam schon früher, doch schwere Depressionen – eine der gravierendsten Nebenwirkungen bei vielen Betroffenen – hinderten ihn immer wieder daran, seiner Krankheitseinsicht Taten folgen zu lassen. Dann fand er doch noch die Kraft, sich in einer Tagesklinik über viele Wochen helfen zu lassen. Inzwischen ist er aktiv und scheint endlich wieder seinen Platz im realen Leben zu finden. Uns allen ist eine große Last von den Schultern genommen und wir sind sehr stolz auf ihn.

Angebot zur Information und Selbsthilfe

Unser Anliegen ist es, andere Familien davor zu bewahren, dass ihnen dasselbe passiert wie uns. Die Vorstellungskraft über die Auswirkungen für die gesamte Familie reicht meist nicht aus. Wir sind der Meinung: Umfassend informiert zu

sein, kann helfen, das Schlimmste zu verhindern. Allerdings scheint die Bereitschaft, sich intensiv mit diesem Thema auseinanderzusetzen, noch viel zu wenig vorhanden zu sein. „Wir kennen uns da aus!“, „Wir haben alles im Griff!“ und „Das machen doch jetzt alle!“ heißt es meist. Wir riefen damals die Elterninitiative „rollenspielsucht.de“ ins Leben und gründeten einhalb Jahre später den Verein „Aktiv gegen Mediensucht e.V.“, auf deren

für Angehörige. Meist stehen unsere Teilnehmer unter enormem Leidensdruck. Durch die über Jahre gewachsene schwierige Situation, vielfach verbunden mit unerträglichen Aggressionskriegen, sind viele Angehörige am Boden zerstört. Wie bei anderen Süchten auch, fürchten viele Eltern, dass sie in der Erziehung versagt haben und dass mit dem Finger auf sie gezeigt wird. Wir bemühen uns, die Teilnehmer in ihrem Selbstbewusstsein zu stär-

Wie bei anderen Süchten auch, fürchten viele Eltern, dass sie in der Erziehung versagt haben.

Internetseiten wir heute täglich zwischen 900 und 1.200 Zugriffe haben. Der Informationsbedarf ist also enorm.

Im Jahr 2008 gründeten wir in München eine Selbsthilfegruppe

ken, damit sie wieder handlungsfähiger werden und sich ihre Co-Abhängigkeit im Sinne von „das Kind kann doch nicht ohne unsere Hilfe“ bewusst machen. Sie haben verlernt, sich selbst wertzuschätzen.

ONLINETIPPS

rollenspielsucht.de

Selbsthilfeportal für betroffene Eltern
www.rollenspielsucht.de

Aktiv gegen Mediensucht e.V.

Verein zur Verhinderung von Mediensucht durch aktives Handeln mit Austauschforen und Netzwerk für Ratsuchende
www.aktiv-gegen-mediensucht.de

KFN – Kriminologisches Forschungsinstitut Niedersachsen e.V.

Unabhängige Forschungseinrichtung
www.kfn.de → Forschungsbereiche und Projekte → Medienwirkungsforschung

Regine Pfeiffer

Blog über Internet- und Computerspielsucht
www.regine-pfeiffer.de

Mediengewalt – Internationale Forschung und Beratung e.V.

Verein zur Aufklärung über Medienwirkung;
www.mediegewalt.eu

return – Fachstelle Mediensucht

im Diakoniewerk Kirchröder Turm
www.return-mediensucht.de

Wir machen die Erfahrung, dass der Schlüssel zur Veränderung im Wesentlichen bei den Angehörigen liegt. Bei vielen Müttern ist das Gefühl der Schuld riesengroß. Wir animieren immer dazu, nach vorne zu schauen.

Rundumversorgung verstärkt das Problem

Besonders schwierig ist die Situation bei volljährigen Spielsüchtigen, die noch zu Hause wohnen und sich weder um einen Ausbildungs- oder Studienplatz noch um eine Ar-

Foto: Aktiv gegen Mediensucht e.V.





Foto: Aktiv gegen Mediensucht e.V.

Mechthild Dyckmans, Drogenbeauftragte der Bundesregierung (Mitte), im Gespräch mit Christine (links) und Christoph Hirte (rechts). Im Sucht- und Drogenbericht der Bundesregierung 2013 wurden ihre beiden Initiativen vorgestellt und als vorbildliches Engagement gewürdigt.

beitsstelle bemühen. Die bequeme Situation der Rundumversorgung daheim wird den Abhängigen kaum dazu bewegen, eine Veränderung seines Suchtverhaltens aktiv herbeizuführen. Freie Kost und Logis, das Suchtmittel stets verfügbar – ein Paradies. Viele Eltern halten aus

bei uns und fühlen sich – nach eigenen Aussagen – „endlich verstanden“. Uns wird berichtet, dass Jugendliche von Beratungsstellen vielfach nach wie vor in ihrer Dauermediennutzung bestärkt werden. Die Befragten lügen Betreuer bezüglich ihrer Mediennutzungszei-

Schwelle zur Sucht überschritten. Der allzeit verfügbare PC macht es allzu leicht, sich für diese bequeme Freizeitbeschäftigung zu entscheiden, statt nach sinnvollen Alternativen zu suchen. Irgendwann scheint es völlig normal zu sein, die Freizeit ausschließlich online zu gestalten.

Therapiebedarf wird immer größer

Der missbräuchliche Umgang mit elektronischen Medien erzeugte mittlerweile generationsübergreifend und flächendeckend großen Therapiebedarf. Doch die verantwortlichen Politiker, die oft um Wählerstimmen aus der Internet-Community buhlen und nicht als „rückständig“ eingestuft werden wollen, halten sich diesbezüglich mit klaren Aussagen zurück, statt sich im Interesse aller Bürger umfassend darüber zu informieren, was in den vielen betroffenen Familien los ist.

Durch das Internet und den missbräuchlichen Umgang damit wurden Fakten geschaffen, mit denen weder die gigantische Zahl „verlorengegangener“ Spieler noch deren verzweifelte Angehörige umzugehen gelernt haben. Niemand von uns wurde gefragt, ob wir dies alles überhaupt wollen. Auch der volkswirtschaftliche Schaden, der unserer Gesellschaft durch den Ausfall zahlloser junger Menschen zugefügt wird, macht ein klares und mutiges Umdenken dringend erforderlich. Die Zahl der Schulabbrecher steigt und ebenso die Zahl derer, die aufgrund der mittlerweile auffallend häufig gestellten Diagnose ADHS das Psychopharmaka Ritalin einnehmen müssen. Wir wünschen uns mehr Forschungsarbeiten, die an dieser Stelle einem eventuellen Zusammenhang mit Medienabhängigkeit auf den Grund gehen.

Folgende Schlagzeilen aus diversen Zeitungen sind uns dazu aufgefallen:

- Jedes fünfte Kind in bayerischen Kindergärten ist verhaltensauffällig.
- Bei mehr als 15% der Grundschul Kinder zeigen sich Fehlentwicklungen.

Bisher ist kein politisches Interesse erkennbar, an der Gesamtsituation etwas zu verändern.

Die Familien werden im Stich gelassen.

- Die Zahl der Buben und Mädchen, die in Bayern wegen psychischer Erkrankungen in einer Klinik behandelt werden mussten, stieg nach Angaben der Techniker Krankenkasse von 2005 bis 2008 um 25%.

- Arbeitgeber klagen, dass viele Jugendliche die erforderlichen Einstellungsvoraussetzungen nicht mehr erfüllen.

- 50.000 Kinder in Bayern haben das Klassenziel nicht erreicht.

Ein Grund für die Flucht in die Spielsucht ist bei vielen jungen Menschen eine fehlende berufliche Perspektive: Billig-Löhne, 400-Euro-Jobs, Dauer-Praktika und befristete Arbeitsverträge wirken demotivierend. Ein Spieler schrieb uns, dass er „keinen Bock hat, für einen Hungerlohn zu malochen wie sein Vater“ – da würde er doch lieber spielen.

Nicht wegsehen, sondern handeln

Bisher ist kein politisches Interesse erkennbar, an der Gesamtsituation etwas zu verändern. Die Familien werden weiterhin im Stich gelassen. Der Ernst der Situation wird massiv unterschätzt. Wir als Elterninitia-

tive „rollenspielsucht.de“ und als Verein „Aktiv gegen Mediensucht e.V.“ hoffen, dass wir aktiv und mutig an dieser Stelle eine Bewusstseinsveränderung mit bewirken können. Wir dürfen nicht länger wegsehen, wenn wir Verantwortung in unserem Umfeld tragen wollen.

„Wer schweigt, wird mitschuldig“, lautet das Motto von Amnesty International. Dies gilt auch hier. „Das machen doch jetzt alle!“ darf nicht mehr als Argument dafür herhalten, dass so viele Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene in der virtuellen Welt verloren gehen. Was momentan sichtbar ist, ist nur die Spitze des Eisbergs. Die wirklich schwierigen Jahrgänge kommen erst noch.

Christoph Hirte, Jahrgang 1956, ist Inhaber eines EDV-Systemberatungsunternehmens und Vater von drei Söhnen. Als sein ältester Sohn 2006 vom Internetrollenspiel „World of Warcraft“ süchtig wurde, gingen seine Frau Christine und er in die Offensive, arbeiteten sich intensiv in die Thematik ein, machten ihr Problem öffentlich, gründeten 2008 eine Selbsthilfegruppe für Angehörige und 2009 eine für Betroffene. Seither sind sie als „Mediensuchtaktivisten“ bundesweit unterwegs.



christoph.hirte@agmev.de

BUCHTIPPS

Christoph Möller, Vanessa Glaschke
Computersucht
Was Eltern tun können
Ferdinand Schöningh, Juli 2013
112 Seiten, 19,90 Euro
978-3-506-77683-9

Sabine Schiffer
Bildung und Medien
Was Eltern und Pädagogen wissen müssen
HWK, April 2013
203 Seiten, 19,80 Euro
978-3-937245-10-2

Paula Bleckmann
Medienmündig
Wie unsere Kinder selbstbestimmt mit dem Bildschirm umgehen lernen
Klett-Cotta, Februar 2012
251 Seiten, 17,95 Euro
978-3-608-94626-0

Niels Pruin
Spaßfaktor Realität – zurück aus der virtuellen Welt
Therapiekonzept und Behandlungsmanual
Cuvillier, Mai 2012
254 Seiten, 36,00 Euro
978-3-95404-102-2

Christoph Möller (Hrsg.)
Internet- und Computersucht
Ein Praxishandbuch für Therapeuten, Pädagogen und Eltern
Mitautoren: Christine und Christoph Hirte
Kohlhammer, November 2011
282 Seiten, 32,00 Euro
978-3-17-021874-1



Mobilfunkstrahlung und ihre Auswirkungen

Hohes Gesundheitsrisiko für Kinder und Jugendliche

In Schulen, Bibliotheken, Zügen und öffentlichen Plätzen werden derzeit WLAN-HotSpots installiert. Dadurch nimmt die Strahlenbelastung, die wegen der gesundheitlichen Risiken eigentlich sinken sollte, nochmals deutlich zu. Mangels Aufklärung regt sich bisher kaum Widerstand. Das sollte sich ändern.

von Dr. Klaus Scheler

Nach Handys und Smartphones drängen neuerdings Tablet-PCs in die Schulen. Viele Lehrerinnen und Lehrer sind begeistert. Sie trauen den einfach zu bedienenden Multifunktionsgeräten zu, das Lernen von Grund auf verändern zu können. Und der Druck der Computerindustrie auf die Politik wächst, die Schulen mit adäquaten Endgeräten für das digitale Lernen auszurüsten. Die Verbindung zum Internet soll über leistungsfähige WLAN-Netze hergestellt werden – und hier liegt ein ernstzunehmendes Problem, das in der Bevölkerung noch völlig verkannt wird. Es stellt sich die Frage: Lässt sich die durch WLAN-Netze erzeugte Strahlenbelastung, der unsere Kinder und Jugendlichen ausgesetzt sind, einfach ignorieren?

Schülerin untersucht WLAN-Bestrahlung

Die Frage hat sich auch die Schülerin eines Gymnasiums gestellt und versucht, im Rahmen einer experimentellen Facharbeit im Leistungskurs Biologie eine Antwort zu finden. Ihre Forschungsfrage lautete: Hat die WLAN-Bestrahlung einen

Einfluss auf die Entwicklung von Mehlkäfern? Hierzu beobachtete sie zwei Gruppen von je 100 Mehlkäfer-Larven bei ihrer Entwicklung zu Käfern, wobei sie eine Gruppe dauerhaft einer WLAN-Bestrahlung aussetzte.

Das Ergebnis ist beunruhigend: Nach sechs Wochen war der überwiegende Teil der bestrahlten Käfer körperlich missgebildet bzw. geschädigt. Von den bestrahlten überlebten nur rund 60%, von den unbestrahlten 95%. Als Fazit schreibt sie: „Überlegt man jetzt, wie weit die WLAN-Nutzung inzwischen verbreitet ist, gibt mir das doch zu denken. Strahlung sieht und spürt man nicht. Eine Wirkung auf die belebte Natur als Einbildung ab-

zutun oder in die ‚esoterische Ecke‘ zu verbannen, halte ich nach diesen Ergebnissen für vermessen.“ Aber: Lässt sich dieses Ergebnis verallgemeinern und insbesondere auf den Menschen übertragen?

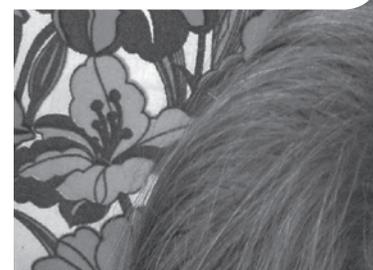


Foto: manwalk/pixelio.de

Wissenschaft warnt vor Gesundheitsrisiko

Nach über 20 Jahren weltweiter Forschung lässt sich die Frage „Ist Mobilfunkstrahlung gesundheitsschädlich oder nicht?“ zwar immer noch nicht abschließend beantworten, die wissenschaftliche Beweislage ist aber mittlerweile hinreichend

Studien belegen eine Vielzahl von Gesundheitsbeeinträchtigungen weit unterhalb der derzeit geltenden Grenzwerte.

solide und zeigt, dass Mobilfunkgeräte ein deutliches Gesundheitsrisiko für Kinder, Jugendliche und auch für schwangere Frauen darstellen.

Studien belegen eine Vielzahl von Gesundheitsbeeinträchtigun-

gen weit unterhalb der derzeit geltenden Grenzwerte: Dazu gehören u.a. neurologische Störungen, kardiovaskuläre Effekte bereits bei

ser Symptome in den letzten Jahren. In vielen Fällen verschwinden die Symptome erst, wenn die Strahlenbelastung dauerhaft aufhört.

Frankreich hat 2009 den Gebrauch von Mobiltelefonen in Kindergärten und Grundschulen verboten.

Kindern, Störungen des Immunsystems bis hin zu steigendem Risiko für Hirntumore bei zunehmender Handynutzung, aber auch – für die Schule besonders bedeutsam – Kopfschmerzen, Tagesmüdigkeit, Reizbarkeit und Nervosität, Lern- und Verhaltensstörungen, die immer mehr Kinder betreffen. Die Erfahrung vieler Eltern und Lehrenden bestätigt die Zunahme die-

Vor allem bei Kindern sind Störungen zu erwarten, denn deren Köpfe absorbieren tendenziell 1,6- bis 3,2-mal mehr von der auftretenden Strahlung als die Köpfe von Erwachsenen. Das liegt an der geringeren Größe, den dünneren Schädelknochen und der höheren Leitfähigkeit der Knochen und des Gehirngewebes. Doch nicht nur die Belastung ist höher: Wegen des

ONLINETIPPS

Diagnose-Funk

WLAN (Wireless Local Area Network)
www.diagnose-funk.de →
Themen: WLAN

Bücher, Broschüren, Flyer
http://shop.diagnose-funk.org

Schülerstudie

Einwirkung von WLAN-Strahlung auf die Entwicklung von Mehlwürmern
www.baubiologie-herberg.de/download/wlan_mehlwurm_schuelerstudie.pdf

Bundesamt für Strahlenschutz

Strahlenschutz beim Mobilfunk
www.bfs.de/de/elektro/strahlenschutz_mobilfunk
Umwelt und Kindergesundheit
www.bfs.de/de/bfs/presse/aktuell_press/umwelt_kindergesundheit.html

FunkySchool

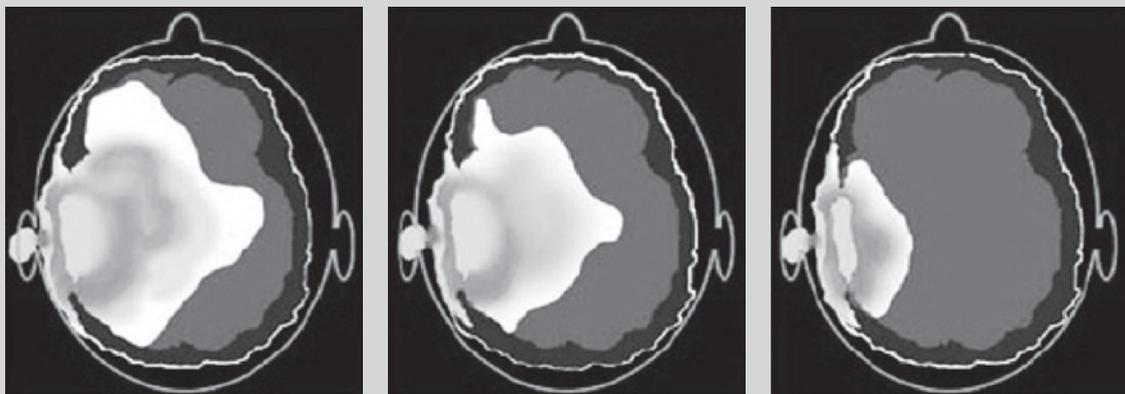
Unterrichtsmaterialien mit Schüler-Experimenten zum Thema „Handy und Mobilfunkstrahlung“
www.funkyschool.de →
Unterrichtsmaterialien

Kompetenzinitiative

Broschüre „Die Gefährdung und Schädigung von Kindern“
www.kompetenzinitiative.de →
Broschürenreihe →
Die Gefährdung ...
Broschüre „Mobilfunk: Zum Schutz der Kinder tätig werden“
www.kompetenzinitiative.de →
Broschürenreihe →
Mobilfunk: Zum Schutz ...

noch nicht voll entwickelten Nerven- und Immunsystems reagiert der kindliche und jugendliche Organismus auch grundsätzlich empfindlicher auf Strahlung.

Strahlenaufnahme im Gehirn



5-jähriges Kind

10-jähriges Kind

Erwachsener

Die Strahlungsabsorption ist bei Kindern deutlich höher als bei Erwachsenen. Grund 1: Die Kinderköpfe gehen aufgrund ihrer geringeren Größe stärker mit den elektromagnetischen Wellen des Mobilfunks in Resonanz. Grund 2: Die Leitfähigkeit der Knochen und des Gehirngewebes ist bei Kindern höher, wodurch alle durch die Strahlung angeregten Ströme stärker ausfallen. Außerdem sind auch tiefer liegende Areale im Gehirn, die besonders empfindlich sind, betroffen.

Grafik: Kinderbüro Steiermark – Elektrosmog-Folder

Reaktionen in Deutschland und im Ausland

Maßnahmen zum Schutz der Kinder und Jugendlichen vor Mobilfunkstrahlung werden seit Jahren immer wieder eindringlich gefordert. Der Bayerische Landtag verlangte am 22. März 2007 unmissverständlich: „Die Schulen werden aufgefordert, auf drahtlose Internet-Netzwerke (WLAN) zu verzichten.“ Das EU-Parlament forderte in seinem Beschluss 2008/2211(INI) vom 2. April 2009 die Senkung der

Grenzwerte ein, weil angesichts der zunehmenden Strahlungsbelastung vor allem Kinder und Schwangere

der und die International Agency for Research on Cancer (IARC) der Weltgesundheitsorganisation

Österreich und Großbritannien raten, dass Kinder unter 16 Jahren Mobiltelefone nur im Notfall benutzen sollten.

durch die bestehenden Grenzwerte nicht mehr geschützt sind. 2011 forderte der Europarat ausdrücklich Schutzmaßnahmen für Kin-

(WHO) stuft die Strahlung von Mobiltelefonen als potenziell krebserregend ein. Das Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) kommt zu dem Schluss: „Die Exposition durch elektromagnetische Felder sollte so gering wie möglich sein.“

Einige Staaten haben auf die wissenschaftlichen Erkenntnisse bereits reagiert. Frankreich hat 2009 den Gebrauch von Mobiltelefonen in Kindergärten und Grundschulen verboten sowie jede Handywerbung, die sich an Kinder unter 14 Jahren richtet, untersagt. Andere Länder – Österreich, Russland, Großbritannien, Indien –

warnen eindringlich vor den Gefahren und raten, dass Kinder unter 16 Jahren Mobiltelefone nur im Notfall benutzen sollten.

Sieht man einerseits die Gefahrenlage, andererseits die Ahnungslosigkeit in der Bevölkerung und die zunehmende Nutzung von Mobilfunkgeräten bei Kindern und Jugendlichen, wird die Dringlichkeit offensichtlich, die Bevölkerung und insbesondere Kindergärten und Schulen über die Risiken des Mo-

bilfunks aufzuklären. Und es wird auch die Notwendigkeit erkennbar, eine gesundheitsverträgliche Technologie zu entwickeln und umzusetzen.

Schülerexperimente klären über Risiken auf

Solange in der Öffentlichkeit die Risiken der Mobilfunkstrahlung kein Thema sind, wird sich nichts ändern. Aufklärung ist angesagt – vor

Solange in der Öffentlichkeit die Risiken der Mobilfunkstrahlung kein Thema sind, wird sich nichts ändern.

allein in den Schulen, denn hier ist der Bedarf am größten. Deshalb wurden im Fach Physik der Pädagogischen Hochschule Heidelberg zum Thema „Handy und Mobilfunkstrahlung“ Unterrichtsmaterialien mit einer Vielzahl von Schülerexperimenten entwickelt. Diese werden laufend weiterentwickelt und im Rahmen des Projekts „Funkyschool“ ergänzt. Sie stehen auf der Website www.funkyschool.de kostenlos zur Verfügung.

Strahlenbelastung nimmt zu statt ab

Die Belastung durch Mobilfunkstrahlung nimmt derzeit durch den Ausbau neuer Netze (TETRA, LTE usw.) für alle immer weiter zu. Wissenschaftler und Ärzte, europäische Institutionen, Umwelt- und Verbraucherschutzorganisationen, Baubiologen und viele engagierte Bürger versuchen seit Jahren, die Politik zu bewegen, die wissenschaftlichen Erkenntnisse im Sinne des Vorsorgeprinzips zu berücksichtigen. Die Erfolge sind bisher gering, da die Bundesregierung ein Gefahrenpotenzial der Mobilfunkstrahlung unterhalb der Grenzwerte fast gänzlich bestreitet. Auch wenn alternative Mobilfunktechniken, die weniger oder gar nicht gesundheitsgefährdend sind, bereits diskutiert werden und realisierbar wären, ist ihr Einsatz in nächster Zeit nicht zu

erwarten. Den Kriterien der Nachhaltigkeit genügt die weitere Entwicklung der Mobilfunktechnologie aber erst dann, wenn sie aufhört, die Gesundheit zu beeinträchtigen, vor allem die unserer Kinder.

Dr. Klaus Scheler studierte Mathematik und Physik, promovierte in Physik, arbeitete anschließend als Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Didaktik der Naturwissenschaften im Fach Physik an der Universität Köln und am Institut für Datenverarbeitung/Informatik (IfD/I) der Pädagogischen Hochschule Heidelberg. Seit April 1990 ist er dort für das Fach Physik und für den Sachunterricht tätig.



www.ph-heidelberg.de/physik

BUCHTIPPS

Werner Thiede
Mythos Mobilfunk
Kritik der strahlenden Vernunft
oekom, 2012
302 Seiten, 19,95 Euro
978-3-86581-404-3



Manfred Spitzer
Digitale Demenz
Wie wir uns und unsere Kinder um den Verstand bringen
Droemer, 2012
368 Seiten, 19,99 Euro
978-3-426-27603-7



Werner P. H. Müller
Krankmacher Elektrosmog: real – legal – letal
Schützen Sie sich und Ihre Kinder
Werner Müller, 2010
80 Seiten, 5,00 Euro
978-3-00-032581-6



Lilo Cross, Bernd Neumann
Die heimlichen Krankmacher
Wie Elektrosmog und Handystrahlen, Lärm und Umweltgifte unsere Gesundheit bedrohen
Heyne, 2009
288 Seiten, 8,95 Euro
978-3-45360-107-6



Heike-Solweig Bleuel (Hrsg.)
Generation Handy
... grenzenlos im Netz verführt
Röhrig Universitätsverlag, 2007
271 Seiten, 19,80 Euro
978-3-86110-432-2



Tote Hose

Mobilfunkstrahlung schädigt die DNA der Spermien. Dies kann Folgewirkungen auf gezeugte Kinder haben oder zur Unfruchtbarkeit führen. Die Österreichische Ärztekammer warnt: „Das Handy in der Hosentasche oder SMS unter der Schulbank versenden, könnte die Fruchtbarkeit beeinträchtigen und sollte daher unterlassen werden.“

Diagnose-Funk e. V. fordert daher die Aufklärung der Bevölkerung, insbesondere von Kindern und Jugendlichen, über die Risiken der Mobilfunkstrahlung. Der Flyer „Tote Hose“ und weiteres Informationsmaterial lässt sich in dessen Online-Shop bestellen: <http://shop.diagnose-funk.org>

Geplanter Verschleiß

„Eine Form von unnötiger Arbeit“

Ein Phänomen, das jeder kennt: Kurz nach Ablauf der Garantie gehen viele Produkte kaputt. Oft ist das kein Zufall, sondern Absicht. Viele Hersteller sorgen ganz gezielt für einen schnellen Verschleiß. Denn kurze Lebenszyklen führen zu schnelleren Verkaufszyklen und steigern somit den Absatz. Nun erschien ein Buch darüber.

Interview mit Prof. Dr. Christian Kreiß

ÖkologiePolitik: Herr Prof. Kreiß, wie stießen Sie auf das Thema „geplanter Verschleiß“? Und warum haben Sie sich damit dann so intensiv beschäftigt?

Prof. Dr. Christian Kreiß: Im Jahr 2007 las ich zum ersten Mal eine Abhandlung über „unnötige

von unnötiger Arbeit, eine Unterart, an der man jedoch besonders anschaulich herausarbeiten kann, wie unsinnig das auf allen Ebenen ist. Wenn es uns gelänge, diese Art von gesellschaftlichem und ökologischem Unsinn einzustellen, so wäre dies ein riesiger Schritt

„In der klassischen Ökonomie existiert der Begriff ‚unnötige Arbeit‘ gar nicht. Das ist ziemlich seltsam.“

Arbeit“ und wie diese unser aller Leben unnötig verteuert. Das hat mich geradezu elektrisiert und ich ahnte, dass dies möglicherweise der Schlüssel für wichtige aktuelle wirtschaftliche und soziale Fragen ist. Für Fragen wie: Warum arbeiten wir heute immer noch so viel wie unsere Eltern, obwohl unsere Maschinen mittlerweile um ein Vielfaches produktiver sind? Warum können bei uns, in einem der reichsten Länder der Welt, viele berufstätige Menschen von ihrem Einkommen keine Familie ernähren? Geplanter Verschleiß ist dabei nur eine Form

in Richtung einer besseren, einer menschen- und umweltgerechteren Wirtschaft. Allerdings existiert in der klassischen Ökonomie der Begriff „unnötige Arbeit“ gar nicht. Das ist ziemlich seltsam. Wie will man einen Missstand bekämpfen, der in den Denkstrukturen und in der Begriffswelt der aktuellen Wirtschaftstheorien gar nicht vorkommt? Diesen „Blinden Fleck“ zu schließen, ist für mich als Wirtschaftswissenschaftler eine äußerst reizvolle Herausforderung.

Im März 2013 präsentierten Sie die von Ihnen mitverfasste Studie



Christian Kreiß, Jahrgang 1962, studierte Volkswirtschaft und promovierte über die Große Depression 1929–1932. Anschließend war er beruflich neun Jahre in verschiedenen Geschäftsbanken tätig, davon sieben Jahre als Investmentbanker. Seit 2002 lehrt er als Professor an der Hochschule für Wirtschaft und Technik in Aalen Finanzierung und Wirtschaftspolitik. Die von ihm zusammen mit Stefan Schridde verfasste und im März 2013 im Deutschen Bundestag vorgestellte Studie „Geplante Obsoleszenz“ erzeugte ein großes Medienecho. Im März 2014 veröffentlichte er sein Buch „Geplanter Verschleiß“.

www.menschengerechthewirtschaft.de

„Geplante Obsoleszenz“ im Deutschen Bundestag. Wie waren die Reaktionen?

Das Medienecho war überwältigend, damit hatte ich in keiner Weise gerechnet. Es wurde am nächsten Tag zur Cover-Story der „Bild“ und erschien auf Seite 1 der „Süddeutschen“. Das Thema traf also irgendwie einen gesellschaftlichen Nerv. Offenbar sind viele Menschen verärgert über diese Unsitte profitgetriebener Konzerne – und froh, dass sie jetzt endlich ans Licht kommt.

Wann fassten Sie den Entschluss, ein Buch darüber zu schreiben? Und warum?

Nach Veröffentlichung der Studie erschienen viele Artikel zu dem Thema. Diese frustrierten mich allerdings zum Teil sehr, denn In-

deshalb inzwischen recht einfach. Das Internet ist voll an „guten“ Beispielen.

Wie waren die Reaktionen auf Ihr Buch?

Ziemlich gut. Der „Spiegel“ veröffentlichte ein Interview dazu, ei-

„Die gängige Wirtschaftstheorie bestreitet schlichtweg die Existenz von geplantem Verschleiß.“

teressenvertreter der Industrie und manche Wissenschaftler stritten das Phänomen rundweg ab. Sie erklärten es zu einem Phantom oder Mythos. Bei der Industrie ist das ja nicht weiter verwunderlich, denn es geht hier ja um sehr viel Geld. Aber denjenigen, die nicht deren Interessen vertreten, wollte ich doch gerne die Richtigkeit der Gedanken näherbringen. So beschloss ich, die Hintergründe dazu ausführlich dazustellen. Und wie eingangs schon erwähnt: Die gängige Wirtschaftstheorie bestreitet schlichtweg die Existenz von geplantem Verschleiß. Aber diese Theorie beruht auf völlig weltfremden Annahmen und kommt so zu lupenreinen Elfenbeinturm-Aussagen, die nichts mit der Wirklichkeit zu tun haben. In Wirklichkeit ist geplanter Verschleiß ein Massenphänomen.

Woher stammen die zahlreichen Informationen? War die Recherche schwierig?

Anfangs war es tatsächlich gar nicht so leicht, konkrete Beispiele zu finden. Die Situation hat sich aber in letzter Zeit völlig verändert. Mittlerweile gibt es eine ganze Flut von Beispielen. Von Reparaturwerkstätten, Bastlern, Technikern und Ingenieuren wurden zahlreiche Einzelfälle in Artikeln und Filmen veröffentlicht. Die Recherche ist

nige Radiosender und Zeitungen sehr wohlwollende Berichte. Die Zahl der Leser ist angesichts des



Waschmaschinen-Bottich aus Plastik

Zu schwach dimensionierte Stoßdämpfer verursachen Lagerschäden. Der Lagersitz aus Kunststoff ist zerstört. Das Lager lässt sich daher nicht austauschen.



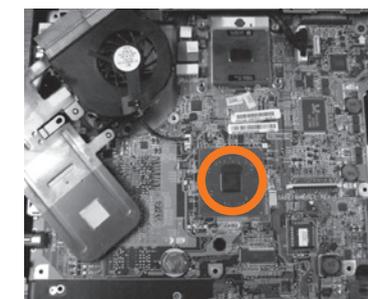
Waschmaschinen-Bottich aus Edelstahl

Gute Stoßdämpfer schonen das in Gusseisen liegende Lager. Das Lager und alle anderen Teile lassen sich preiswert austauschen und reparieren.



Tonerkartusche mit Zählwerk

Aufgrund eines Zählwerks meldet diese Laserdrucker-Tonerkartusche nach 2.500 Seiten „leer“, obwohl noch Toner für 5.000 Seiten übrig ist.



Grafikkarte in Computern

Die Grafikkarte ist durch Hitzeentwicklung und Staub gefährdet. Ist sie eingepresst, lässt sie sich im Schadensfall nicht austauschen.

BUCHTIPP

Christian Kreiß
Geplanter Verschleiß

Wie die Industrie uns zu immer mehr und immer schnellerem Konsum antreibt – und wie wir uns dagegen wehren können
Europa, März 2014
237 Seiten, 18,99 Euro
978-3-944305-51-6



ONLINETIPPS

Radiointerview mit Christian Kreiß
Geplanter Verschleiß – Die Tricks der Industrie
 SWR2, 11.05.2014
www.swr.de/swr2/ →
 Suche: Geplanter Verschleiß

Benjamin Romberg
Schrauben gegen das System
 Süddeutsche, 14.04.2014
www.sueddeutsche.de →
 Suche: Repair-Cafes

Interview mit Christian Kreiß
Im Prinzip heben wir Löcher aus und schütten sie wieder zu
 Telepolis, 09.04.2014
www.telepolis.de →
 Suche: Christian Kreiß

Interview mit Christian Kreiß
Verschleiß kann man exakt festlegen
 Spiegel, 17.03.2014
www.spiegel.de →
 Suche: Christian Kreiß

Interview mit Christian Kreiß
Eine unverantwortliche Verschwendung
 ÖkologiePolitik, August 2013
www.guenther-hartmann.de/Artikel/OeP159_Kreiss.pdf

Stefan Schridde, Christian Kreiß
Geplante Obsoleszenz
 Studie, 20.03.2013
www.menschengerechthewirtschaft.de →
 Veröffentlichungen als PDF

Stefan Schridde (Hrsg.)
Murks? Nein danke! Internet-Plattform
www.murks-nein-danke.de
Murks melden
www.murks-nein-danke.de/murksmelden
Blog
www.murks-nein-danke.de/blog

recht trockenen und unerfreulichen Themas erstaunlich groß.

Was raten Sie dem Verbraucher?

Er sollte sich vor dem Kauf eines Produkts möglichst gut informieren, auch wenn das in den meisten Fällen sehr schwer ist. Denn auf

„Werbung spielt eine Schlüsselrolle beim geplanten Verschleiß, weil sie uns einredet, wir bräuchten immer das Neueste.“

welchem Produkt steht schon drauf, wie lange es hält, ob es reparierbar ist, ob es in drei Jahren noch Ersatzteile gibt, wenn ja, zu welchem Preis, und was wohl die Reparatur eines Schlüsselteils kosten könnte? Aber probieren kann man es. Dientlich wäre auch, etwas weniger auf den Kaufpreis und mehr auf die Qualität zu achten. Und vor allem: ein wenig mehr Wertschätzung für die uns anvertrauten Dinge, weniger „Ex-und-hopp-Denken“, mehr pflegen und reparieren.

Was könnte die Politik tun?

Sie sollte Werbebeschränkungen und -verteuerungen einführen. Werbung spielt eine Schlüsselrolle beim geplanten Verschleiß, weil sie uns ständig einredet, wir bräuchten immer das Neueste, Coolste

„Es geht um sehr viel Geld, das die Konzerne mit dieser Strategie verdienen – zulasten von Verbrauchern und Umwelt.“

und Schickste. Das führt zu immer kürzeren Produktlebenszyklen und ständig neuen Modellen. Die meisten davon sind völlig unnötig. Außerdem führt Werbung zu struktureller Fehlinformation. Man könnte eine Abgabe auf Werbung einführen, wie es die Portugiesen tun,

und dadurch Werbung einfach verteuern. Oder ein Außenwerbungsverbot einführen, wie das in São Paulo seit 2007 der Fall ist. Oder ein Werbeverbot für die Zielgruppe „Kinder bis 12 Jahre“ wie in Skandinavien. Oder ein Fernsehwerbe-

verbot ab einer bestimmten Uhrzeit wie bei den Staatssendern in Frankreich. Es gibt viele gute Beispiele für die vernunftgeleitete Reduzierung von Werbung.

Und warum geschieht nichts?

Es geht um sehr viel Geld, das die großen Konzerne mit dieser Strategie verdienen – zulasten von uns Verbrauchern und der Umwelt. Mehr als die Hälfte der Unternehmensvermögen gehört weniger als einem Prozent der Bevölkerung. Dorthin fließen die Gewinne. Über Lobbyarbeit in den Parlamenten und Regierungen sowie über Besitz der großen Medienkonzerne kann man sehr starken Einfluss ausüben. Selbst die Wissenschaft ist in Teilgebieten deutlich von Finanzinteressen beeinflusst. So ist es kein Wunder,

dass die eigentlichen Ursachen von geplantem Verschleiß kaum angegangen werden. Man leugnet das Phänomen. Oder bleibt an der Oberfläche und erregt sich darüber, ohne ernsthaft etwas dagegen zu tun.

Herr Prof. Kreiß, herzlichen Dank für das interessante Gespräch. ■

Foto: Stephanie Holschlaeger / pixelio.de

Nachhaltigkeit im Schulunterricht

Irgendwas mit Umwelt

Bis Ende 2014 läuft die UN-Weltdekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ (BnE). Bildungspolitiker und Pädagogen waren aufgerufen, den gesellschaftlichen Transformationsprozess durch entsprechenden Schulunterricht voranzubringen. Nun steht die Nachhaltigkeitsbildung am Scheideweg.

von Patrick Brehm

Der Begriff der „Nachhaltigen Entwicklung“ geht zurück auf den sogenannten „Brundtland-Bericht“ im Jahr 1987. Die von der ehemaligen norwegischen Ministerpräsidentin geleitete UN-Kommission definierte Nachhaltigkeit als ...

Wie es weitergeht, ist bekannt. Kaum eine einschlägige Publikation zur Nachhaltigkeit, die nicht ihren Ausgangspunkt in der viel

zitierten Erklärung nimmt. „Eingeweichte“ können es vermutlich nicht mehr hören. Doch worauf ist zurückzuführen, dass auch mehr als 25 Jahre nach der vermeintlich bahnbrechenden Veröffentlichung des UN-Berichts heutige Autoren immer wieder das Gefühl haben, sie müssten den Begriff definitiv erst mal greifbar machen? Unterstellen sie ihrem Publikum etwa eine Wissenslücke, was die

Zukunft unserer Gesellschaft angeht?

Auf die Leserinnen und Leser der ÖkologiePolitik mag das sicher nicht zutreffen. Aber vielleicht ist uns allen mehr oder weniger bewusst, dass Nachhaltigkeit längst kein Allgemeingut ist. Die Studie des Umweltbundesamtes zum Umweltbewusstsein in Deutschland 2010 ergab einen Bekanntheitsgrad des Begriffs „Nachhaltigkeit“ von



42% aller Befragten. Gegenüber den 13% im Jahr 2000 war das eine bemerkenswerte Steigerung, doch erkundete die Studie nicht, was der Normalbürger unter Nachhaltigkeit überhaupt versteht. Vielsagend die Fragestellung der Studie, wurde nachhaltige Entwicklung darin doch als „Leitbild für den Umweltschutz“ (Hervorhebung durch den Autor) bezeichnet. Um den Kennt-

nisstand von Otto Normaldeutsch ist es vermutlich weder grünlich noch rosig bestellt: Nachhaltigkeit? Ist das nicht irgendwas mit Umwelt?

Noch weit entfernt, Leitbild zu sein

Etwas ist faul im Staate Dänemark, wenn der Begriff, um den sich eine inzwischen etablierte Debatte dreht, weiterhin nur von „Experten“ erklärt werden kann, geschweige denn die spezifischen Strategien und Konzepte lebbar macht. Obwohl in allen Medien präsent, haben es die Vertreter der sogenannten „Transformation zur Nachhaltigkeit“ bisher nicht geschafft, ihre zentrale Idee in der Gesellschaft zu verankern. Schuld der Medien? Oder hat sich der Nachhaltigkeitsdiskurs zu lange allein als wissenschaftliches Forschungsfeld und politisches Korrektiv verstanden, als genüge es, die wichtigsten gesellschaftlichen Entscheidungsträger zu überzeugen? Der Schiffbruch, den zentrale Zukunftsprojekte wie die Ökologische

dar, in dem Menschen aller Schichten und Milieus gleichermaßen erreicht werden. Darin liegt die demokratische, gesellschaftsverbindende und -verändernde Kraft der Schulbildung. Kein öffentlich-rechtliches oder kommerzielles Medium hat einen Verbreitungsgrad, der mit der schulischen Bildung vergleichbar ist. Doch wieso entlassen wir immer noch junge Menschen in die Gesellschaft, die nur über unzureichende Kompetenzen verfügen, existenzielle Zukunftsaufgaben mitzugestalten?

Bildungsprojekte verpuffen erfolglos

Wieder war es die UN, die strategischen Handlungsbedarf in der Bildung sah: 2005 rief sie die „UN-Dekade Bildung für nachhaltige Entwicklung“ aus. Seither gab es weltweit verstärkte Anstrengungen, eine „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ (BnE) in die Gesellschaft zu tragen. In Deutschland wurden seither Akteure aus schulischer Bildung, aus Zivilgesellschaft, privaten

Dekadenprojekte ausgezeichnet. Sie haben Pilotcharakter und bringen Themen, die von der traditionellen Lehre vernachlässigt werden, in den Fokus von Lehrenden und Lernenden. In zahlreichen Netzwerken tauschen BnE-Aktive Erfahrungen aus, Unterrichtsmaterialien stehen in unüberschaubarer Zahl im Internet zum Download bereit. Schöne neue nachhaltige Welt?

Bei allen Fortschritten herrscht unter vielen BnE-Akteuren der Eindruck, einen Kampf gegen Windmühlen zu führen. Viele der prämierten Projekte lassen trotz beträchtlichen Ressourceneinsatzes langfristige Effekte vermissen, nach Ablauf des Projekts verschwinden tolle Ideen in den Archiven. Projektgelder werden eben zumeist für die Pilotphase budgetiert; für die Verstetigung darüber hinaus bleibt die Hoffnung auf den guten Willen der Beteiligten.

Treibende Kräfte sowohl an Schulen wie in Behörden und außerschulischen Einrichtungen lassen sich meist an einer Hand abzählen, von einer Breitenwirkung, die das alltägliche Schulleben im Sinne der Nachhaltigkeit weiterentwickeln würde, ist wenig zu spüren. Spätestens wenn Lernende in Richtung beruflicher Qualifizierung abbiegen, wird deutlich: BnE genießt immer noch das Image eines Nischenbereichs, der sprichwörtlichen Blumenwiese, die in jungen Jahren blühen darf, die jedoch für die Marktverwertung unerheblich ist.

Das Problem wurde von vielen Akteuren erkannt. Das aktuelle Schlagwort lautet: „Vom Projekt zur Struktur“. Statt isolierter Projektstage vor den Sommerferien sollte immer mehr gewährleistet sein, dass Nachhaltigkeit zum „Querschnittsthema“ für alle Fächer wird.



Illustration: Patrick Brehm

Internationaler Nachhaltigkeitspreis für die Ottokar-Schmidtchen-Schleicher-Schule!

In Lehrplänen immer noch Randthema

Zuständig für die Schulbildung sind die Länder und um einen Überblick über deren Aktivitäten zu gewinnen, fragte die nationale Kon-

ferenz der Kultusminister (KMK) Ende 2012 in einem Bericht die Strategien der Bundesländer ab. Ergebnis: 16 Länder, 16 unterschiedliche Strategien, 16 unterschiedliche Geschwindigkeiten. In einigen neuen Bundesländern scheint Nachhaltigkeit noch ein Fremdwort zu sein. Doch auch die alten Länder haben wenig Grund, den „Besser-Wessi“ zu geben.

als Randthema behandeln, können noch so viele Lehrerfortbildungen angeboten werden, es herrscht schlicht keine Nachfrage danach. Berlin ist hier einen Schritt weiter, denn dort gilt für Gesamtschu-

Das schulische Bildungssystem stellt einen der wenigen Bereiche dar, in dem Menschen aller Schichten und Milieus erreicht werden.

Manchmal werden ehemalige Umweltschutzzentren in „BnE-Kompetenzzentren“ umfirmiert. Aber ist hier gewährleistet, dass Nachhaltigkeit mehr als Umwelterziehung erfordert? Mal werden Multiplikatoren ausgebildet und BnE-Leitungsstellen geschaffen, von externen Anbietern großartige Lehrmaterialien entwickelt. Aber solange schulische Lehrpläne Nachhaltigkeit weiter

len und Gymnasien seit 2012 ein Bildungsplan „Lernen in globalen Zusammenhängen im Rahmen einer Bildung für nachhaltige Entwicklung“, der über mehrere Jahre BnE-Inhalte und -Kompetenzen aufeinander abstimmt. Der Haken: Der Lehrplan ist unverbindlich und kann freiwillig umgesetzt werden. Wie viele Schulen tatsächlich diesen Weg gehen, wurde bisher nicht öffentlich. Aber das ist typisch: Nachhaltigkeit und fairer Handel gelten fast immer als freiwillige Zusatzelemente im Schulportfolio. So lobenswert entsprechende Aktivitäten sind, die junge Generation in ihrer ganzen Breite wird so jedenfalls nicht erreicht.

Ansonsten wird in dem KMK-Bericht deutlich, dass den Verantwortlichen oftmals das ganze Kon-

ONLINETIPPS

Deutsche UNESCO-Kommission

UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“
www.bne-portal.de

Publikation
„Vom Projekt zur Struktur“
www.bne-portal.de → Service → Dekade-Publikationen

Nationale Konferenz zum Abschluss der UN-Dekade,
29.–30.09.2014, Bonn
www.bnekonferenz2014.de

Kultusministerkonferenz

Bericht „Zur Situation und zu Perspektiven der Bildung für nachhaltige Entwicklung“
<http://tinyurl.com/luorqc6>

Patrick Brehm

Artikel „Nach uns bilde sich die Sintflut?“
www.vwl-nachhaltig.de/links.html

éducation21

Schweizer Portal „Bildung für Nachhaltige Entwicklung“
www.education21.ch/de

Düsseldorfer Netzwerk „Bildung für nachhaltige Entwicklung“

Positionspapier
„Perspektiven für NRW“
<http://tinyurl.com/kjrjmsb>

Die Vertreter der „Transformation zur Nachhaltigkeit“ haben es bisher nicht geschafft, ihre Idee in der Gesellschaft zu verankern.

Steuerreform in der Öffentlichkeit erlitten, offenbarte, dass eine Politik über die Köpfe der Menschen hinweg keinen Erfolg haben kann.

Hier kommt die Bildung ins Spiel. Während der Medienkonsum und die dabei erworbenen Kenntnisse zur nachhaltigen Entwicklung in steigendem Maß von der eigenen Medienkompetenz und individuellen Wertentscheidungen abhängen und nur begrenzt beeinflussbar sind, stellt das schulische Bildungssystem einen der wenigen Bereiche

Weiterbildungsträgern, Forschungseinrichtungen und Verbänden durch die UNESCO-Dekaden-Kommission begleitet. Die Bundesländer entwarfen eigene BnE-Strategien und in vielen Kommunen entstanden „lokale Bildungslandschaften“ mit einem Schwerpunkt auf Nachhaltigkeit.

Aber ja: BnE ist mittlerweile als wichtiger Forschungs- und Bildungsbereich etabliert. Rund 2.000 Projekte von Bildungsträgern, Schulen und Kommunen wurden als

zept der Nachhaltigkeit und der darauf abzielenden Bildung noch etwas schleierhaft ist: Unter BnE wird so ziemlich alles subsumiert, was im weitesten Sinne nach „Umwelt“ und irgendwie weltverbesserisch klingt, von Projekten zum Wassersparen bis hin zu Qi-Gong-Kursen.

Innovation kostet. Mehrere Ländervertreter ließen allerdings keine Hoffnung auf eine Ausweitung der

Kein öffentlich-rechtliches oder kommerzielles Medium hat einen Verbreitungsgrad, der mit der schulischen Bildung vergleichbar ist.

Mittel zur weiteren Verstärkung des Themas. Wegen der angespannten Haushaltslage müsse man ja wie in anderen Ressorts auch hier sparen. Was ist aber davon zu halten, wenn die eigenen Interessensvertreter gar keine Ansprüche anmelden? BnE hat keine Lobby. Auch nicht in den Medien. Der KMK-Bericht fand dort nicht statt. Nachhaltigkeitsbildung hat lediglich in hoch spezialisierten Fachpublikationen Platz. Die Massenmedien umgehen es konsequent. Nachhaltigkeitsbildung bleibt ein blinder Fleck in der deutschen Gesellschaft.

Wie geht es weiter? Die UN-Dekade entlässt ihre Kinder, die Bildungsdekade für Nachhaltigkeit ist Ende 2014 vorbei, eine Wiederauflage gilt als ausgeschlossen. Nur, wie sollen in Zukunft die oft extrem heterogenen Aktivitäten konzentriert werden? Wie wird Innovation angestoßen, wenn keine Institution diese im Auge behält? Eines ist klar: Ihre momentane Verankerung im Bildungssystem wird nicht ausreichen, um BnE voranzutreiben.

Vielleicht lohnt hier ein Blick über die Grenzen hinweg in die

Schweiz: Dort bündelt das Dienstleistungs- und Kompetenzzentrum „éducation21“ diese Aufgabe für Lehrpersonen, Schulen, Hochschulen, Institutionen der Lehrerbildung sowie die Bildungsbehörden. Für Bundesstellen und NGOs dient „éducation21“ als Schnittstelle zum Bildungswesen. Rund 40 Mitarbeiter arbeiten auf allen Ebenen des Bildungssystems: Produktion, Prüfung und Vertrieb von Unter-

richtsmedien, Finanzhilfen für Schul- und Klassenprojekte, Beiträge zur Aus- und Weiterbildung von Lehrpersonen, Beratung bei der Lehrplanerstellung, ein Web-Portal sowie eine Praxis-Zeitschrift sind einige der Angebote von „éducation21“. Es ist stiftungsfinanziert und erlaubt so eine langfristige, politisch unabhängige und koordinierte Ausrichtung aller Aktivitäten.

Ruf nach Marktorientierung wird lauter

In Deutschland mehren sich hingegen Anzeichen für einen Ausverkauf der BnE: Im Zuge der PISA-Diskussion erschallt immer öfter der wohlfeile Ruf nach einer „Entrümpelung“ der Lehrpläne – und nach ihrer konsequenten Ausrichtung an Marktinteressen. Gesagt, getan: Der neue Bildungsplan zur Erlangung der Fachhochschulreife an beruflichen Schulen in Nordrhein-Westfalen hat mal eben das Thema Umweltpolitik komplett gestrichen. Sämtliche Unterrichtsfächer geraten in Rechtfertigungszwang, ob ihre Inhalte für das „Leitfach Betriebs-

wirtschaft“ verwertbar sind. Wie Nachhaltigkeit aus den wolkigen Vorworten in Lehrplänen in die Bildungspraxis übersetzt und dabei konsequent die Unternehmerperspektive eingehalten werden soll, bleibt ein Rätsel.

Wo BnE im Bildungssystem auftaucht, gewinnt sie oft den Charakter einer „Verbraucherbildung“: Wie Sorge ich für das Alter vor, wofür stehen Öko-Labels? Dass die eingangs zitierte Brundtland-Publikation explizit Veränderungen in technologischer Hinsicht, Investitionspraxis und institutionellen Wandel gefordert hatte, droht in Vergessenheit zu geraten, wenn es nur noch in Konsumentenhand liegt, durch ethischen Konsum neuen „ökofairen“ Marktmischen zum Wachstum zu verhelfen.

Bildung für nachhaltige Entwicklung steht am Scheideweg. Sie hat ein Potenzial für lebensnahe Bildungsprozesse, indem sich der Unterricht direkt an den existenziellen Fragen unserer Gesellschaft orientiert. Oder wir beruhigen lediglich unser Gewissen, indem wir ab und zu dafür sorgen, dass die nachwachsende Generation auch mal „was mit Umwelt“ macht. ■

Patrick Brehm, Jahrgang 1970, ist Berufsschullehrer für Wirtschaftswissenschaften und Englisch. Seit vielen Jahren befasst er sich mit Nachhaltigkeit in diversen Umweltgruppen, globalisierungskritischen Netzwerken, Fortbildungen zu alternativer Ökonomie sowie in Bildungsprojekten zur nachhaltigen Entwicklung. Von 1997 bis 1999 war er Beisitzer im Bundesvorstand der ÖDP.



www.vwl-nachhaltig.de

Foto: Kzenon/fotolia.com

Schule und Arbeit in der globalen Welt

Bildung

unter europäisch-ökonomischer Wandlung

Was muss Ausbildung angesichts der veränderten wirtschaftlichen Bedingungen in einer globalen Welt leisten? Kann die ÖDP eine mehrheitsfähige Alternative zur derzeitigen Änderungsstrategie entwerfen und damit ein ganzheitliches Bildungsmodell in die neue Zeit retten? Oder schafft sie es darüber hinaus, an einem großen Gesamtentwurf zu arbeiten, der demokratische Verhältnisse in einem gesamteuropäischen Wirtschafts- und Gesellschaftskonzept strategisch wiederherstellt und Bildung als einen Teil darin installiert?

von Angela Binder

Nach Art. 20 Abs. 1 GG in Verb. mit Art. 1 Abs. 1 GG hat der Staat seinen Bürgern die Erfüllung grundlegender Bedürfnisse als Daseinsvorsorge zu garantieren. Bildung ist traditionell Teil dieser staatlichen Bereitstellung und sollte im sozialen Wohlfahrtsstaat der 60er-Jahre helfen, durch Öffnung des Bildungssystems für alle Bevölkerungsschichten die stille Reserve an menschlichem Potenzial zu aktivieren. Auf die Demokratisierungsforderung der Studentenbewegung Ende der 60er-Jahre geht der Gedanke zurück, dass Bildung ein Instrument ist, das in der Lage sein könnte, gesellschaftliche Ungleichheit abzubauen. So sollten sozial Benachteiligte gefördert wer-

den, um eventuell vorhandene intellektuelle Potenziale nicht aufgrund sozialer Nöte ungenutzt zu belassen. Die Besonderheit des öffentlichen Dienstes „Bildung“ liegt in

ben wollen. Diese Lohnkosten sind Managern und sonstigen von der kapitalistisch-ökonomischen Lehre Überzeugten ein Dorn im Auge. Junge Menschen streben als Ant-

Der Artikel ist in diesem Sinne eine Anfrage an Interessierte in der ÖDP, einen solchen Bundesarbeitskreis Bildung zu gründen.

ihrer futuristischen Funktion der Daseinsvorsorge: Wer sich heute bildet, erweitert seine beruflichen und sozialen Handlungsspielräume für morgen. Nun gibt es seit einigen Jahrzehnten gut ausgebildete Kräfte, die für ihre Leistungserbringung auch einen ordentlichen Lohn ha-

wort in die ökonomischen Berufe, weil sie Geld und Karriere machen und nicht für wenig Kohle knochenhart wie ihre Eltern schufteten wollen. Irgendwo in diesem Wechselspiel entsteht der sogenannte Fachkräftemangel in wenigen Berufen bei gleichzeitigem Überhang gut



Foto: Zholobov Vadim / Shutterstock.com

ten. So soll z.B. e-Learning „die Bildungssysteme im Sinne der ‚Neuen Ökonomie‘ modernisieren“.

Denn faktisch geht es darum, unter dem Druck veränderter wirtschaftlicher Bedingungen in einer globalen Welt zu bestehen. So folgen Staaten(-verbände wie die EU) den WTO-getriebenen neuen Steuerungssystemen, deren konstitutive Merkmale Wettbewerb, Dezentralisierung und Autonomisierung sind. Also im Bildungssystem Deregulation, Flexibilisierung und Dualisierung der Unterrichtssysteme.

ausgebildeter Kräfte in vielen anderen Bereichen. Das Bildungssystem muss also seine den Arbeitsmarktzutritt regelnde und die Reproduktion der gesellschaftlichen Verhältnisse sichernde Steuerungs- und Selektionsfunktion wieder verstärkt ausüben.

Ziel europäischer Bildungspolitik

Umgestaltungen wie infolge des Bologna-Vertrags und die erstaunliche Hörigkeit gegenüber den eigenwillig ausgewerteten PISA-Ergebnissen sind das Glockengeläut einer neuen Ära. Ihre Absichten gehen weit über die einfachen o.g. Steuerungsabsichten hinaus: Der EU geht es darum, „die Union zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum in der Welt“ zu machen, das Generalziel europäisch verordneter Bildungspolitik. Bereits die strategischen Leitlinien von 1993 schlagen Anreize zur Einmischung privater Akteure ins Bildungswesen vor, da die Bildungssysteme nur durch eine Anpassung an das „Wesen[] des Unternehmens“ „zur europäischen Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigungssicherung beitragen“ könn-

me. Experten innerhalb dieses von Wirtschaftlichkeitserwägungen geprägten Feldes sind traditionell nicht die Regierungen von Nationalstaaten, sondern erfolgreiche globale Unternehmen bzw. deren Manager, Chefs oder Eigner. So wenden sich die politisch Verantwortlichen verständlicherweise zunehmend an den Expertenrat von Interessenverbänden aus der Wirtschaft wie z.B. dem ERT (European Round Table of Industrialists, ebenfalls Ratgeber der Europäischen Kommission). Dem EU-Rahmen niedriger, relativ konstanter Inflation, begrenzter Staatsverschuldung und damit implizit tendenziell abnehmender Staatsausgaben verpflichtet, bietet es sich an, primär der betriebswirtschaftlichen Logik und zugleich dem Rat der Wirtschaftsspezialisten zu folgen.

So kann der Prozess der „kompetitiven Defiskalisierung“ vorangetrieben und offen damit begründet

werden, „den sehr begrenzten Beitrag öffentlicher Aufgaben als Katalysator für die Unterstützung und Stimulation von Aktivitäten im privaten Sektor zu nutzen“. Das heißt, dieser „Rückzug des Staates aus den öffentlichen Diensten und ihrer Finanzierung“ „ist [ein Charakteristikum der ‚Neuen Ökonomie‘“. Will heißen: Er und die Folgen sind gewollt.

Globaler: Die Umgestaltung der Gesellschaft in allen Lebensbereichen im Hinblick auf diese Ziele mit geringstmöglichem demokrati-

Die hintergründige Strategie der EU muss dringlichst in den Blick genommen werden und es gilt herauszuarbeiten, welche langfristigen Gegenmaßnahmen eine realistische Chance haben.

schen Widerstand zu erreichen, ist erklärtes politisches Ziel. Den von den betroffenen Lehrkräften wichtig befundenen pädagogischen Anliegen wird von den Macht habenden Entscheidungsträgern nur geringe Bedeutung beigemessen. Pädagogische und soziale Begrifflichkeiten werden in Gesetzen und Verordnungen zwar häufig aufgegriffen, aber im Sinne der New Economy neu kontextualisiert und in andere Handlungsvorschriften gebettet, wodurch sie teils gravierende Bedeutungsveränderungen erfahren.

Gesamteuropäische Transformation

Effektivität und Effizienz vor dem Hintergrund der strategischen Umschichtungen sind die angewandten Gütekriterien. Auch der Begriff des lebenslangen Lernens und infolgedessen die Kompetenzorientierung sind Teil dieser Strategie und gehören in die Kategorie „Selbstopti-

mierung der ökonomischen Ich-AG Mensch“. Dieser wird für seine Arbeitsmarkttauglichkeit voll alleine verantwortlich gemacht, angesichts dessen, dass der Sozialstaat abgebaut werden soll, um die Staatsgelder für Unternehmenssubventionen in globalem und großem Stil langfristig freizubekommen.

Ein Beispiel für die Tragik: Die unternehmerische Input-Output-Steuerung lässt sich nicht auf Wissenserwerb übertragen, und zwar vorwiegend aufgrund der Verborgenheit und Zeitverzögerung des Erwerbs- und subjektiven Vernetzungsprozesses von Wissen. Jörg Ruhloff hat dazu eine wunderbare kurze Ausarbeitung veröffentlicht. Aber diese und andere Grenzen der Übertragbarkeit ökonomischen Handelns auf Bildung werden von den politischen Akteuren ignoriert.

Wir können ja doch nix tun – oder?!

Es ist schlicht unverständlich, warum die europäische Schicht studierter und halbwegs Gebildeter diese Entwicklungen verschläft,

Effektivität und Effizienz vor dem Hintergrund der strategischen Umschichtungen sind die angewandten Gütekriterien.

„übersieht“ oder schlicht nicht wahrhaben will. Diese in politische Untätigkeit mündende Ignoranz hat bereits jetzt ermöglicht, dass die demokratischen Strukturen durch die EU-Verträge, die beschlossenen Leitlinien und insbesondere die Unterzeichnung der supranationalen, unwiderrufbaren Verträge wie dem GATS-Vertrag von 1994 eine Einbahnstraße geschaffen haben, die die deutschen Regierungsvertreter damals aus welchen Gründen

auch immer wählten: Sie haben, im Gegensatz zu anderen europäischen Nationen, von ihrem Vetorecht keinen Gebrauch gemacht und das Bildungssystem als Dienstleistung der Öffnung für den internationalen Markt verschrieben. Wichtig ist hierbei zu erwähnen, dass nach internationalem Vertragsrecht einzelne Staaten andere vor dem „Dispute Settlement Body“ zur Einhaltung der einmal geschlossenen Verträge und Abkommen verpflichten bzw. für wahrgenommene Nichteinhaltung zur Rechenschaft ziehen können. Der Einsatz von Sanktionen ist vorausgesehen.

Alternativlos

Gerade angesichts vielfach suggerierter Alternativlosigkeit in Politik und Medien gilt es dringlich, die Herausforderung anzunehmen: sich diesen übergreifenden Strategien, ihren Anreizsystemen und Verordnungen zu stellen, sie in ihren Wirkungen zu erfassen und daraus eine ganzheitliche, zukunftsfähige bildungspolitische Position für die ÖDP zu erarbeiten, die eine echte

Alternative darstellt und nicht nur Einzelverbesserungen am bestehenden System vornimmt.

Ziel einer zukunftsfähigen Bildungspolitik muss folglich: einerseits die globalen, volkswirtschaftlichen Erfordernisse anerkennen, die staatsvertraglich eingeschränkten Spielräume kennen, umgehend zu wahren und langfristig wieder im demokratischen Sinne zu erweitern wissen; andererseits den Mut haben, den menschlich-ethischen

Anspruch an sozialstaatliches, solidarisches und tatsächlich demokratisches Zusammenleben zu vertreten. Sie muss dies tiefgründig durchdacht in eine ebenfalls alle Lebens- und Wirtschaftsbereiche umfassende Strategie münden lassen, die der europäischen Strategie

ONLINETIPPS

Bildung und Betriebswirtschaft:
Ruhloff, Jörg (2008)
„Schulsystem und betriebswirtschaftliche Logik“
<http://www.topologik.net/Ruhloff.htm>

Auswirkungen der Bildungs-Privatisierung:
Klausenitzer, Jürgen
Schule der Globalisierung – zur Restrukturierung des deutschen Bildungswesens;
http://www.links-netz.de/K_texte/K_klausenitzer_schule.html

Lohmann, Ingrid (2006)
„Die ‚gute Regierung‘ des Bildungswesens: Bertelsmann Stiftung“
<http://www.epb.uni-hamburg.de/erzwiss/lohmann/Publik/index.html> (als PDF erhältlich in der Rubrik: Bildung am Ende der Moderne);
<http://www.bertelsmannkritik.de/bildung.htm>

Beispiel Steuerungsdiskurs:
Lubienski, Christopher (2009)
Do Quasi-Markets Foster Innovation in Education?
A Comparative Perspective.
Education Working Paper No. 25, OECD
http://www.oecd-ilibrary.org/education/do-quasi-markets-foster-innovation-in-education_221583463325

die Stirn bietet. Meines Erachtens ist die Notwendigkeit, eben genau dieses umgehend anzupacken eines, nämlich: alternativlos!

„Global denken, lokal handeln“ gewinnt im Wissen um die Tragweite der Bildungssysteme eine ganz besondere Bedeutung, nämlich räumlich und zeitlich.

Aktionsbereitschaft vorhanden?

Dieser Artikel ist folglich auch eine Anfrage an Interessierte in der ÖDP, einen solchen Bundesarbeitskreis Bildung gemeinsam zu gründen. Er muss die zugrundeliegende Strategie der EU mit ihren vielfältigen entdemokratisierenden Anreizsetzungen samt deren Symptomen in den Blick bekommen und herausarbeiten, welche Gegenmaßnahmen eine realistische Chance haben, in der breiten Öffentlichkeit wahrge-

nommen und von ihr begrüßt zu werden – obwohl sie sich mit den Grundsätzen der ÖDP vertragen. In der Literatur gibt es Berge guter Analysen, was wie und warum nicht gut funktioniert. Aber es gibt keinen Alternativentwurf, der die Wünsche und Anliegen der Mehrheit der Bevölkerung sinnvoll in ein politisches Programm einer klugen, langfristigen, alternativen Strategie münden lässt. Hier zeigt sich eine „Marktlücke“, die zu schließen m. E. eine fruchtbare Arbeit darstellt und Alleinstellungsmerkmal einer zukunftsfähigen Politik sein muss.

Denn die Art, wie das Schulsystem mit seinen Strukturen, seinen Pädagogen und der Art zu lehren heute unseren Kindern und Jugendlichen begegnet, die Art, wie sie Miteinander erfahren und so in

die Gesellschaft sozialisiert werden, die bestimmt auch, ob sie morgen selbstoptimierende Egoisten und politische Mitläufer oder gebildete Menschen und vorausschauend handelnde Demokraten werden. ■

Angela Binder,
ÖDP-Mitglied aus
Hessen, M.A. in
Skandinavistik,
Anglistik und
BWL, Vordiplom in
Volkswirtschafts-
lehre, 1. Staatsexamen in Englisch und
Evangelischer Theologie, befasste sich
im Studium mit den Hintergründen der
Ökonomisierung von Bildungssystemen
und den Strategien supranationaler
Organisationen wie OECD, IWF, Weltbank
etc. und deren Implementierung.



angelabinder@gmx.de

Beispiel: Chancengleichheit

Am Begriff „Chancengleichheit“ lässt sich gut zeigen, dass da, wo man früher darunter verstand, dass Menschen unterschiedlicher (sozialer) Herkunft kostenlos spezielle Unterstützung (BAföG) oder erleichterte Bedingungen (tatsächliche Lernmittelfreiheit) erhielten, die ihre herkunftsbedingten Benachteiligungen ausgleichen sollten, nun eine Umdeutung stattgefunden hat. So wird der Begriff nunmehr dafür verwendet, dass alle „gleiche Chancen“ (auf ein Stipendium, bei z. B. auf ein irrsinniges Minimum gekürztem BAföG) erhalten, völlig ungeachtet ihrer Herkunft. Dass aber z. B. der, der von daheim kein Geld mitbringt, ein Uni-Seminar nicht besuchen kann, weil es am Wochenende in nobler Lage in einem natürlich selbst zu bezahlenden Hotel abgehalten wird, statt kostenlos an der Universität, das sind die indirekten Techniken der Anreizsetzung. Sie schließen die Leute aus, die intellektuell, fachlich und menschlich fähig wären, aber nicht den sozial-finanziellen Hintergrund zur tatsächlichen Teilhabe mitbringen. Sozialdarwinistische Selektion neuer Couleur. Das Wort Chancengleichheit wird noch verwandt, aber der Bedeutungsgehalt ist ein anderer. Oft erkennt man das erst auf den zweiten Blick.

Dieses Vorgehen dient gleichzeitig als Beispiel für einen der Tricks effektiver „Anreizsetzung“ als Steuerungselement der New Governance auf einer anderen Ebene: Wer sich unter den Betroffenen wagt, gegen das Wie einer solchen Neuerung anzugehen, in deren Zusammenhang Chancengleichheit genannt wird, läuft gruppenspezifisch Gefahr, leicht und effektiv von seinen eigenen Kollegen mundtot gemacht zu werden, weil die alten, positiv besetzten Begriffe doch wohl keine Kritik oder gar Widerstand erlauben. So lässt sich die „Reform“ wunderbar leicht umsetzen, weil die meisten oft erst Jahr(zehnt)e später merken, welches Kuckucksei sie gelegt bekommen haben. Oder sie gewöhnen sich im Alltagsstress recht schnell an den anderen Lebensstil und können nur diffus feststellen, dass doch früher irgendetwas grundlegend anders war. Aber was? Für eine derartige komplexe Analyse und damit Sachstandsfeststellung bleibt meist keine Zeit. Gelungener Schachzug der New Governance: Wirkungsvoller Protest und demokratisches Agieren bleiben damit ebenfalls aus, weil in den Lagern der Betroffenen meist allzu lange Uneinigkeit bezüglich des wahren Gehalts der Änderungen herrscht. Bis alle sehen, was im politischen Hintergrund Absicht und in Kauf genommene Folgen waren, sind die Reformen oft längst gesellschaftlich verankert und irreversibel (Beispiel Bologna-Reformen).

Privatisierung öffentlicher Dienste

Blindheit für verschiedene Interessen

In den vergangenen Jahren galt die Privatisierung öffentlicher Dienste als neoliberales Mittel zur Erlangung von Wettbewerbsvorteil und Wirtschaftswachstum. Doch welche Auswirkungen hat die Privatisierung auf Arbeitnehmer und Gesellschaft? Und was können wir entgegensetzen?

von Angela Binder

Das Forscherteam um Christoph Hermann und Jörg Flecker (Hg.) nimmt in „Privatization of Public Services – Impacts for Employment, Working Conditions, and Service Quality in Europe“ (New York: Routledge 2012) die Wirklichkeit in sechs europäischen Ländern (Österreich, Belgien, Deutschland, Polen, Schweden und Großbritannien) aufs Korn und kommt zu dem Ergebnis: Privatisierung fand gegen den Mehrheitswillen der Dienstanwender statt. Sie hat überwiegend zu Abbau von Servicequalität und -umfang geführt, zu höherem Arbeitsdruck, weniger Zeit für Menschliches, (viel) niedrigeren Löhnen bzw. Änderungen in Eigentums-, Profit- und Anstellungsverhältnissen, gering(er)en Investitionen in Instand-

haltung und einem Kontrollverlust der öffentlichen Hand bzw. erforderlich werdender dichter Kontrolle und damit doppelten Kosten. Langfristig sind insbesondere die Kosten für Wartungen und

die Anzahl Beschäftigter in diesem und im Strom-Markt drastisch gesunken, auch wenn durch Outsourcing mit prekären Beschäftigungsverhältnissen ein Teil kompensiert werden konnte. Die veränderten

*Privatisierung befördert letztlich Vermögens-
Umverteilung, ohne aber die versprochenen
Einsparungen und Kostensenkungen zu bewirken.*

Instandhaltungen relevant, da die privaten Betreiber dies, wenn überhaupt, nur notdürftig angehen oder dafür staatliche Gelder einfordern. Schließlich lautet ihr Betriebsziel: maximale Gewinnmaximierung und -entnahme, jetzt!

Konkrete Ergebnisse: Im Postsektor war früher eine große Zahl Arbeitnehmer in den öffentlichen Diensten zu unbefristeten Angestellten- oder unkündbaren Beamtenkonditionen beschäftigt. Heute ist

Anstellungsbedingungen schaffen überwiegend atypische Beschäftigungsverhältnisse (Teilzeit, befristet, bis zu halbes Gehalt für die gleiche Tätigkeit, Mini-Jobs, Scheinselbstständigkeit).

Generell ergaben sich durch die Marktöffnung in keinem Sektor nennenswerte Innovationen, die infolge des erhöhten Wettbewerbs auftreten hätten und angeblich ursächlich für Wirtschaftswachstum sein sollen. Versprochene und in Aussicht gestellte Preissenkungen sind außer im Telekommunikationsmarkt (und dort mit auf Grund des technologischen Fortschritts) nicht zu beobachten. Sehen wir ja, wie das mit dem Strom- und



Foto: electriceye/fotolia.com

Energiemarkt so klappt. Manche Firmen reagierten auf Liberalisierung und Privatisierung mit schiefen Preiserhöhungen: Große Kunden zahlen wenig, kleine mehr.

Allerdings ist Verwunderung fehl am Platz. Unter führenden global-kapitalistischen Ökonomen und Unternehmern wird die strate-

Höchste Dringlichkeit herrscht daher also, der globalen Marschrichtung und strategischen Zielsetzung der EU insgesamt eine Wende aufzuzwingen.

gische Zielrichtung seit jeher offen kommuniziert: Die europäischen Löhne seien zu hoch und die Sozialsysteme zu teuer und folglich beide abzubauen. Also, was früher zehn leisteten, müssen heute fünf schaffen, z.B. indem pensionierte Arbeiter einfach nicht ersetzt werden, um nur eines von vielen Beispielen strategisch wohlüberlegter Umorganisation zu nennen.

Zwei Ausnahmen in den Ergebnissen: im Krankenhaussektor geringfügiger Zuwachs an Angestellten in absoluten Zahlen, bei erhöhter Anstellung in (befristeten) Teilzeitjobs. Gleichmaßen im Transportsektor, für den gilt, dass die Nachfrage primär nicht durch fallende Konsumentenpreise, sondern durch staatliche Subventionen befördert wird. Dazu ein interessantes Studienergebnis aus Schweden: Fahrer im öffentlichen Transport riskieren Dehydrierung, weil sie infolge reduzierter Pausenzeiten weniger trinken, um nicht so viel Zeit mit Toilettengängen zu verbrauchen.

Beispiel Post: In Deutschland z.B. werden Postauslieferer nur noch für wenige Stunden täglich in Minijobs beschäftigt (= marginale Lohnnebenkosten für die Un-

ternehmer). Minijobs ermöglichen ihnen aber keinen Lebensunterhalt und machen sie wiederum von staatlicher Unterstützung abhängig (Kosten für den Steuerzahler, nicht für die Unternehmen). In Österreich werden sie teilweise als Selbstständige geführt und nach Stückzahl entlohnt. Damit gelten keinerlei ar-

beitschutzrechtliche Bestimmungen für sie – Arbeitgeber können Anforderungen vertraglich fixiert nach Gutdünken hochschrauben.

Die Unternehmen erhalten also in verdeckter Hinsicht staatliches Geld als (indirektes) Einkommen bzw. Subvention. Privatisierung schafft so insgesamt eine Einkommens- und Besitzums-Umverteilung, ohne aber in der Summe die vor Einführung versprochenen Einsparungen zu bewirken.

Mit den veränderten Arbeitsbedingungen wird die Macht der Gewerkschaften direkt zerschlagen und die Bereitschaft zu politischem Engagement in der arbeitenden Bevölkerung massiv geschwächt. Denn sich neben den zunehmend prekären und überanstrengenden Beschäftigungsverhältnissen und fortlaufender Jobsuche nach dem nächsten befristeten Vertrag auch noch um politische oder gar langfristige globale Belange zu kümmern, schafft kaum einer. Ent-Demokratisierung wird also indirekt auch durch die veränderten Arbeitsbedingungen gefördert.

Flankiert wird diese gesellschaftliche Umwandlung durch das europäische Konzept des „lebensbegleitenden Lernens“, das

die flexible Umformung des individuellen Produktionsfaktors Arbeit durch ihn selbst als „Optimierung seines am Markt anzubietenden Arbeitskapitals“ bei Entlastung der Ausgaben für die Bildungssysteme sicherstellen soll. Die Staatsgelder seien besser in Wirtschaftssubventionen investiert, das schaffe schließlich Arbeitsplätze, so der Slogan der unternehmerischen Politikberater. Durch die Zerschlagung der Gruppenbildungskräfte aufgrund so verschiedener Anstellungsformen für ein und denselben Job (alte Arbeitnehmer teils gut bezahlte Lebenszeitbeamte, neue in befristeten ((und prekären (Mini-) Jobs)) wird die Organisationswilligkeit unter den Angestellten minimiert. Ein weiterer Schachzug, um die Verhandlungsmacht der Lohnnehmer zu schwächen.

Wie aber konnte es dazu kommen und wie können wir eingreifen?

Der eklatante Widerspruch zwischen Daseinsfürsorge und Gewinnerzielung ist so offensichtlich, dass schon viel dazu gehört, ihn zu „übersehen“. Politische und mediale Lüge als Werbe- und Machtinstrument hat hier ihre Funktion voll erfüllt. Die Politiker selbst aber sind es, die ihre Selbstentmachtung und den Ausverkauf des Sozialstaates vorantreiben, so Hermann Striedel in seinem Artikel „Wasser als Ware“ (ÖP 159, S. 30 ff.). Dort zeigt er auch die Grenzen des rechtlich Erlaubten auf und eröffnet damit bescheidene Möglichkeiten, zunächst in der lokalen und regionalen Politik Einfluss geltend zu machen. Denn es ist generell nicht auszumachen, ob Politiker aus Unwissen, Bequemlichkeit, materiellem oder sozialem

Vorteil so handeln, weil sie sich dem Fraktionszwang oder den sozialen Ängsten vor den Folgen eigener, meinungsselbstbestimmter Wege entgegen der Mehrheitsmeinung schon antizipierend beugen.

Zuallererst muss natürlich jede Verhandlung über weitere Privatisierungen auf kommunaler und höherer Ebene verhindert werden. Dies erfordert unbequemes, zeitraubendes bürgerliches Engagement. Anders: keine Chance mehr.

Mit konsequenter bürgerlicher Beharrlichkeit könnte es dabei Sinn ergeben, geheime Gemeinde- und Stadtratsverhandlungen mit Unternehmern unter Einforderung des rechtsstaatlichen Öffentlichkeitsprinzips zu brandmarken bzw. zu verhindern, da diese nur in Teilen rechtlich legitimierbar sind. Einen Präzedenzfall, notfalls über den Klageweg, zu schaffen, wäre sinnvoll und würde die Interessenvertretung der Allgemeinheit national weit befördern.

Jedoch, fatal gesprochen: Was nützte es, wenn viele ihre Energie darauf verwenden, einen kleinen lokalen Wasserversorger zurückzuerobern, derweil aber ein EU-weit gültiges Gesetz verabschiedet wird,

Mit den veränderten Arbeitsbedingungen wird die Macht der Gewerkschaften direkt zerschlagen und die Bereitschaft zu politischem Engagement in der arbeitenden Bevölkerung massiv geschwächt.

das die Rückeroberung langfristig mit solchen Auflagen belegt, dass sie großflächig zum Scheitern verurteilte? So knapp geschehen mit der geplanten Konzessionsvergabe-Richtlinie, die 2013 die europaweite Ausschreibung der Wasserversorgung zwingend vorschreiben wollte.

Was können wir tun?

Höchste Dringlichkeit herrscht daher also, der globalen Marschrichtung und strategischen Zielsetzung der EU insgesamt eine Wende aufzuzwingen. Dies muss oberstes Ziel zukunftsfähiger Politik werden und sollte m. E. eben darum dringend von der ÖDP in den Blick genommen werden, um sich von den anderen Parteien glaubwürdig und für die Zukunft tauglich abzuheben.

Ein solches Unterfangen erfordert eine Vernetzung der vielfältigen Gruppen, die sich bislang schon engagieren. Es erfordert breites, tiefes und umfassendes Wissen der polit-ökonomischen Zusammenhänge und eine global haltbare, wohl durchdachte alternative Strategie, die nicht nur einzelne Nachbesserungen, sondern eine konzeptuelle Veränderung auf den Tisch zu legen in der Lage ist.

Zuallererst aber erfordert es, dass wir unsere gegenwärtigen nationalen Politiker in die Zange nehmen, dass sie ihre Zustimmung zu weiteren privatisierungs- und unternehmerfreundlichen Gemeinbesitzenteignungen versagen und auf EU-Ebene ihren nationalen Einfluss gegen statt wie bislang für

Foto: amebar/fotolia.com



gen, für statt wie bislang in dieser Sache gegen uns zu handeln, können wir grundlegend etwas ändern. Jeder, der zunächst die Fakten über die Ergebnisse von Privatisierung (aner)kennt, ist ein potenzieller Widerständler mehr. ■

Angela Binder,
ÖDP-Mitglied aus
Hessen, M.A. in
Skandinavistik,
Anglistik und
BWL, Vordiplom in
Volkswirtschafts-
lehre, 1. Staatsexamen in Englisch und
Evangelischer Theologie, befasste sich
im Studium mit den Hintergründen der
Ökonomisierung von Bildungssystemen
und den Strategien supranationaler
Organisationen wie OECD, IWF, Weltbank
etc. und deren Implementierung.



angelabinder@gmx.de

28 Jahre „David gegen Goliath“

Anleitung zum Einmischen

Bernhard Fricke gehört zu den engagiertesten Umweltschützern der Münchner Politik. Er gründete eine Bürgerinitiative und eine Partei, die konsequent ihren eigenen Weg gingen, gegen Missstände kämpften und durch teils spektakuläre Aktionen für Aufmerksamkeit sorgten. Darüber veröffentlichte Fricke nun ein Buch.

von Mechthild von Walter

Ich verändere die Welt – bei mir fange ich an! Viele Weltverbesserer beherzigen diesen Spruch. Die Probleme, die uns bedrohen, sind beängstigend, und wir haben nur zwei Alternativen: resignieren oder anpacken. Wenn man sich für das Anpacken entscheidet, ist das Buch „Anleitung zum Einmischen“ von Bernhard Fricke hilfreich. Vor 28 Jahren gründete er „David gegen Goliath“ (DaGG), nun blickt er auf seine politische Arbeit zurück. Unermüdlich hat er sich für überlebenswichtige Ziele abgearbeitet: den Ausstieg aus der Atomwirtschaft, den Abschied vom Wachstumswahn.

DaGG ist eine Bürgerinitiative, die als Reaktion auf den GAU entstand, den größten anzunehmenden Unfall: die Explosion des Atom-Reaktors von Tschernobyl am 26. April 1986. Das erste, was ich von dieser Gruppe wahrnahm, waren die „11 Gebote für eine lebenswerte Zukunft“. Auf diesem Blatt „sind zu den zehn wesentlichen Umweltproblembereichen jeweils drei Handlungsaufforderungen formu-

liert, die ohne großen finanziellen Aufwand sofort im Alltag umgesetzt werden können. Die „11 Gebote“ sind inzwischen in 17 Sprachen übersetzt

und haben eine Auflage von über 1.000.000 Exemplaren erzielt. Sie sind Gegenstand von Gottesdiensten, Seminaren und Unterrichtsgesprächen, gelten immer noch als zeitloser Impulsgeber“ („Anleitung zum Einmischen“, Seite 152). Mich haben diese 11 Gebote 1986 stark beeindruckt. Hier las ich schwarz auf weiß Forderungen, die mir immer schon bewusst waren, deren Dringlichkeit mir aber nach dem Schock von Tschernobyl klarer wurde.

Bernhard Fricke wurde nicht müde, unsere Gesellschaft immer und immer wieder zu ermahnen, Lebens- und Wirtschaftsstil zu ändern. Vor allem forderte er eine Wende in der Energiepolitik. Mit

Aktionen, offenen Briefen, großen Anzeigen, die durch mühsam eingeworbene Spenden finanziert wurden, bemühte sich Fricke, eine Bewusstseinsänderung herbeizuführen, die eine der Voraussetzungen für eine Veränderung der Verhältnisse ist.

Die Erfolge von DaGG hielten sich in überschaubarem Rahmen. Die Erkenntnis wuchs, dass man sich wohl oder übel in die Politik einmischen muss, wenn die notwendigen Änderungen durchgesetzt werden sollen. Es folgte die Gründung der Partei „David contra Goliath“ als Ergänzung zur Bürgerinitiative „David gegen Goliath“. Sie trat 1990 zur Stadtratswahl in München an, erzielte 1,9% und gewann damit einen Sitz. Jetzt konnte Fricke mit Anträgen und Anfragen konkrete Ziele zu erreichen versuchen. „Phantasievoll, gewaltfrei,

konsequent“ hat er in 12 Jahren zur ökologischen, sozialen und menschlichen Entwicklung Münchens beigetragen.

Die Arbeitsbelastung war enorm. Die Aktionen der Bürgerinitiative liefen weiter, seine Arbeit als Rechtsanwalt mit eigener Kanzlei musste bewältigt werden und das Stadtratsmandat bescherte ihm neben Sitzungsterminen einen Posteingang von durchschnittlich 2,5 kg Papier pro Tag.

Ab 1994 war dann auch die ÖDP durch mich im Stadtrat vertreten. Da die Ziele von „David contra Goliath“ und der ÖDP weitgehend identisch waren, kamen wir schnell überein, eine Ausschuss-

DaGG entstand als Reaktion auf die Explosion des Atom-Reaktors von Tschernobyl am 26. April 1986.



DaGG-Gründer Bernhard Fricke (links) und Schauspieler Ottfried Fischer (rechts) bei der Buchpräsentation am 25. Mai 2014

gemeinschaft zu bilden, die es uns ermöglichte, nicht nur in der Vollversammlung, sondern auch in den 19 Unter-Ausschüssen mit Sitz und Stimme vertreten zu sein. Die Zusammenarbeit war freundschaftlich und konstruktiv. Fricke ist im wahrsten Sinne des Wortes ein „mündiger Bürger“. Er scheute sich niemals, den Mund aufzumachen und zu sagen, was nötig war. Als Neuling im Stadtrat wagte ich das anfangs nicht allzu oft, lernte aber

durch spektakuläre Aktionen in den Medien zu erscheinen – erinnert sei an seine 36-stündige Besetzung einer Linde, die gefällt werden sollte, oder an seine Blockierung eines ICE aus Protest gegen unerträgliche Zustände bei Überfüllung oder an seinen Besuch im Rathaus in Begleitung seines Schafes Seraphin. Dass diese medienwirksamen Aktionen reine Notwehr, eigentlich Verzweiflungstaten waren, weil die wirklichen Katastrophen, die Untätigkeit

Bernhard Fricke wurde nicht müde, unsere Gesellschaft immer und immer wieder zu ermahnen, Lebens- und Wirtschaftsstil zu ändern.

dazu, auch wenn ich es vermied, die Geduld meiner Stadtratskollegen zu strapazieren.

Bei der Wahl im Jahr 2002 verfehlte „David gegen Goliath“ den Wiedereinzug in den Stadtrat. Was war geschehen? Fricke ist ein PR-Genie. Er verstand es immer wieder,

angesichts der Bedrohung durch einen weiteren Atom-Unfall, durch den sich abzeichnenden Klimawandel, die verhungerten Menschen auf diesem Planeten für die Medien kaum noch einen Nachrichtenwert haben – das wurde zu wenig wahrgenommen. Viele nahmen ihn nicht

BUCHTIPP

Bernhard Fricke, Frank Fischer
Anleitung zum Einmischen

Seitenweise,
April 2014
240 Seiten,
18,00 Euro

978-3-943874-06-8

www.davidgegengoliath.de



mehr ernst. Nicht einmal seine zahlreichen prominenten Freundinnen und Freunde, die er im Laufe der Jahre mit viel Einsatz gewonnen hatte und deren Freundschaft er achtsam pflegte, konnten das Aus der Partei verhindern.

Dieser Misserfolg hat Fricke aber nicht verbittert. In der „Sonnenarche“, seinem Anwesen im Chiemgau, hat er ein Kommunikationszentrum geschaffen, in dem die Arbeit der Bewusstseinsveränderung in bewundernswerter Weise fortgesetzt wird. Nachzulesen ist dies alles in der anregenden und motivierenden „Anleitung zum Einmischen“ – ein schönes Geschenk für gute Freunde. ■

Mechthild von Walter, Jahrgang 1939, studierte Anglistik, Germanistik und Philosophie und war anschließend



Lehrerin für Deutsch und Englisch an einem Münchner Gymnasium. Nach dem GAU in Tschernobyl trat sie 1986 in die ÖDP ein, war von 1991 bis 1997 Mitglied im ÖDP-Landesvorstand und von 1994 bis 2010 im Münchner Stadtrat.

m.vomwalter@yahoo.de

An alle Mitglieder

von Sebastian Frankenberger

Liebe ÖDP-Mitglieder,

wenn eine Partei ihren größten Erfolg in der Parteigeschichte erzielt, dann ist dieses Ereignis auf das Engagement vieler Mitglieder zurückzuführen. Und genau aufgrund Ihrer Mithilfe ist es uns gelungen, bei der Europawahl am 25. Mai ein Mandat zu bekommen und damit erstmals bei einer überregionalen Wahl erfolgreich zu sein. Dank Ihrer Anstrengung, liebe Mitglieder, vertritt uns nun Prof. Dr. Klaus Buchner im Europäischen Parlament.

Für Ihren Einsatz als Kandidat, als HelferIn am Infostand, als Leserbriefschreiber oder als Plakatkleberin möchte ich mich ganz herzlich bedanken. Ohne Sie hätten wir das Mandat mit 0,6% und einem absoluten Anteil von 180.000 Stimmen nicht geschafft. Danke dafür!

Nach einem Wahlmarathon, der mit der Bundestagswahl im vergangenen Herbst begann und jetzt in einem Sitz im Europäischen Parlament mündet, sind wir alle sehr erschöpft und brauchen eine Zeit des Ausruhens. Auch ich werde in den nächsten Monaten in mich gehen und darüber nachdenken, ob ich im November noch einmal als Bundesvorsitzender kandidieren möchte. Für viele von uns stehen die Zeichen auf Veränderung und wir müssen sehen, wie wir damit klarkommen. Wie schon im Editorial angekündigt, wird uns unsere langjährige Mitarbeiterin Florence von Bodisco verlassen und im Europabüro der ÖDP in Berlin wichtige Aufgaben für Prof. Dr. Klaus Buchner übernehmen. Eine der drängendsten Fragen in den nächsten Jahren wird sein, wie wir das Mandat für die ÖDP nutzen können, in fünf Jahren mit mehr Man-



Foto: Biljana Kuljak

daten in das EU-Parlament einzuziehen. Wir sind auf Informationen aus Brüssel/Straßburg angewiesen, die wir für unsere ÖDP-Arbeit nutzen werden. Aber auch Prof. Dr. Klaus Buchner, unser Mandatsträger, braucht die Unterstützung und das Fachwissen der ÖDP, um seine Tätigkeit im Sinne unserer Politik, die den Menschen und nicht die Wirtschaft in den Mittelpunkt rückt, zu gestalten. Damit wir alle voneinander profitieren, ist es sinnvoll, Ideen zu sammeln. Sollten Sie also Anregungen für eine tolle Zusammenarbeit haben, dann freuen wir uns über eine E-Mail von Ihnen.

Es grüßt Sie

Sebastian Frankenberger

Neues aus dem Bundesverband

von Dr. Claudius Moseler

Claudius Moseler neuer Ortsvorsteher in Mainz-Marienborn ÖDP gewinnt erstmals in der Landeshauptstadt Mainz eine Ortsvorsteherwahl

Mainz. Mit 50,9% der Stimmen haben die Menschen in Mainzer Ortsteil Marienborn den 48-jährigen ÖDP-Generalsekretär Dr. Claudius Moseler zu ihrem neuen Ortsvorsteher gewählt. Moseler hatte mit 26% der Stimmen den Weg in die Stichwahl geschafft, wo er sich am Pfingstsonntag endgültig gegen den Kandidaten der SPD durchsetzte. Damit hat die ÖDP erstmals in Mainz einen Ortsvorsteher-Posten für sich gewonnen, den zuvor über mehrere Wahlperioden die CDU innehatte. „Die Zeichen stehen in Marienborn auf Neubeginn. Zusammen mit den

Menschen hier möchte ich in den kommenden fünf Jahren die Weichen stellen, für ein lebenswertes Marienborn“, erklärt Moseler.

Ganz oben auf seiner Agenda für den Ortsteil stehen:

- Effektiver und umweltverträglicher Lärmschutz
- Mehr Verkehrsberuhigung und Verkehrssicherheit
- Eine durchdachte Neugestaltung des Marienborner Ortskerns
- Eine gute Nahversorgung

„Wir können diese Ziele nur gemeinsam erreichen“, sagt Moseler. Darum will er in den nächsten fünf Jahren:

■ Jährlich mindestens eine Bürgerversammlung in Marienborn einberufen, auf der die drängendsten aktuellen Themen intensiv und offen diskutiert werden können.

■ Den Bürgerinnen und Bürgern jederzeit Gelegenheit geben, ihre Ideen und Anregungen für ein lebenswerteres Marienborn mit einzubringen.

Der Geograf Moseler setzt sich für einen neuen Politikstil ein, der beispielhaft für ganz Mainz sein könnte: „Die Bürgerinnen und Bürger entscheiden mit – auch noch nach der Wahl –, wie es in unserem Marienborn künftig aussehen soll.“ Der neue Ortsvorsteher Moseler wurde bereits vor 20 Jahren erstmals in den Marienborner Ortsbeirat gewählt. Er war seit 2009 erster Stellvertreter der Ortsvorsteher in Marienborn und ist seit 2004 für die ÖDP als Fraktionsvorsitzender im Mainzer Stadtrat. Die ÖDP konnte ihre Präsenz im Ortsteil Marienborn im Laufe der vergangenen Wahlperioden immer stärker ausbauen. Zur Kommunalwahl im Mai 2014 erhielt die ÖDP in Marienborn 21,8% (+4,6%) der Stimmen und damit nun drei Sitze im Ortsbeirat. Da der Ortsvorsteher zusätzlich Sitz und Stimme hat, sind nun insgesamt vier ÖDP-Kandidaten im Ortsbeirat aktiv. ■

Dr. Claudius Moseler
Generalsekretär,
ÖDP Bundespolitisches und
Kommunalpolitisches Büro,

Neckarstr. 27–29, 55118 Mainz,
Tel. (0 61 31) 67 98 20, Fax (0 61 31)
67 98 15, Mobil (01 60) 87 10 542

politik@oedp.de



Neues aus dem Europaparlament

von Prof. Dr. Klaus Buchner

Liebe Leserinnen, liebe Leser,



zum ersten Mal in der Geschichte der ÖDP sind wir in einem überregionalen Parlament vertreten. Am 25. Mai gaben uns bei der Europawahl so viele Menschen ihr Vertrauen, dass wir mit einem Mandat in das Europäische Parlament eingezogen sind. Als gewählter Abgeordneter der ÖDP vertrete ich ab sofort unsere Partei in Brüssel bzw. Straßburg.

Ich möchte es nicht versäumen, Ihnen für Ihren unermüdlichen Einsatz im Wahlkampf zu danken. Ohne Ihre Hilfe hätten wir diesen großen Erfolg für die ÖDP sicher nicht geschafft. Herzlichen Dank dafür!

Sicher möchten Sie gerne wissen, was seit dem 25. Mai geschehen ist und wie es weitergeht:

Gleich nach der Wahl bin ich nach Brüssel gefahren und habe mich mit den Vertretern verschiedener Fraktionen getroffen. Alle Gespräche verliefen sehr respektvoll und freundlich. Letztendlich habe ich mich – auch nach Rücksprache mit dem ÖDP-Bundesvorstand – für eine Mitgliedschaft in der Fraktion Grüne/Europäische Freie Allianz entschieden. In dieser Fraktion sind neben den deutschen Grünen auch Piraten und ökologische Parteien anderer Länder sowie unabhängige Abgeordnete aktiv. Ausschlaggebend war für mich das gemeinsame Engagement gegen die Freihandelsabkommen TTIP und CETA und der Einsatz für eine europäische Energiewende. Ich fühle mich in dieser Fraktion gut aufgehoben, weil mir auch meine politische Unabhängigkeit zugesichert wurde und ich im Einzelfall auch mal gegen die Fraktion stimmen kann.

Anfang Juli finden die konstituierenden Sitzungen statt und dann beginnt die Arbeit in den Ausschüssen. Ich habe einen Sitz im Ausschuss Außenpolitik und einen stellvertretenden Sitz im Ausschuss Außenhandel, in dem u. a. auch die Freihandelsabkommen behandelt werden.

In jeder Ausgabe von ÖkologiePolitik werden Sie nun eine kurze Zusammenfassung meiner Arbeit im Europäischen Parlament lesen. Mir ist es sehr wichtig,

die ÖDP und alle Mitglieder umfassend über meine Arbeit zu informieren und zu überlegen, wie die ÖDP partizipieren kann. Schließlich gilt es, in den nächsten fünf Jahren den Boden zu bereiten, um im Jahr 2019 mit mehr Mandaten in das Europäische Parlament einzuziehen.

Bis zum nächsten Mal,
herzliche Grüße
Ihr

K. Buchner

Klaus Buchner
Mitglied des Europäischen Parlaments



Foto: European Union, 2014

Europawahl

ÖDP schafft Einzug ins Europäische Parlament

Bei der Europawahl am 25. Mai schafft die ÖDP den größten Erfolg in der Parteigeschichte. Mit 0,6 % der Wählerstimmen zieht Spitzenkandidat Prof. Dr. Klaus Buchner (München) in das Europäische Parlament ein.

von Florence von Bodisco

Rund 180.000 Wählerinnen und Wähler machten ihr Kreuz bei der ÖDP. Damit konnte die Partei einen Zuwachs von rund 30.000 Stimmen gegenüber der Europawahl im Jahr 2009 verbuchen. Im Vorfeld der diesjährigen Europawahl musste die ÖDP zweimal gegen Sperrklauseln kämpfen. Die Klage vor dem Bundesverfassungsgericht 2011 gegen die damals geltende 5%-Hürde war erfolgreich vom juristischen Beistand der ÖDP, Prof. Dr. Hans Herbert von Arnim, durchgeboxt worden. Nachdem im Sommer 2013 Bundestag und Bundesrat eine 3%-Hürde verabschiedet hatten, klagte die ÖDP zusammen mit den Freien Wählern wieder vor dem Bundesverfassungsgericht. Auch diesmal schlossen sich die Richterinnen und Richter den Argumenten von Prof. von Arnim an. Dieser Wegfall der Sperrklausel habe wesentlich zum guten Ergebnis der ÖDP beigetragen, meinte Sebastian Frankenberger, Bundesvorsitzender der ÖDP, kurz nach der Wahl. Erstmals konnten die Wähler ihre Lieblingspartei ohne Angst vor der „verlorenen Stimme“ wählen.

Im Europawahlkampf hatte die ÖDP vor allem auf die Themen

Erneuerbare Energien, Engagement gegen TTIP und mehr Bürgerbeteiligung gesetzt. Einer der Wahlkampflogos war „Mensch vor Wirtschaft“. Mit diesem politischen Ansatz hat sich die ÖDP von anderen Parteien im Europawahlkampf unterschieden. „Wir stellen den Menschen und nicht die Wirtschaft in den Mittelpunkt poli-

Rund 180.000 Wählerinnen und Wähler machten ihr Kreuz bei der ÖDP.

tischen Handelns“, so Frankenberger. Als weitere Unterscheidungsmerkmale definierte die ÖDP den Verzicht auf Firmenspenden und den Ehrenkodex für Mandatsträger. Der Ehrenkodex beinhaltet unter anderem, dass die Mandatsträger keine Zuwendungen annehmen, die in direktem oder indirektem Zusammenhang mit der Tätigkeit als Mandatsträger bestehen. Außerdem sollen keine Vergünstigungen angenommen werden, die Nicht-Mandatsträgern nicht zur Verfügung stehen würden.

Im Europaparlament will sich Prof. Dr. Klaus Buchner vor allem um das Gelingen der Energiewende und den Stopp der Freihandelsabkommen wie TTIP und TISA



kümmern. „Die Freihandelsabkommen werden hinter verschlossenen Türen ohne Einflussnahme zivilgesellschaftlicher Gruppen verhandelt. Mit dieser Heimlichkeiterei muss Schluss sein“, meint der ÖDP-Politiker. Um in den nächsten

fünf Jahren politisch möglichst viel zu erreichen, hat sich Buchner der Fraktion Grüne/Free Europäische Allianz angeschlossen, obwohl sich auch andere Fraktionen mit ihm in Verbindung gesetzt hatten. Aber, so der Europaabgeordnete: „Mit der Fraktion der Grünen/Europäische Freie Allianz ergaben sich die meisten inhaltlichen Überschneidungen. Gemeinsam werden wir die Europäische Union ökologischer und demokratischer gestalten.“

Ziel in den nächsten Jahren wird es sein, die ÖDP inhaltlich und strategisch optimal aufzustellen, um bei der Europawahl 2019 ein besseres Ergebnis zu erzielen und mehr Abgeordnete in das Europäische Parlament zu entsenden. ■

Aus den Landesverbänden

Baden-Württemberg

Europa- und Kommunalwahl

Die Europawahl und die Kommunalwahl 2014 sind für die ÖDP Baden-Württemberg zufriedenstellend verlaufen. Bei der Europawahl konnte das landesweite Ergebnis von 18.875 auf 27.433 Stimmen gesteigert werden,

was einer Verbesserung von 0,5 % auf 0,7 % der Stimmen entspricht. Besonders gute Ergebnisse (in Klammern die Ergebnisse von 2009) erreichten Ravensburg 2,6 % (2,0 %), Rottweil 2,2 % (1,9 %), Emmendingen 1,5 % (0,3 %), Biberach 1,4 % (1,1 %), Schwäbisch Hall 1,4 % (0,9 %), Main-Tauber-Kreis 1,3 % (0,9 %), Heidenheim 1,2 % (1,0 %) und Heilbronn Land 1,1 % (0,8 %).

Bei der Kommunalwahl konnten die ÖDP-Listen einen leichten Mandatsgewinn verzeichnen:

Kreis	Ort/Stadt	Ergebnis	Mandats-träger(innen)	Sitze Gemeinde-/ Stadtrat	Sitze Kreistag
Biberach		3,3 % (3,0 %)	Peter Bloching, Norbert Huchler		2 (1)
Bodensee	Friedrichshafen	4,0 % (2,8 %)	Sylvia Hiß-Petrowitz, Annedore Schmid	2 (1)	
Emmendingen		1,6 % (-)	Markus Hollemann		1 (-)
Emmendingen	Denzlingen	7,1 % (-)	Axel Weniger, Christine Höldin	2 (-)	
Heidenheim		1,3 % (2,8 %)	Silvio Mundinger		1 (1)
Heidenheim	Dischingen	9,7 % (7,7 %)	Joachim Hausy, Erika Wiedmann	2 (1)	
Heidenheim	Gerstetten	- (11,5 %)	---	-- (3)	
Heilbronn		3,2 % (3,6 %)	Klaus Ries-Müller, Ralf Kälberer		2 (2)
Heilbronn	Bad Rappenau	10,4 % (10,1 %)	Klaus Ries-Müller, Ralf Kälberer, Martin Wacker, Agnes Ries-Müller	4 (4)	
Ravensburg		6,7 % (6,4 %)	Siegfried Scharpf, Max Scharpf, Dr. Wolfgang Schmidt, Dr. Wolfgang Dieing, Julian Aicher		5 (4)
Ravensburg	Altshausen	6,7 % (8,5 %)	Udo Feßler	1 (1)	
Rems-Murr		1,6 % (1,5 %)	Thomas Bezler		1 (1)
Rottweil		6,4 % (7,3 %)	Selma Müller, Bernd Richter, Gerhard Wössner		3 (3)
Rottweil	Schramberg	8,7 % (11,1 %)	Bernd Richter, Volker Liebermann	2 (3)	
Schwäbisch Hall		3,7 % (3,8 %)	Friedrich Zahn, Daniel Kießbecker		2 (2)
Stuttgart (Region)		1,5 % (1,6 %)	Karl-Heinz Bok		1 (1)
				gesamt: 13 (13)	gesamt: 18 (15)

Weitere Mandate konnten ÖDP-nahe Listen erringen: drei Mandate die Ökologisch-Liberale Liste (ULL) in Teningen (Kreis Emmendingen), ein Mandat die Liste grünt in Waiblingen (Rems-Murr-Kreis) sowie ein Mandat die Bürgerliste in Grünkraut (Kreis Ravensburg).

In den Kreisen Ludwigsburg und Waldshut sowie in den Städten und Gemeinden Heilbronn, Ostfildern und Albrück ist die ÖDP nicht mehr angetreten. In diesen Kreisen, Städten und Gemeinden ist jedoch schon 2009 kein Mandat errungen worden.

Landesweit fanden in zahlreichen Orten Infostände zu den geplanten Freihandelsabkommen mit den USA und Kanada statt. Dabei wurden auch Unterschriften gegen diese Abkommen gesammelt. Infostände und Aktionen zu diesem Thema sind auch in der zweiten Jahreshälfte geplant, verbunden mit Berichten von der Tätigkeit von Prof. Dr. Klaus Buchner im Europaparlament.

Kontakt: Landesgeschäftsführer Uli Stein
Tel.: 0711/ 6364644, info@oedp-bw.de,
Regionalbeauftragter Matthias Dietrich
Tel.: 07121/ 880104, dietrichmat@web.de



„Chlorhühnchen“ dienen bei den Infoständen zu den Freihandelsabkommen als Blickfang.

Nordrhein-Westfalen

65 % Zuwachs in NRW bei EU-Wahl

Der Landesvorstand der ÖDP NRW bedankt sich ganz herzlich bei allen Aktiven für ihr ehrenamtliches Engagement im Wahlkampf 2014 und spricht ihnen Glückwünsche zu dem großen Wahlerfolg aus.

„Unsere ÖDP-Philosophie ist nun im EU-Parlament durch unseren Spitzenkandidaten Prof. Dr. Klaus Buchner gesichert und auch die Finanzlage der Partei ist stabilisiert“, schrieb der Landesvorsitzende Gerd Kersting den Kreisvorsitzenden direkt nach dem Wahlsonntag.

Zur EU-Wahl verzeichnete die ÖDP NRW einen beachtlichen Zuwachs um 65 %: Die absolute Zahl der Wählerstimmen stieg gegenüber 2009 von 9.265 auf 15.313. In vielen Wahlkreisen wurden die Stimmzahlen verdoppelt, mitunter sogar verdreifacht.

Trotzdem ergab sich in einigen Wahlkreisen, rein prozentual gesehen, eine Stagnation. Dies hängt aber damit zusammen, dass die Wahlbeteiligung in NRW von knapp 40 % (2009) auf nun 52,3 % angestiegen ist.

Der ÖDP-Kreisverband Höxter konnte die 0,5 % aus 2009 halten, während der KV Münster sich bei 0,7 % stabilisierte. Als größter NRW-Kreisverband sicherte sich Bottrop 1,2 % der dortigen Europawahl-Stimmen.

„Ein besonderes Dankeschön von mir für diese Leistung, die das bundesweite Gesamtergebnis von 0,6 % stabilisiert hat“, erklärte Kersting. „In meinen Dank einbeziehen möchte ich den Kreisverband Städteregion Aachen, der sein Ergebnis zur EU-Wahl verdreifacht hat.“

Im Wahlkampf hatte der Landesverband die örtlichen Aktivitäten mit einem attraktiven, aktuellen Internetauftritt (www.oedp-nrw.de) unterstützt. Hinzu kam eine intensive Netzwerk-Kampagne. Sie trug dazu bei, die Stimmzahl gerade in Regionen ohne ÖDP-Kreisverband stark auszubauen. So wurde das landesweite prozentuale Ergebnis von 0,1 auf 0,2 % verbessert.

Dazu leistete auch der ÖDP-Bundesvorsitzende mit seiner NRW-Tour einen wichtigen Beitrag: Sebastian Frankenberger unterstützte uns durch seine Mitarbeit bei verschiedensten Veranstaltungen unter anderem in Aachen, Düsseldorf, Münster und Bad Driburg.



Gerd Kersting

Der ÖDP-Spitzenkandidat Prof. Dr. Klaus Buchner erhielt gleich nach der Wahl die Gratulation des NRW-Landesvorstands – inklusive der Zusicherung, den ersten ÖDP-Abgeordneten im Europäischen Parlament nach Kräften zu unterstützen.

Zur Kommunalwahl in NRW: Die bisherigen Mandate in den Stadtparlamenten von Bottrop (3 Ratssitze mit 4,6%) und Münster (1 Mandat mit 1,1%) konnten gehalten werden. In der Stadt Bad Driburg (KV Höxter) erreichte die ÖDP zwei Mandate (zuvor waren es drei) – sicher ist dies auf das Nichtantreten der bekannten ÖDP-Persönlichkeiten Wolfgang Seemann und Bernd Bartsch zurückzuführen, die zuvor ein Vierteljahrhundert dem Stadtrat angehörten! Mit 5,74% der Stimmen hat Bad Driburg wieder einmal das NRW-weit beste ÖDP-Ergebnis erzielt.

Kontakt: ÖDP-Landesgeschäftsstelle,
Junkerstr. 3, 48153 Münster,
Tel.: 02 51/ 2 03 80 79, info@oedp-nrw.de

Bayern

ÖDP stellt mehrere stellvertretende Bürgermeister

Von 320 auf 380 Mandate konnte die ÖDP sich bei der Kommunalwahl in Bayern steigern (ein Plus von ca. 20%). Wie bereits in der letzten Ausgabe von ÖkologiePolitik gemeldet, gibt es acht erste Bürgermeister, die von der ÖDP nominiert wurden. Nach den konstituierenden Sitzungen der Kommunalparlamente steht inzwischen fest, dass auch eine Reihe von ÖDP-Mandatsträgern zu zweiten und dritten Bürgermeistern gewählt wurden. Der wegen Überschreitung der Altersgrenze nicht mehr angetretene frühere Bürgermeister der Stadt Pfreimd, Arnold Kimmerl, wurde im Landkreis Schwandorf zum stellvertretenden Landrat gewählt.

Der ÖDP-Landesvorstand gratuliert allen Gewählten:

- **Robert Sedlmayr**, 2. Bürgermeister in Geltendorf (Kreis Landsberg, OBB)

Bürgermeister-Wahl wie ausgemacht

Vize: Mangold gewinnt mit 28:16 locker gegen Weber – Dritte: Träger kommt ohne Gegenkandidatin auf 39 Stimmen

Von Thomas Seider

Sie locker wie vor sechs Jahren ist Urban Mangold (ÖDP) gestern erneut ins Amt des 2. Bürgermeisters spaziert. Er bekam in gebührender Wahl in der konstituierenden Stadtratsitzung 28 Stimmen, Gegenkandidatin Rosmarie Weber (CSU) kam auf 16. Bei Mangolds erster Wahl zum Vize 2008 war das Ergebnis verblüffend ähnlich, damals waren es 25:17 gegen CSU-Kandidatin Dagmar Frenk. Ebenfalls eine Parallele die Wahl der dritten Bürgermeisterin: Wie vor sechs Jahren Dr. Anton Jungwirth (FDP) hatte gestern Erika Träger (Grüne) keine Gegenkandidatin. Sie erhielt 39 Stimmen und damit noch mehr als damals Jungwirth mit 32.

Zur Wahl verließen die Stadträte den Großen Rathssaal und begaben sich in Wahlkabinen im kleinen Rathssaal. Niemand wusste also, ob alle Fraktionmitglieder so wählen würden wie es in den Abstimmungsgeräuschen ausgemacht war. Die Ergebnisse ließen das auf schließen, dass die Absprachen unter den Fraktionen weitgehend eingehalten wurden. Rosmarie Weber bekam mindestens vier Stimmen aus anderen Fraktionen (die CSU hat zwölf Stadträte), aber eben auch nicht mehr einer der 45 Stadträte inklusive OB Jürgen Dupper, der sich nach zwölf Jahren nicht mehr als Bürgermeister vorgeschlagen ließ, bekam vor den Wahlen von OB bescheinigt, „ein herausragender 3. Bürgermeister“ gewesen zu sein. Eine Entscheidung ist unzulässig.

Wahl von Erika Träger

Zumindest vier Stimmen mehr als die CSU-Fraktion Mitglieder hat bekam Rosmarie Weber. Das reichte aber nicht.

der Paul Kistner für Mangold ausgesprochen. Den Vorschlag Erika Träger trug Grünen-Fraktionsvorsitzender Karl Sprack vor: „Sie wird das Amt mit großer Freude und Engagement ausüben zum Wohle unserer Stadt.“

Ja zu Erika Träger als 3. Bürgermeisterin, einer erfahrenen Kollegin“, sagte für die CSU Andreas Scheuer, 2. Bürgermeisterin. Je doch sollte Mangold besser Rosmarie Weber werden. Mit den Bürgermeisterinnen Weber und Träger hätten wir zwei Frauen mitten im Leben, die unsere Stadt neben dem OB präzisieren, das tut uns gut“, warb Scheuer. In den von der CSU zunächst als kontraproduktiv empfundenen Verhandlungsgesprächen sei eine Person mit Erfahrung gefunden worden, die habe Rosmarie Weber. „Vor allem im Berufsfeld als Juristin“, so Scheuer. „Man braucht nicht unbedingt ein Lawe im Stadtrat.“

Ein Traum geht in Erfüllung für Erika Träger – sie bekommt ihre Freunde, seit gestern 3. Bürgermeisterin zusammen. OB Jürgen Dupper (l.) und der alte wie neue Vize Urban Mangold gratulierten. – Fotos: Jäger

Amts Vorgänger Jungwirth, die beide nicht als Kandidaten vorgeschlagen waren. Jungwirth, dessen FDP mit zwei Stadträten die schwächste Fraktion ist und der sich nach zwölf Jahren nicht mehr als Bürgermeister vorgeschlagen ließ, bekam vor den Wahlen von OB bescheinigt, „ein herausragender 3. Bürgermeister“ gewesen zu sein. Eine Entscheidung ist unzulässig.

Wahl von Erika Träger

Zumindest vier Stimmen mehr als die CSU-Fraktion Mitglieder hat bekam Rosmarie Weber. Das reichte aber nicht.

der Paul Kistner für Mangold ausgesprochen. Den Vorschlag Erika Träger trug Grünen-Fraktionsvorsitzender Karl Sprack vor: „Sie wird das Amt mit großer Freude und Engagement ausüben zum Wohle unserer Stadt.“

Ja zu Erika Träger als 3. Bürgermeisterin, einer erfahrenen Kollegin“, sagte für die CSU Andreas Scheuer, 2. Bürgermeisterin. Je doch sollte Mangold besser Rosmarie Weber werden. Mit den Bürgermeisterinnen Weber und Träger hätten wir zwei Frauen mitten im Leben, die unsere Stadt neben dem OB präzisieren, das tut uns gut“, warb Scheuer. In den von der CSU zunächst als kontraproduktiv empfundenen Verhandlungsgesprächen sei eine Person mit Erfahrung gefunden worden, die habe Rosmarie Weber. „Vor allem im Berufsfeld als Juristin“, so Scheuer. „Man braucht nicht unbedingt ein Lawe im Stadtrat.“

Ein Traum geht in Erfüllung für Erika Träger – sie bekommt ihre Freunde, seit gestern 3. Bürgermeisterin zusammen. OB Jürgen Dupper (l.) und der alte wie neue Vize Urban Mangold gratulierten. – Fotos: Jäger

Traiger dagegen machte kein Geheimnis daraus, wie aufgeregt sie war – und das sogar schon bei der Wahl des Vize, zu der sie selbst gar nicht antrat. Mit ihrer Wahl zur Bürgermeisterin geht für die 57-Jährige nach 24 Jahren im Stadtrat erklärtes ein Wunschtraum in Erfüllung. OB Dupper nahm ihr den Eid auf dem Rathausplatz entgegen.

„Er hat das Amt mit großem Engagement und Verantwortung übernommen“, lobte die

Passauer Neue Presse: 06.05.2014

Insgesamt verzeichnete die ÖDP Zuwächse nicht nur in den Großstädten München, Nürnberg, Augsburg und Würzburg, sondern auch in zahlreichen Landkreisen und Mittelstädten. Fast alle neuen Listen, für die die ÖDP Unterschriften sammeln musste, haben den Sprung in das Kommunalparlament geschafft. Ausführliche Informationen auf www.oedp-bayern.de (um)

Kontakt: ÖDP-Bayern, Landesgeschäftsstelle,
Postfach 2165, 94011 Passau,
Tel.: 08 51/ 93 11 31, bayern@oedp.de

Rheinland-Pfalz

ÖDP nach der Kommunalwahl am 25. Mai 2014 gut vertreten

Die ÖDP in Rheinland-Pfalz hat bei den Kommunalwahlen 27 ÖDP-Mandate gewonnen, die meisten in der Landeshauptstadt Mainz: Dort verfügt sie über zwei Sitze (4,0%) im Stadtrat und 13 Sitze in 11 Ortsbeiräten. In Mainz-Marienborn konnte Dr. Claudius Moseler für das Amt des Ortsvorstehers mit 26% die Stichwahl erreichen. Am 8. Juni 2014 konnte er die Stichwahl mit 50,9% gegen den SPD-Bewerber für sich entscheiden.

Erstmals zogen die Ökodemokraten in den Kreistag Bernkastel-Wittlich mit einem Sitz ein. In diesem Landkreis konnten jeweils ein Mandat in den Verbandsgemeinden Bernkastel-Kues, Wittlich-Land und Trarbach gewonnen werden. In der Stadt Adenau in der Nähe des Nürburgrings ist die ÖDP mit über 16% und drei Mandaten wieder zweitstärkste Kraft. Auch in der Stadt Münstermaifeld (Mayen-Koblenz) konnte die ÖDP mit 11% diesmal zwei Mandate gewinnen. Bürgermeisterkandidat Rainer Hilgert erzielte immerhin 22%. In der Stadt Osthofen und der Verbandsgemeinde Wonnegau (beide Kreis Alzey-Worms) errang die ÖDP je ein Mandat. Hinzu kommen noch zwei weitere Mandate über andere Listen sowie zwei Mandate über Mehrheitswahlen in kleinen Dörfern.

Die ÖDP ist mit diesem Ergebnis zufrieden und zieht eine positive Bilanz, wenn auch eigentlich mehr möglich gewesen wäre. Offenbar hat die Europawahl einen sehr starken Einfluss auf die kommunalen Ergebnisse gehabt, die der ÖDP nicht geholfen haben. Die ÖDP wird weiterhin die kommunale Basis im Land Rheinland-Pfalz konsequent ausbauen. (cm)

Kontakt: ÖDP-Landesverband Rheinland-Pfalz
Neckarstr. 27–29, 55118 Mainz
Tel.: 0 61 31/ 67 98 20, Fax: 0 61 31/ 67 98 15
buero@oedp-rlp.de

IMPRESSUM

ÖkologiePolitik erscheint viermal im Jahr: Februar, Mai, August, November. Die Print- und die Online-Ausgabe sind im Mitgliedsbeitrag enthalten. Nichtmitglieder können das Journal für 12,- Euro im Jahr abonnieren. Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe ist der 1. September 2014.

Herausgeber

Ökologisch-Demokratische Partei
Pommeregasse 1, 97070 Würzburg
Tel. (09 31) 4 04 86-0,
Fax (09 31) 4 04 86-29
www.oedp.de

Verantwortliche Redakteure

Günther Hartmann (gh)
Caroline-Herschel-Straße 23, 81829 München
guenther.hartmann@oedp.de
Florence von Bodisco (fb)
Erich-Weinert-Straße 134, 10409 Berlin
florence.bodisco@oedp.de

Mitarbeiter dieser Ausgabe

Angela Binder, Ulrich Brehme, Edgar Guhde,
Urban Mangold (um), Mechthild von Walter,
Jörn Wiedemann (jw)

Gastautoren

Patrick Brehme, Christoph Hirte,
Peter Hensinger, Dr. Klaus Scheler

Interviewpartner

Prof. Dr. Christian Kreiß

Satz

Grafikstudio Art und Weise, Heike Brückner
Drosselweg 15, 93138 Lappersdorf

Anschrift der Redaktion

ÖkologiePolitik
Ökologisch-Demokratische Partei
Erich-Weinert-Straße 134, 10409 Berlin
Tel. (0 30) 49 85 40 50
pablo.zillner@oedp.de

Bankverbindung

Bank für Sozialwirtschaft,
BLZ: 700 205 00, Kto.-Nr.: 981 52 00

Hinweis der Redaktion

Die Meinung der Autoren und Interviewpartner ist nicht automatisch die Meinung der ÖkologiePolitik oder der Ökologisch-Demokratischen Partei (ÖDP). Die Veröffentlichung dient der innerparteilichen Information und politischen Willensbildung.

ÖkologiePolitik wird auf
100% Recycling-Papier gedruckt.

Neues aus der ÖDP von Florence von Bodisco

Karl Heinz Jobst auf Podiumsdiskussion zum Thema Wasser

Im März vertrat der stellvertretende Bundesvorsitzende der ÖDP, Karl Heinz Jobst, die Partei bei einer Podiumsdiskussion in München. Thema: Wird Trinkwasser unbezahlbar?



Karl Heinz Jobst (2. v. r.)

Weitere Diskutanten: Gunnar Braun (Geschäftsführer der VKU-Landesgruppe Bayern), Peter Martin (Leiter der Regionalvertretung der Europäischen Kommission in München). Moderation: Prof. Fritz Auweck

Persönliche Meinung zu Großflächenplakaten zur Europawahl

Ich habe, wie alle Mitglieder, die E-Mail bekommen, dass man ein Plakat sponsern kann. Da ich das prima finde, war ich dabei. Meine Mittel sind übersichtlich und doch war es mir wichtig, dass die ÖDP bekannt wird. Leider ist das Ergebnis verbesserungswürdig. Liebe Freunde, wenn wir nicht für unsere Sache werben, werden wir nie Zuwachs bekommen. Für die nächste Wahl könnt Ihr schon jetzt sparen, dann habt ihr das Geld schon zusammen. Ich habe mir einen Platz ausgesucht, an dem viele Leute vorbeikommen. Es ist ja toll, dass man den Standort aussuchen kann. So kann man den besten Platz buchen. Macht doch bitte beim nächsten Mal davon regen Gebrauch. Bitte macht unsere gute ÖDP bekannter, seid nicht so zurückhaltend. Gibt es Euch nicht zu denken, dass die Piraten und die AfD viel mehr Echo bekommen?

Ich hoffe, dass wir Zuwachs bekommen.

Es grüßt, Ihr Franz Wiebelt

ÖDP aktiv in Tübingen

Tübingen. Mit der Absicht, den aktuell vorherrschenden Mustern von umwelt- und klimafeindlichem Wirtschaften und Konsumieren eine „Politik mit Augenmaß“ entgegenzustellen, hat sich der Kreisverband der ÖDP für die kommenden Wahlen neu formiert.

Auf einer Versammlung im Tübinger Lokal Boulanger wurde am 12. Mai der Kreisvorstand neu gewählt. Nicht mehr antreten konnte aus gesundheitlichen Gründen der langjährige Kreisvorsitzende Alois Stopper, ein Biolandwirt aus Ergenzingen. Für ihn wurde nachgewählt der Diplom-Biologe Wolfgang Martin Wettlaufer (bislang im Beirat), welcher sich für die engagierte Tätigkeit seines Vorgängers bedankte. Als stellvertretender Vorsitzender stellte sich der Chemiker Dr. Wolfgang Edelböck zur Verfügung und wurde gewählt. Im Amt der Kassiererin verblieb die Lehrerin Lore Schuh aus Neustetten. Mit den Studierenden Britta Göggelmann (Schriftführerin) und Kornelius Schultka



(wie Gabriele Koch künftig Beisitzer) gelangten zwei jüngere Kräfte ins Amt; sie werden die Tübinger ÖDP auch bei Parteitag als Delegierte vertreten.

Zu den Regionalwahlen ist die 1982 maßgeblich von Dr. Herbert Gruhl begründete Partei der Ökodemokraten nicht angetreten. Aus der Sicht der Bundespartei wie auch des neuen Tübinger Vorstands wird es immer dringender, der Aushöhlung von Demokratie, Umwelt-, Klima- und Tierschutz sowie der Sozialgesetzgebung auch seitens der EU hart entgegenzutreten. Für ein

wirklich „nachhaltiges“ Wirtschaften müsse vor allem die kaum je hinterfragte Wachstumsideologie dringend durch das Primat des „ökologischen Augenmaßes“ ersetzt werden, um unseren Nachkommen eine lebenswerte Umwelt zu hinterlassen. Unter den weltweiten Anzeichen für eine sich verschärfende Klimakatastrophe genüge ein halbherziges Gegensteuern nicht, wie es die grün-rote Landesregierung mit der Förderung von Energiealternativen unternehme. Die hiesige ÖDP will daher insbesondere unseren verschwenderischen Lebensstil infrage stellen und zu Einsparung von Energie und Ressourcen verhelfen.

Kontakt: wolf.wet@web.de

Neuer Leiter der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Liebe Mitglieder,

mein Name ist Pablo Ziller, ich bin 30 Jahre alt und in Stuttgart geboren. Zum 1. Juli dieses Jahres habe ich die Leitung der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit in unserer Bundespressestelle in Berlin-Prenzlauer Berg übernommen. Meine Vorgängerin Florence von Bodisco arbeitet nun im Berliner Europabüro unseres frisch gewählten Abgeordneten im Europäischen Parlament, Prof. Dr. Klaus Buchner.

Zuletzt habe ich beim Evangelischen KITA-Verband Bayern als Referent für Öffentlichkeitsarbeit und Kommunikation gearbeitet. Während meines Studiums der Politikwissenschaften an der Universität in Bamberg und auch danach arbeitete ich als Leiter des Moderationsteams zwischen 2010 und 2013 bei der Internetseite abgeordnetenwatch.de.

Vielleicht kennen mich ja manche von Ihnen noch aus der Zeit bei abgeordnetenwatch.de aufgrund meiner Moderations-E-Mails oder Blog-Beiträge. Die ÖDP lernte ich jedenfalls dort, als aktiver Partner im Kampf für mehr Transparenz und Demokratie, kennen. Auch war ich bei abgeordnetenwatch.de mit verantwortlich für den Bereich Pressearbeit und Fundraising.

Zugleich engagierte ich mich während meiner Ausbildung unter anderem in der Schüler- bzw. Studierendenzzeitung, in einer Lebensmittelkooperative, war Mitglied im Stuttgarter Jugendgemeinderat und in der Evangelischen Jugendarbeit aktiv.

Privat treibe ich besonders im Sommer sehr gerne Sport in der Natur, ob beim Kajakfahren, Wandern, Mountainbiken oder Schwimmen.



Mit den Positionen der ÖDP kann ich mich sehr gut identifizieren. Besonders interessieren mich Themen wie nachhaltige Modelle politischer Ökonomie, ressourcenschonendes Wirtschaften, ökologische Landwirtschaft, Transparenzthemen, Bürgerbeteiligung und Tier- und Artenschutz.

Ich möchte Sie jederzeit dazu anregen, mir Ihre Meinung bezüglich der öffentlichen Wirkung der Partei mitzuteilen! Auch alle Fragen, die zukünftig unser Mitglieder magazin ÖP betreffen, beantworte ich Ihnen natürlich gerne.

Ansonsten freue ich mich auf die Arbeit für und mit der ÖDP!

Herzliche Grüße

Ihr

Pablo Ziller

Pablo Ziller
Leiter der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Erich-Weinert-Straße 134, 10409 Berlin
Tel. 030/49854050, pablo.ziller@oedp.de

Zusammengestellt von Florence von Bodisco



Europakandidatin Lüst: Keine Gentechnik in der EU

Für ein komplettes Verbot der Gentechnik in der Europäischen Union spricht sich Christiane Lüst, Kandidatin der ÖDP zur Wahl des Europäischen Parlaments, anlässlich



Christiane Lüst

lich der jüngsten Pläne der griechischen EU-Ratspräsidentschaft aus. Griechenland hatte vorgeschlagen, dass diejenigen Länder, die eine Gentechnik-Pflanze von ihren Feldern verbannen wollen, vorher die Konzerne fragen müssen. „Da fällt mir nur das Sprichwort ein: ‚Wer einen Sumpf trocken legen will, darf nicht die Frösche fragen‘“, so kommentiert Christiane Lüst die Pläne. „Völlig klar, dass die Konzerne ein Verbot nicht dulden und im Ernstfall klagen werden.“

Darüber hinaus verstoße diese Regelung gegen den Internationalen Menschenrechtspakt, den auch die meisten EU-Länder ratifiziert haben. Die UNO habe deshalb schon mehrfach Regierungen wie Deutschland, Argentinien und Brasilien aufgefordert, die Bauern vor

den Konzernen zu schützen, Maßnahmen des Gesundheitsschutzes zu ergreifen und sicherzustellen, dass Kleinbauern, Imker und Verbraucher vor dem Anbau und den Folgen von Genprodukten geschützt werden, berichtet Lüst. Daran müsse sich auch die EU halten.

Es sei schon völlig unsinnig, dass die Gentechnik in der EU durch die sogenannte „Opt-out-Lösung“ zugelassen werden soll. Das bedeutet, Staaten stimmen dem Anbau von gentechnisch veränderten Organismen zu, um ihn dann als Einzelsaat wieder verbieten zu können. „Zum Schaden der Bürger und der Umwelt verfolgt die EU einen ganz klaren Zick-Zack-Kurs. Anstatt sich an die Seite der Menschen zu stellen, schützt sie in erster Linie die großen Gentechnik-Konzerne“, meint Lüst. Die ÖDP-Politikerin setzt sich dafür ein, dass in der Europäischen Union Gentechnik verboten wird. (...)

ÖDP engagiert sich gegen TTIP und CETA

Sebastian Frankenberger, einer der drei Spitzenkandidaten der ÖDP für die Wahl zum Europäischen Parlament und Bundesvorsitzender der Partei, fordert ein Ende der Geheimverhandlungen zwischen der EU und den USA bzw. Kanada hinsichtlich der Freihandelsabkommen TTIP und CETA.

„Die Wirtschaftsvertreter haben in diesen Verhandlungen eindeutig zu viel Macht. Das untergräbt die Demokratie.“ So bringt Frankenberger seine Kritik auf den Punkt. Es sei zu befürchten, dass Umwelt-,

Sozial- und Verbraucherschutzstandards abgesenkt werden. „Die Freihandelsabkommen sollen als ‚living agreement‘ konzipiert werden. Das bedeutet: Lobbygruppen haben bei jedem neuen Gesetz die Möglichkeit mitzureden“, führt der ÖDP-Politiker aus. Im Ernstfall könne ein Unternehmen sogar gegen Staaten klagen, wenn die Unternehmen sich in der Ausübung ihrer Geschäfte behindert fühlen. „Der Mensch, nicht die Wirtschaft muss im Mittelpunkt politischen Handelns stehen. Als Abgeordneter werde ich



Sebastian Frankenberger

mich auf jeden Fall dafür einsetzen, dass Lobbygruppen in die Schranken gewiesen werden“, so ÖDP-Kandidat Frankenberger. (...)

ÖDP unterstützt Lobbycloud

„Unsere ÖDP-Mandatsträger im Europäischen Parlament werden den Einfluss der Lobbyisten transparent machen“, sagt Sebastian Frankenberger, Bundesvorsitzender der ÖDP und einer der Spitzenkan-

didaten zur Wahl des Europäischen Parlaments.

Deshalb, so Frankenberger, unterstützt die ÖDP die Initiative Lobbycloud (<https://lobbycloud.eu>), die Lobbyingprozesse in das Licht öffentlicher Debatten rücken und Geheimdokumente veröffentlichen will. „Der massive Lobbyeinfluss schwächt demokratische Prozesse und führt zur Politikverdrossenheit vieler Bürger. Daraus kann man nur eine Konsequenz ziehen: Lobbyingprozesse müssen publik gemacht werden“, so ÖDP-Politiker Frankenberger.

Schon seit ihrer Gründung setzt sich die ÖDP für eine klare Trennung von Politik und Wirtschaft ein. So nimmt die Partei z.B. keine Firmenspenden an, um unabhängig von Wirtschaftsinteressen Politik für die Bürger zu machen. Außerdem unterschreiben alle Mandatsträger einen Ehrenkodex. Frankenberger dazu: „Der ÖDP-Ehrenkodex beinhaltet z.B., dass unsere Mandatsträger keine Vergünstigungen annehmen, die ihnen ohne Mandat nicht zustünden. Zudem werden alle Einkünfte veröffentlicht.“

ÖDP nennt Pläne der AKW-Betreiber „unverschämte“

„Die Pläne der deutschen AKW-Betreiber, Kosten auf die Allgemeinheit abzuwälzen, sind unverschämte“, so äußert sich Prof. Dr. Klaus Buchner, Atomphysiker und Spitzenkandidat der ÖDP zur Europawahl.

Im Mai waren Pläne bekannt geworden, dass die drei großen deutschen Stromversorger zusammen mit dem Bund eine öffentlich-rechtliche Stiftung gründen wollen, die den milliardenteuren Abriss der AKW und die Endlagerung des Mülls übernehmen soll. Zwar

würden die Energieunternehmen ihre bisherigen Rücklagen von 30 Milliarden Euro einzahlen, alle weiteren Kosten müsste jedoch der Steuerzahler übernehmen. „Allein die Endlagerung des radioaktiven



Prof. Dr. Klaus Buchner

Mülls verschlingt viel mehr Geld als das, was dann im Stiftungstopf sein würde. Es ist typisch für das verantwortungslose Verhalten der Energieversorger, die Kosten zu sozialisieren“, erläutert Buchner.

Der ÖDP-Politiker erinnert daran, dass die Atomkonzerne alleine seit dem Jahr 1957 über den Euratom-Vertrag der EU ca. 400 Milliarden Euro Fördergelder erhalten haben.

Zudem stelle sich die Frage, wer für einen Reaktorunfall zahle. „Die Atomunfälle in Tschernobyl und Fukushima haben zusammen Schäden in Höhe von mindestens 450 Milliarden US-Dollar verursacht. Sollte es auch in Deutschland zu einem Unfall kommen, sind die Kosten überhaupt nicht gedeckt. Also wird wieder die Allgemeinheit zur Kasse gebeten“, meint Buchner. Deshalb sei es dringend nötig, die Energieversorger in die Schranken zu weisen und den Plänen eine klare Absage zu erteilen. (...)

ÖDP kritisiert Zunahme von Waffenexporten

„Das Wirtschaftswachstum wird sogar über ethische Grundsätze gestellt. Anders kann man die Zunahme der Waffenexporte nicht erklären.“ Diese Aussage trifft Hermann Striedl, friedenspolitischer Sprecher der ÖDP, anlässlich der jüngsten Berichte über den Anstieg der deutschen Kleinwaffenexporte um 43% im Jahr 2013 gegenüber dem Vorjahr.

„Der Anteil Deutschlands am Waffenhandel, insbesondere auch am Handel mit sogenannten Klein-



Hermann Striedl

waffen (Pistolen, Maschinenpistolen, Sturm- und Maschinengewehre), ist skandalös. Immer mehr zeigt sich, dass dem Dogma des Wirtschaftswachstums alle Werte wie Humanität, Christentum, Menschenrechte, Grundgesetz usw. untergeordnet werden“, kommentiert Hermann Striedl.

Was kümmere es die Regierung, die die Waffenexporte genehmigen muss, dass seit Jahren in der Aktion „Stoppt den Waffenhandel“, eine breite Bewegung aus allen möglichen Bevölkerungsschichten (Friedensbewegungen, Kirchen, Philosophen, Völkerrechtler, katholische,

evangelische, sozialistische Jugendbewegungen, die Linke, die ÖDP u.a.), zusammenarbeiten, um mit Bitten, Petitionen, Gottesdiensten, Aktionen und gut besuchten Vorträgen die deutsche Politik zum Umdenken zu veranlassen, fragt Striedl. Diese millionenweite Bewegung werde von der etablierten Politik bewusst nicht wahrgenommen. „Pro Tag werden mehr als 100 Kin-

der, Frauen, Männer weltweit mit deutschen Kleinwaffen getötet. Das haben Recherchen eines der profiliertesten Vertreter der Bürgerbewegung, Jürgen Grässlin, ergeben“, erläutert ÖDP-Politiker Striedl. Diese Tatsachen würden von der Regierung ignoriert. Viel wichtiger sei, in öffentlich-rechtlichen Medien Politiker, Vertreter der Waffenindustrie und der Banken darlegen zu lassen,

wie wichtig der Waffenhandel auch in nicht zuverlässige Kriegs- wie Krisengebiete sei, damit das Level der deutschen Rüstungsindustrie und deren Gewinne aufrechterhalten werden können.

„Wen interessiert es, dass der Waffenhandel der Rüstungskonzerne ein wirtschaftlich profitables Geschäft mit dem Tod ist?“, fragt Striedl abschließend. (...)

Kommentar zum Gesetzesentwurf für ein neues Asylrecht

von Roswitha Bendl

Was ist er nun wirklich, der Referentenentwurf des Innenministeriums zur Neubestimmung des Bleiberechts und der Aufenthaltsbeendigung?

Ein ausgewogener Entwurf mit Verbesserungen, wie Minister de Maizière meint, oder „das Schärfste und Schäbigste, was einem deutschen Ministerium seit der Änderung des Asylgrundrechts vor 21 Jahren eingefallen ist“, wie Heribert Prantl in der SZ vom 09.05.2014 kommentiert? Fakt ist wohl, dass angesichts des sprunghaften Anstiegs der Asylbewerberzahlen in jüngster Vergangenheit wieder eine Notbremse gezogen werden soll, um einem Erstarken rechter und rassistischer Strömungen etwas entgegenzusetzen.

Aber erreicht man dadurch, dass man künftig fast jeden Asylbewerber als möglichen Häftling einordnet und Festnahmen zur Vorbereitung der Abschiebung zum Normalfall werden, nicht möglicherweise genau das Gegenteil – ein erhebliches Schüren von Vorurteilen und eine unge-



Roswitha Bendl

rechtfertigte Kriminalisierung einer ganzen Gruppe? Nachvollziehbar ist, dass straffällig gewordene Zuwanderer (schneller) abgeschoben werden sollen, wenn sie wirklich „gravierende Rechtsverstöße begangen haben, in terroristische bzw. extremistische Strukturen eingebunden sind oder eine Gefahr für die Sicherheit oder freiheitliche Grundordnung darstellen.“

Als Rechtsstaat müssen wir aber auf jeden Fall verhindern, dass das neue Kriterium „erhebliche Fluchtgefahr“, das künftig praktisch allen Asylsuchenden, die über andere EU-Staaten ins Land kommen, unterstellt wird, in vielen Fällen

auch die Falschen trifft. Es muss deshalb genau beobachtet werden, ob die jetzt durchgängig geplanten Einzelfallprüfungen – vom europäischen Gerichtshof ohnehin eingefordert – sich bei Ausweisungen angemessener erweisen als die bisherigen schematischen Prüfungen.

Positiv anzuerkennen ist, dass es durch geplante Änderungen beim Bleiberecht wenigstens für langjährig geduldete, aber eigentlich ausreisepflichtige Zuwanderer Erleichterungen geben soll. Dies ist immerhin eine Bestätigung der Tatsache, dass unter den Asylbewerbern erkennbar viele motivierte, fleißige und willige junge Leute sind, deren Integration unserer Seniorenrepublik wesentliche Vorteile brächte.

Roswitha Bendl, Mitglied im Bundesarbeitskreis Sozialpolitik in der ÖDP, arbeitet schon seit mehreren Jahren ehrenamtlich mit Asylbewerbern. Sie leitet einen Kurs „Wir sprechen Deutsch“ für diejenigen, die noch keinen offiziellen Sprachkurs erhalten haben.

Zum Artikel „Ausgebremster Klimaschutz“ von Günther Hartmann

Richtigstellung des Autors: Anforderungen blieben gleich

In meinem Artikel schrieb ich im Abschnitt „Was ändert sich mit der neuen EnEV 2014?“, die Anforderungen an den Primärenergiebedarf würden sich 2016 gar nicht um 25 %, sondern nur um 20 % verschärfen, da sich alle Berechnungsergebnisse aufgrund des Wechsels des Referenzstandorts von Würzburg nach Potsdam automatisch um rund 5 % verbessern. Da haben sich leider gleich zwei Fehler eingeschlichen: Zum einen verbessern sich die Berechnungsergebnisse durch den Wechsel des Referenzstandorts sogar um 7,65 %. Zum anderen hat dies aber keinen Einfluss auf die tatsächlich einzuhaltende energetische Qualität, was am komplizierten und nicht ganz logischen Berechnungsverfahren liegt. Folgenlos bleibt der Wechsel des Referenzstandorts jedoch nicht: Beim gleichen Gebäude unterscheidet sich der auf dem Energieausweis angegebene Bedarfswert um die 7,65 % – je nachdem, ob der Energieausweis vor oder nach dem 1. Mai 2014 ausgestellt wurde. Das entbehrt jeder Vernunft, denn das erklärte Ziel bei der Einführung des Energieausweises war ja gerade, die energetische Qualität von Gebäuden für Laien vergleichbar zu machen.

Günther Hartmann, 81829 München

Gesamtbilanz der Waldwirtschaft muss stimmen

Ihren Beitrag „Ausgebremster Klimaschutz“ finde ich informativ und gut. An einer Bewertung störe ich mich jedoch. Sie bezeichnen die „angebliche Klimaneutralität“ des Holzes als Heizmaterial als Denkfehler. Das wiederum sehe ich als einen Denkfehler! Ihre Begründung ist, dass Holz jahrelang braucht, um heranzuwachsen und spontan verbraucht wird bzw. CO₂ freisetzt. Eine ökologische Betrachtung ist nach meiner Auffassung eine nachhaltige Betrachtung! Sicherlich bindet der neu gepflanzte Baum kurzfristig nicht die Menge an CO₂, die durch die Verbrennung frei wird. Solange die Gesamtbilanz in der Waldwirtschaft stimmt, das heißt, dass nicht mehr Holz abgeholzt wird, wie nachwächst, stimmt die Bewertung des Holzes als klimaneutral. Nach dem mir vorliegenden Infoblatt „Daten und Fakten“ des Bundeslandwirtschaftsminis-

teriums aus dem Jahr 2011 wuchsen in Deutschland im Jahr 2009 110 Mio. m² Holz an, während 48 Mio. m² eingeschlagen wurden. Verbraucht wurden allerdings 94 Mio. m². Die Zahlen mögen als veraltet angesehen werden. Aber eine so große Veränderung, dass mittlerweile mehr Holz verbraucht bzw. eingeschlagen wird, als nachwächst, dürfte kaum eingetreten sein. Solange dem so ist, ist jede Schlechterstellung des Rohstoffes Holz kontraproduktiv. Voraussetzung für eine nachhaltige Waldwirtschaft ist eine wirtschaftliche Verwertungsmöglichkeit des Holzes.

Josef Jehn, 97789 Oberlechtersbach

Natürliche Kreisläufe nicht durchbrechen

Im Deutschen Wald wachsen in einem Jahr ca. 10 m³ Holz pro Hektar nach und es werden ca. 10 t CO₂ pro Hektar und Jahr gebunden. Solange bei nachhaltiger Waldwirtschaft im Jahr nicht mehr Holz eingeschlagen wird, als in einem Jahr wieder nachwächst, gibt es die von Ihnen aufgeführte zeitliche Komponente praktisch nicht.

Selbst wenn man dann sämtliches Holz einer jährlichen Holzernte verheizt, wird das dadurch freigesetzte CO₂ im gleichen Jahr wieder vom Wald aufgenommen.

Ich wundere mich schon sehr, dass das ÖDP-Journal die CO₂-Neutralität von Holz verneint und diesen nachwachsenden Energieträger quasi mit den fossilen Brennstoffen gleichstellt. Schlimmer noch: Der natürliche Kreislauf von Werden und Vergehen wird als „kontraproduktiv“ bezeichnet. Was kann es denn für den Fortbestand des Lebens auf unserem Planeten anderes geben als die Aufrechterhaltung der natürlichen Kreisläufe? Die Natur macht es uns seit ewigen Zeiten vor. Die ganzen ökologischen Probleme gibt es erst, seitdem die natürlichen Kreisläufe vom Menschen durchbrochen werden.

Bernhard Kaiser, 79848 Bonndorf

Schwachholz verbrennen statt verrotten lassen

Der Autor kritisiert, dass das Verbrennen von Holz schlagartig Kohlendioxid freisetzt, während durch ein Verbleiben des Brennholzes das Kohlendioxid erst später entstehen würde. Demnach könne das Holzverbrennen nicht klimaneutral sein. Sein Werben für die



stoffliche Nutzung, z. B. Holzbau, ist in jedem Fall richtig. Ist es nun aber richtig, Schwachholz aus dem Wald zu entfernen und zu verbrennen? Würde es im Wald verbleiben, würde das Kohlendioxid nur einige Jahre dort verbleiben, bis das Schwachholz verrottet ist – vorausgesetzt, dass es in der Zwischenzeit nicht zu einem Waldbrand gekommen ist. Durch das Holzverbrennen hat man also einmalig (!) ohnehin fällige Kohlendioxidemissionen um einige Jahre vorgezogen. Dies trifft ausdrücklich nicht mehr zu für alle folgenden Holzentnahmen. Damit ist diese anfängliche Emission auch auf alle folgenden Entnahmen zu verteilen. Verglichen mit der Verbrennung von Heizöl oder Erdgas sind diese Emissionen marginal. Andersherum: Was passiert bei der Einstellung der Schwachholzverbrennung? Der Wald könnte das Kohlendioxid nur wenige Jahre speichern, während die Menschen dafür mehr Heizöl und Erdgas verbrauchen würden. Bitte bedenken: Die Zeiträume, in denen hier zu denken ist, sind deutlich länger als die Zeit, in denen ein Ästchen im Wald zum Verrotten braucht.

Ganz nebenbei: Wäre die Denkweise von Herrn Hartmann richtig, müsste sich die ÖDP unabdingbar massiv gegen die Ausweitung der Nationalparks in Waldgebieten engagieren! Beispiel Lusen im Nationalpark Bayerischer Wald: Der massive Borkenkäferbefall durfte nicht bekämpft werden, sodass dieser eindrucksvolle Berg auf einen Schlag völlig kahl war. Das Totholz dort verrottet schneller als junge Bäume an Masse gewinnen können. Diese Zeit müssen wir der Natur lassen.

Um den Blick ein wenig zu weiten: Es gibt keine Technologie, die nicht zunächst Klimagasemissionen freisetzen würde. Auch Solarthermie, Photovoltaik, Wind... setzen am Anfang CO₂ frei. Alle haben gemein, dass diese Techniken im Laufe ihres Lebens keines mehr freisetzen. Über den Lebensweg verteilt sind

diese Emissionen deutlich geringer als die von der Verbrennung von Kohle, Heizöl oder Erdgas. Die gleiche Denkweise und Bewertung gelten auch für die Holzverbrennung. Erst wenn wir unsere Wirtschaft auf 100% Erneuerbare Energien umgestellt haben, werden diese auch anfänglich ohne Klimaemissionen hergestellt werden können.

Robert Wagner, 93090 Bach

Antwort des Artikel-Autors auf die Leserbriefe

Abstraktionen helfen oft, komplexe Zusammenhänge zu durchschauen und das Wesentliche zu erkennen. Manchmal trüben sie den Blick aber auch – so wie hier. Selbstverständlich ist das Verbrennen von Holz langfristig klimaneutral, weil im Laufe eines halben Jahrhunderts anstelle der geernteten und energetisch genutzten Bäume wieder neue Bäume nachwachsen und die gleiche Menge CO₂ binden, die durch die energetische Nutzung freigesetzt wurde. Es besteht hier jedoch keine Kausalität, d.h. anstelle der geernteten Bäume wachsen immer neue Bäume nach, völlig unabhängig davon, ob die geernteten energetisch oder stofflich genutzt werden. Deshalb stellt sich bei jedem einzelnen Baum immer wieder aufs Neue die Frage: Soll das in seinem Holz gespeicherte CO₂ nur für 1–2 Jahre gebunden bleiben, wie das bei der energetischen Nutzung der Fall ist, oder soll es für 50–200 Jahre gebunden bleiben, wie das bei der stofflichen Nutzung der Fall ist? Die stoffliche Nutzung von Holz bietet die große Chance, die CO₂-Gesamtbilanz ganz massiv zu verbessern. Dazu drei aktuelle Zahlen aus Bayern: Jährlich werden hier energiebedingt 75 Mio. t CO₂ freigesetzt, gleichzeitig aber durch die stoffliche Nutzung von Holz 12–13 Mio. t CO₂ für längere Zeit am Freiwerden ge-

hindert und zusätzlich durch das Wachsen der Bäume 10 Mio. t CO₂ neu gebunden. Durch die Kombination von nachhaltiger Waldwirtschaft und stofflicher Holznutzung wird heute also schon fast ein Drittel der bayerischen CO₂-Emissionen kompensiert. Bei einer deutlichen Senkung der CO₂-Emissionen plus einer deutlichen Ausweitung der stofflichen Holznutzung ist eine Klimaneutralität Bayerns in einigen Jahrzehnten also durchaus machbar. Es fehlt nur der politische Wille dazu.

Zum Stichwort „Nationalparks“: Gleichzeitig optimalen Klimaschutz und optimalen Naturschutz zu haben, ist nicht möglich. Hier gilt es, sich zu entscheiden und Prioritäten zu setzen. Optimalen Klimaschutz gibt es nur bei nachhaltiger Waldbewirtschaftung plus Ausweitung der Waldflächen plus stofflicher Nutzung des Holzes. Da bei der Geschwindigkeit, mit der der Klimawandel momentan voranschreitet, die Ökosysteme in wenigen Jahrzehnten kollabieren würden, hat zunächst wohl der Klimaschutz eine höhere Priorität, weil es ansonsten schlicht und einfach bald nur noch „Naturreste“ zum Schützen gibt. Natürliche Kreisläufe sind zwar prinzipiell positiv, es findet dabei aber weniger „Klimareparatur“ statt, als möglich ist. Da in den letzten Jahrzehnten viel zu viel CO₂ freigesetzt wurde, sollte jetzt aktiv damit begonnen werden, die nächsten Jahrzehnte möglichst viel CO₂ zu binden. Umweltbewusste Holzwissenschaftlicher fordern deshalb schon lange eine konsequente „Kaskadennutzung“: Zuerst muss das Holz so weit wie möglich stofflich genutzt werden, und erst, wenn die Holzprodukte ihre Funktionen nicht mehr erfüllen und sich auch nicht zu anderen Holzprodukten weiterverarbeiten lassen, sollten wir sie am Ende einer möglichst langen Nutzungsphase energetisch nutzen.

Zum Stichwort „Schwachholz“: Tatsächlich ist es aus Sicht des Klimaschutz egal, ob Holz im Wald verrottet oder verbrennt. Von daher wäre die energetische Nutzung von für die stoffliche Nutzung ungeeignetem Holz kein Problem. Das Problem ist: Dessen Einsammeln ist so arbeitsaufwendig und damit teuer, dass es finanziell lukrativer ist, ganze Bäume zu Brennmaterial zu verarbeiten. Und deshalb wird es leider auch gemacht. Außerdem: Gerade die dünnen Äste und Zweige sind sehr nährstoffhaltig und für einen gesunden Waldboden wichtig. Empfehlen möchte ich in diesem Zusammenhang den auf der Website www.ardmediathek.de (oder über Google) aufrufbaren Film „Die Holz-Lüge“.

Günther Hartmann, 81829 München

Zum Interview „Ohne richtige Diagnose keine richtige Therapie“ mit Prof. Kreiß

Wunschdenken

Zu dem Artikel von Dr. Christian Kreiß muss ich aber doch einige Bemerkungen loswerden. Ich erlaube mir den Artikel so zusammenzufassen: Mit der Verschuldung der öffentlichen Haushalte, die über das nachhaltig richtige Maß hinausgeht, wurde eine Steigerung des BIP erkaufte. Diese ist nicht ewig durchzuhalten und irgendwann führt das System der ständigen Schuldensteigerung zu einem Kollaps. Das ist nachvollziehbar und plausibel. Es wird als Ergebnis der Politik eine zunehmende Ungleichheit der Verteilung von Vermögen und Einkommen kritisiert.

Die zunehmende Ungleichheit festzustellen, stimme ich ebenfalls zu, und dass die wachsende Verschuldung nicht dazu dienlich ist, die Ungleichheit zu reduzieren, ist glaubhaft. Dann aber versucht der Artikel, mit dem Frei- oder Schwundgeld eine Lösung zu präsentieren. Und da wird es äußerst fragwürdig. Es ist nicht erkennbar, warum Schwundgeld eine Verzerrung der Preise, wie sie sich bei Inflation angeblich einstellt, nicht nach sich ziehen sollte. Es bleibt unersichtlich, warum sich große Vermögen, die ihr Geld ganz überwiegend nicht in Geldform, sondern in Sachwerten investiert halten, sich einem solchen Schwundgeld nicht erfolgreicher entziehen können sollten als der kleine Sparer, der von Sachwerten einfach wenig versteht und deshalb normalerweise Geldwerte bevorzugt. Es bleibt unersichtlich, was mit dem heute existierenden System kapitalgedeckter Altersvorsorge z.B. über Lebensversicherungen, Betriebsrenten und Pensionskassen geschehen soll.

Die Lehre des Freigeldes beruht auf Wunschdenken. Geld wird oft als schmutzig empfunden und es möchte doch besser eine geringe Rolle spielen. Freigeld-ähnliche Systeme gab es in Altertum, Mittelalter und noch der Neuzeit zuhauf, jede Münzverschlechterung passt in das Schema. Es gab solche Systeme in guten und schlechten Zeiten gleichermaßen. Es ist daher nicht schwer, eine Epoche relativen Wohlstandes zu finden, wo schlechtes Geld im Umlauf war, das rasch seinen Wert verlor. Schlechtes Geld im Umlauf und Elend weit und breit würde man ebenso leicht finden. Die historische Begründung taugt daher nichts.

Freigeld soll dazu dienen, dass Geld schneller zirkuliert, und dadurch solle es mehr Einkommensmöglichkeiten geben. Ein verständlicher Wunsch. Aber Inflation bewirkt das gleiche.

Schön dumm ist, wer inflationsbelastetes Geld einfach nur hortet. Eigentlich, da bleibe ich dabei, erzeugt Inflation Schwundgeld auf beinahe perfekte Weise: Das Verfahren ist gesellschaftlich akzeptiert und funktioniert normalerweise ohne viel Bürokratie und vor allem ohne radikalen Bruch (Eine Hyperinflation à la 1923 wäre ein radikaler Bruch). Weil wir aber in der Neuzeit mit Inflation jede Menge Erfahrung haben, können wir die Folgen beobachten. Schwundgeld hängt der Reiz des Unbekannten an, aber nichts deutet darauf hin, das es besser funktionieren sollte als einfache Inflation. Und warum sollte Schwundgeld eigentlich das gleichzeitige Entstehen von Preisschwankungen verhindern?

Leider bewirken Inflation und Schwundgeld das gleiche: Zunächst lohnt es sich, Geld rasch auszugeben, und hinterher entdecken viele, dass sie über ihre Verhältnisse gelebt haben. Das wiederum kann zum Kollaps eines Finanzsystems führen. Womit wir wieder beim ersten Teil des Artikels, der Beschreibung des aktuellen Zustandes, angekommen wären.

Übrigens: Was ist mit dem Chiemgauer geschehen, einem Schwundgeldsystem auf regionaler und freiwilliger Basis? Ich höre nichts mehr davon.

Dr. Conrad Lausberg, 1379 München

Zum Artikel „Realität ist komplexer“
von Matthias Dietrich

Dem Kindeswohl näher

Der Schreiber wendet sich gegen ein solches Wahlrecht mit dem Argument, dass Eltern nicht dem Kindeswohl entsprechend abstimmen würden, gemäß der Definition von Kindeswohl, wie er es selbst und die ÖDP sehen. Aber der Denkfehler liegt ja schon darin, dass die Definition des Kindeswohls eben nicht den politischen Parteien überlassen werden sollte und somit auch nicht der ÖDP. Sicher können sich Eltern bei der Bemühung um das Kindeswohl irren. Aber zumindest die Bemühung dürfte bei Eltern regelhaft größer sein als bei kinderlosen Wählern, die aufgrund ihrer eigenen Lebenswirklichkeit Kinder oft gar nicht im Blick haben.

Aber selbst wenn Eltern krasse Egoisten wären, würde ihre Wahlentscheidung in der Regel dem Kindeswohl näher liegen als bei anderen Wählern/Wählerinnen, weil Kindes- und Elternwohl zumindest bei politischen Entscheidungen meist sehr eng beieinander liegen. Im Übrigen sagen die im Beitrag angegebenen Zahlen zum Stimmverhalten von Eltern aufgrund einer Befra-

gung nichts aus, wenn zum Vergleich keine Zahlen der Nicht-Eltern bekannt sind.

Das weitere vorgebrachte Gegenargument, das Wahlgeheimnis gelte auch im Verhältnis zwischen den Eltern und verbiete daher eine Absprache über die kindbezogene Stimme, ist im Bundespolitischen Programm der ÖDP durch zwei Halbstimmen für jeden Elternteil (bei zwei Sorgeberechtigten) gelöst.

Johannes Resch, 76855 Anweiler

Sind Kinder keine Menschen?

Zum Thema Kinder-, Eltern-, Familienwahlrecht, mit oder ohne Verfassungsänderung, in wie auch immer ausgestalteter Handhabung können sowohl die Befürworter als auch die Gegner gute Gründe anführen. Der am wenigsten akzeptable Gegengrund ist das Aufrechnen, dass Eltern ohnehin wählen würden wie alle anderen Unbedarften, die nicht erkennen, dass das alleinige Heil von der ÖDP kommt. Diese Einstellung, die in der ÖDP schon früher immer wieder vertreten wurde, kann nur als zutiefst undemokratisch bezeichnet werden. In der Sache selbst meine ich, dass die ÖDP sich endlich grundsätzlich für das Prinzip „Ein Mensch, eine Stimme“ entscheiden und offensiv einsetzen sollte. Oder sind die Kinder keine Menschen? Der wachsende Überhang der Älteren geht massiv zu ihren Lasten und auch zulasten der Umwelt. Eine Partei, die angeblich schon den Ungeborenen das Recht auf Person, Leben und Zukunft zuspricht, sollte nicht nach der Geburt diese Rechte kleinkariert wieder infrage stellen. Im Übrigen würden viele Eltern bei bestimmten Themen (Erziehungsgehalt, Betreuungsgeld, Mütterrente, Reform der umlagefinanzierten Sozialkassen) sehr wohl genauer hinsehen, welche Partei sie wählen, sofern es da eine gibt, die den Mund auch aufmacht und die nicht vor lauter Abwägen unauffällig bleibt.

Gertrud Martin, 78048 VS-Villingen

Zum Leserbrief von Günther Haag
zu Edgar Guhde

Fülle von Vorschriften

Den Ausführungen von Herrn Haag kann ich als praktizierender Landwirt nur voll zustimmen! Die Polemik, die Herr Guhde in seiner Antwort nicht verbergen kann, macht es mir schwer, die Sachlichkeit von Herrn

Haag beizubehalten. Herr Guhde präsentiert sich als Theoretiker, der sich einbildet, mit seinem in Internetforen erworbenen Wissen (Verweis auf diverse Links) andere belehren zu können. Gerade derartige „Oberlehrer“ sorgen dafür, dass Landwirte mit einer Fülle von Vorschriften überschüttet werden, welche einen eigenverantwortlichen natürlichen Umgang mit den Tieren und der Umwelt immer komplizierter macht. Sicherlich liegt bezüglich der Tiergesundheit bei Kühen einiges im Argen. Aber wie Herr Haag schon richtig formulierte, werden die wirtschaftlichen Zwänge ein Umdenken unumgänglich machen. Ein Beispiel, wie das Eingreifen von „Theoretikern“ kontraproduktiv ist, möchte ich hier nennen. Ich vertreibe mit der fachlichen Unterstützung eines Tierarztes ein Futtermittel (Lebendhefe mit Bierhefe), welches dem von Herrn Guhde beschriebenen Problem der kurzen Lebensdauer von Kühen entgegenwirken soll. Dieser Tierarzt ist ein leidenschaftlicher Anwalt für die „Gesunde Kuh“. Mithilfe dieses Futtermittels und einem von dem Tierarzt entwickelten Fütterungskonzept soll die milchtreibende Eiweißüberfütterung und damit einhergehende schleichende Stickstoffvergiftung der Kuh eingedämmt werden. Genau dies ist nämlich Hauptursache der von Herrn Guhde ins Feld geführten kurzen Lebensdauer der Milchkuh! Besonders Biobauern, welche die Problematik schon länger erkannt haben, bedienen sich gerne dieses Futtermittels für eine gesunde Tierernährung. Nun kommen die „Theoretiker“ ins Spiel. Die sagen, wo Bio drauf steht, muss auch 100 % Bio drin sein! Da Bierhefe, welche auch in der menschlichen Ernährung gesundheitsfördernd eingesetzt wird, aber nur in einem geringen Maß in Bio-Brauereien anfällt, wird dieses tiergesundheitsfördernde Futtermittel zukünftig den Bio-Bauern verwehrt bleiben, da es zum Großteil in konventionellen Brauereien anfällt. (...)

Josef Jehn, 97789 Oberlechtersbach

Allgemeine Zuschriften

Gedanken zur Kommunalwahl 2014 – oder: Frauen in die Politik!

(...) Warum finde ich es so wichtig, dass Frauen in unseren Parlamenten paritätisch vertreten sind?

Ein weiteres Nachforschen meinerseits hat ergeben, dass der Anteil von Frauen in den verschiedenen Parlamenten insgesamt bei ca. 30 % zu liegen scheint. Auf

den untersten kommunalen Ebenen genauso wie in der höchsten Regierungsebene (Ministerposten) deutlich darunter.

Eine ganz wichtige Forderung an die Parlamente scheint mir aber zu sein, dass sie die Gesellschaft in wichtigen Bereichen möglichst genau abbildet. Ein Beispiel: Man stelle sich vor, Menschen aus den neuen Bundesländern wären nur im einstelligen Prozentbereich im Bundestag vertreten. Ungesund, ja grotesk! Den Frauen geht es aber in der Politik so: Sie sind im Vergleich zu ihrem Anteil in der Bevölkerung in den Parlamenten absolut unterrepräsentiert. Das bedeutet, die Politik bildet in einem sehr wichtigen Teilbereich die Gesellschaft eben nicht ab, Frauen können also ihre ganz spezifischen Probleme und Anliegen in den Parlamenten höchstens mit dem Wohlwollen der männlichen Kollegen bearbeiten. Dazu kommt, dass ihre Anliegen oft auch die Anliegen und Interessen der kommenden Generation sind oder zumindest damit zusammenhängen.

Aber was genauso wichtig ist: Auch die spezifischen Stärken und Kompetenzen, die Frauen in die Politik einbringen könnten, gehen verloren. Und damit komme ich zu einem zweiten Punkt, der natürlich nicht ganz objektiv und ein wenig ideologisch ist. Ich bin fest überzeugt, dass gerade die Stärken und Elemente, die wir Frauen einbringen könnten, in der heutigen Zeit ganz dringend gebraucht werden. Im Gegensatz zu vielen Feministinnen bin ich nämlich der Meinung, dass es schon tendenziell weibliche und männliche Eigenschaften/Gefühlswelten/Stärken und Schwächen gibt. Und in unserer heutigen Zeit brauchen wir definitiv eine Abkehr von den männlichen Lebensbereichen – Wachstum, Wettbewerb, Geld und materielle Dinge – hin zu weiblichen Werten – Miteinander, Kommunikation, Nachhaltigkeit. Ich glaube, dass Frauen prädestiniert wären, diesen gesellschaftlichen Paradigmenwechsel einzuleiten. Das wird aber ohne angemessene politische Beteiligung noch deutlich schwieriger.

Zweite Frage: Warum wurden und werden so wenige Frauen gewählt? Auch speziell in unserem kleinen Kaff auf dem flachen Land?

Ein Punkt ist sicherlich, dass Männer einfach mehr wahrgenommen werden. Den seit zig Jahren ansässigen Allgemeinern kennen und schätzen natürlich viele Menschen. Aber das kann nicht alles sein, schließlich besteht die „Lokalprominenz“ nicht ausschließlich aus Männern.

Ein weiterer Punkt ist aber sicherlich, dass viele Menschen, auch Frauen, Männer offensichtlicher für

geeigneter halten, politische Ämter zu übernehmen. Sonst wären ja nicht so viele Männer an den Frauen vorbeigewählt worden. Offensichtlich schätzen die Menschen also die „männlichen“ Tugenden Durchsetzungsvermögen, selbstbewusstes Auftreten nach außen, gutes (oder eher souveränes) Umgehen mit Geld höher ein als die weiblichen Tugenden, ich möchte wieder Kommunikation und Nachhaltigkeit nennen. Aber wieder: Wie wichtig wären gerade diese weiblichen Tugenden!

Ein dritter Punkt ist, dass sich aber auch viel weniger Frauen aufstellen lassen. Darüber sollte man meiner Meinung nach noch mal genauer nachdenken, weil es noch mehr zum Kern des Themas führt. Warum also lassen sich so wenige Frauen aufstellen?

Ist es vielleicht so, dass sie zwischen Haushalt, Kindern und Teilzeitjob einfach keine Zeit und keine Nerven mehr haben? Mit der zeitlichen Flexibilität, die für viele politische Ämter notwendig ist, wird es auf jeden Fall schwierig.

Oder ist es so, dass sich Frauen vielleicht selber auch für weniger geeignet halten? Sicherlich zu einem Teil. Dann muss das Selbstbewusstsein von Frauen und Mädchen unbedingt gestärkt werden! Frauen dürfen

sich nicht länger als weniger vollwertig fühlen, wenn sie sich entscheiden, „nur“ Erziehungsarbeit zu leisten. Genau die Stärken, die Frauen dort in den Familien leben, sind es, die wir in der Politik brauchen. Genau diese Stärken müssen die Frauen selber, aber auch die Gesellschaft schätzen lernen!

Oder aber ist es einfach so, dass die Politik für Frauen unattraktiv ist? So geht es mir zumindest ein bisschen, obwohl ich mich zur Wahl gestellt habe und sogar gewählt wurde ... Die ganze Politik ist doch ein großer Spiel- und Sportplatz für Männer. Gefragt sind die männlichen Eigenschaften: Das Parteiprogramm nach außen repräsentieren und Gleichgesinnte gewinnen, mit anderen Bewerbern um vordere Listenplätze konkurrieren, Wahlkampf betreiben, Koalitionen verhandeln (Da wären das erste Mal auch die weiblichen Stärken von Miteinander und Kommunikation gefragt, aber doch auch wieder mit dem starken „männlichen“ Stempel, möglichst viel für sich selber und seine Partei rauszuholen), um Ausschusssitze und Posten kämpfen, und über allem schwebt die große Frage des Geldes. It's a men's world. Ganz abgesehen davon, dass, gerade wenn es um die Ebene der Landes- und Bundespolitik geht, die typischen Seilschaften immer mehr an Bedeutung gewinnen, zu denen Männer viel eher Zugang haben. (...)

Nach diesen Überlegungen lag es natürlich nahe, sich das Parteiprogramm der Feministinnen/die Frauen näher anzuschauen. Da finden sich tatsächlich viele interessante Ansätze. Allerdings finde ich dann ein politisches Konzept, das die Frauen in den (alleinigen) Mittelpunkt stellt, doch wieder verfehlt, von der Einstellung zum ungeborenen Leben mal ganz zu schweigen.

Wie gut, dass es die ÖDP gibt, die viele der von mir genannten „weiblichen“ Punkte vehement vertritt. In diesem Zusammenhang finde ich es besonders wichtig und schön, dass die ÖDP sich dafür einsetzt, auch eine andere große Gruppe unserer Gesellschaft bei den Wahlen abzubilden, die bisher überhaupt keine Vertretung in den Parlamenten hat: die Kinder und Jugendlichen.

Schließlich ist eine Politik, die sich ehrlich bemüht, Männer, Frauen und Kinder mit ihren spezifischen Stärken und Bedürfnissen gerecht und gleichmäßig abzubilden, eine MENSCHLICHE Politik, und menschlich/für den Menschen zu sein, sollte doch wohl oberstes Ziel aller Politik sein.

Sollten wir vielleicht die Frauenorganisation in der ÖDP wiederbeleben?

Sonja Berchtold, 86424 Dinkelscherben

Liebe Leserinnen und Leser,

die Leserbrief-Seiten sind Ihr Forum in ÖkologiePolitik. Wir freuen uns über Ihre Zuschriften! Aber bitte bedenken Sie: In der Kürze liegt die Würze! Abdruck und Kürzungen behält sich die Redaktion vor. Bitte senden Sie Ihre Zuschriften bis zum **1. September 2014** an:

ÖkologiePolitik, Erich-Weinert-Str. 134, 10409 Berlin
Fax (030) 49854050, pablo.ziller@oedp.de



Veranstaltungshinweis

Tag der Ökologisch-Sozialen Marktwirtschaft 2014

Freitag, den 12. September 2014,
9:30 – 17:00 Uhr

im Umweltbundesamt, Bismarckplatz 1, 14193 Berlin



Stiftung für Ökologie
und Demokratie e.V.



FORUM ÖKOLOGISCH-SOZIALE
MARKTWIRTSCHAFT
GREEN BUDGET GERMANY

9:30 Uhr: Begrüßung

- Dr. Thomas Holzmann, Vizepräsident des Umweltbundesamtes
- Hans-Joachim Ritter, Vorsitzender der Stiftung für Ökologie und Demokratie e.V.
- Damian Ludewig, Geschäftsführer des Forums Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft (FÖS)

10:00 Uhr: „Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft – ein neues Leitbild für das 21. Jahrhundert?“

- Dr. Anselm Görres, Vorsitzender des Forums Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft (FÖS)

10:30 Uhr: Diskussion mit dem Referenten

11:00 Uhr: Kaffeepause

11:20 Uhr: „Chancen und Risiken des Emissionshandels als das marktwirtschaftliche Instrument für den Klimaschutz“

- Christof Kühleis, Leiter des Fachbereichs „Ökonomische Grundsatzfragen des Emissionshandels, Monitoring, Auswertung“ beim Umweltbundesamt
- Daniela Setton, Leiterin Klimaschutz, BUND

12:00 Uhr: Diskussion mit den ReferentInnen

12:30 Uhr: Mittagsimbiss

13:20 Uhr: „Ökologische Finanzreform als Grundpfeiler einer Ökologisch-Sozialen Marktwirtschaft“

- Damian Ludewig, Geschäftsführer des Forums Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft (FÖS)
- Ingrid Arndt-Brauer, Vorsitzende Finanzausschuss, SPD

14:00 Uhr: Diskussion mit den ReferentInnen

14:30 Uhr: Kaffeepause

14:50 Uhr: Podium: „Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft – ein bürgerliches Projekt?“

- Sebastian Frankenberger (ÖDP-Bundesvorsitzender)
- Prof. Dr. Claudia Kemfert (Abteilungsleiterin DIW)
- Dr. Thomas Gebhart MdB (CDU)

Moderation: Damian Ludewig (Geschäftsführer FÖS)

16:10 Uhr: „Die Energiewende muss gelingen – mit marktwirtschaftlichen Instrumenten“

- Prof. Dr. Claudia Kemfert (DIW)

16:50 Uhr: Schlusswort

- Hans-Joachim Ritter, Vorsitzender der Stiftung für Ökologie und Demokratie e.V.

17:00 Uhr: Tagungsende

Teilnahmegebühr:

50,- € (einschl. Mittagsimbiss und Tagungsgetränke),
25,- € (ermäßigt für Stiftungs- und FÖS-Mitglieder sowie für Studierende, Arbeitslose, Sozialhilfeempfänger)
Bitte erst nach Rechnungseingang die Teilnahmegebühr an die Stiftung für Ökologie und Demokratie e.V. überweisen.

Anmeldungen an:

Stiftung für Ökologie und Demokratie e.V.
Siemensring 54, 76761 Rülzheim
E-Mail: Stiftung-fuer-Oekologie-u-Demo@t-online.de
Tel.: 07272/3648, Fax: 07272/76612
www.Stiftung-Oekologie-u-Demokratie.de

Anmeldeschluss: 01.09.2014

Anreise: Die Anreise mit öffentlichen Verkehrsmitteln wird empfohlen. Benutzen Sie im Internet die Verbindungsinformationen: <http://www.vbb-fahrinfo.de> oder: <http://www.bvg.de>



VORSCHAU

ÖkologiePolitik

im November 2014

Digitalisierung des Alltags – Teil 2

Die Digitalisierung des Alltags formt das Denken und verändert unser Gehirn. Vielen Nutzern fällt es zunehmend schwer, sich zu konzentrieren und intensiv nachzudenken. Ihre Persönlichkeit gleicht sich der technologischen Struktur an. Die völlige Vernetzung sorgt für eine Beschleunigung des Lebens, die irgendwann zur Überforderung wird. Die Fülle an oberflächlichen Kontakten erzeugt keine soziale Wärme, sondern Kälte. Trotzdem ist das Suchtpotenzial sozialer Netzwerke höher als das von Zigaretten und Alkohol. Wir befinden uns momentan erst am Anfang von gravierenden Veränderungen unserer Gesellschaftskultur – psychologisch, spirituell, sozial und politisch. Wer die Gefahren nicht kennt, ist ihnen mehr oder weniger schutzlos ausgeliefert. Ein Grund, sich intensiv mit ihnen zu befassen.

Bei Unzustellbarkeit, Mängeln in der Anschrift und Umzug, Anschriftenberichtigungskarte!



TERMINE

- So. 31.08.2014 Landtagswahl in Sachsen
- So. 14.09.2014 Landtagswahl in Thüringen
- So. 14.09.2014 Landtagswahl in Brandenburg
- Sa. 27.09.2014 Landesparteitag der ÖDP Bayern (in Schwabmünchen)
- Sa./So. 25.–26.10.2014 Landesparteitag der ÖDP Nordrhein-Westfalen (in Bochum)
- Sa./So. 15.–16.11.2014 ÖDP-Bundesparteitag (in Erlangen)
- Sa. 22.11.2014 Landesparteitag der ÖDP Baden-Württemberg (Raum Stuttgart)

REALSATIRE



„Ansonsten werden zum Beispiel Länder wie China, die über eine Milliarde Einwohner haben, das wegen ihrer Marktmacht tun.“ Bundeskanzlerin Angela Merkel zum geplanten Freihandelsabkommen TTIP

Quelle: www.br.de → Suche: *Zustimmen bevor es die Chinesen tun*

Screenshot